

TAGESSCHAU

POLITIK

Thatcher: Trotz aller Appelle an die Einheit der Partei und der Beratungen, geschlossen hinter Margaret Thatcher den nächsten Wahlkampf bestreuen zu wollen, werden die Auseinandersetzungen in der britischen Konservativen Partei immer massiver. Offen ist die Frage, ob Frau Thatcher die Reihen rasch wieder schließen kann. (S. 8)

Nahost: Mehr Einfluss für die Araber in den besetzten Gebieten auf die Verwaltung ihrer Städte hat Israels Ministerpräsident Peres angedeutet. Er sprach jedoch nicht von Autonomie; gemeint war eine sichtbare Verminderung israelischer Präsenz. (S. 2)

Papst: Johannes Paul II. hat zum Abschluss seiner Indien-Reise die Priester zu Zurückhaltung in der Diskussion weltlicher Fragen ermahnt. Ihre Berufung, von der sie überzeugt sein sollten, sei rein geistlicher Art. (S. 8)

Indien: Demonstrationen gegen staatlich verordnete Preissteigerungen haben gestern das öffentliche Leben in Neu-Delhi zum Erliegen gebracht. 400 Personen wurden nach Angaben der Polizei festgenommen. Die Preissteigerungen gehören zu den bislang einschneidendsten Wirtschaftsmaßnahmen von Ministerpräsident Rajiv Gandhi - er erwartet 1985/86 ein Haushaltsdefizit von 2,8 Milliarden Dollar.

Gefahr: Nach einer iranischen Offensive ist es zu heftigen Gefechten in der östlichen Region um Basra gekommen. Nach Angaben von Teheran haben die Truppen den Fluss Schatt el Arab überquert und die strategisch wichtige Insel Um-Ul-Rasas genommen, auf der sich große Ölmengen befinden sollen.

Exklusiv in der WELT

ALS TITO AUF DIE WEHRMACHT SETZTE

Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, im Frühjahr 1943, gab es Geheimverhandlungen zwischen Titos kommunistischen Partisanen und der deutschen Wehrmachtsführung. Darüber informiert jetzt der Tito-Biograph Vladimir Dedijer und der Schriftsteller Milovan Djilas. S. 6

WER MACHT DEUTSCHE STRATEGIE?

Partei, Personalpolitik und Strategie beeinflussen in Bonn die Auseinandersetzungen um eine deutsche Beteiligung an SDI. Wer gibt den Ton an: Genscher, Wörner oder das Kanzleramt? Herbert Kremp analysiert die deutsche Verhandlungsposition gegenüber Washington. S. 6

WIRTSCHAFT

Frankreich: Mit dem Ziel, Paris zu einem bedeutenden internationalen Finanzplatz auszubauen, hat die Regierung zahlreiche Maßnahmen zur Reform des Kapital- und Geldmarktes ergriffen. Zugleich ist die Geld- und Kreditpolitik auf eine marktwirtschaftliche Grundlage gestellt worden. Liberalisierung des dirigistischen Finanzsystems heißt das Stichwort. (S. 9)

Börsen: Am Rosenmontag - die Düsseldorfer Börse war geschlossen - konnte sich an den Aktienmärkten keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 284,28 (285,15), BHF-Rentenindex 105,402 (105,445), BHF Performance Index 100,953 (100,966), Dollarmittelkurs 2,3891 (2,3972) Mark, Goldpreis pro Feinunze 340,15 (337,20) Dollar.

Beschäftigung: Die Entlastung, die Firmen-Neugründungen für den Arbeitsmarkt bedeuten, ist nach Auffassung des Ifo-Instituts

KULTUR

Trickfilm: Er ist ein eigenständiges, seriöses künstlerisches Medium mit schier unbegrenzten Möglichkeiten. Die Stuttgarter Internationalen Trickfilmfestspiele haben es einmal mehr bewiesen. (S. 17)

SPORT

Fußball: Trainer Uwe Klimaschki, dessen Vertrag beim 1. FC Saarbrücken zum Saisonende ausläuft, wird in der nächsten Spielzeit den Schweizer Klub St. Gallen betreuen.

Golf: Profi Bernhard Langer aus Anhausen unterlag bei der "Andy-Williams-Open" in San Diego (Kalifornien) erst im Stechen auf dem 2. Extra-Loch gegen den Amerikaner Bob Tway. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Kavitation: Nach 14monatiger Untersuchung wird eine der beiden Hauptangelegenheiten im Prozeß um die Ende 1983 zusammengebrochene SMH-Bank, Ferdinand Graf von Galen, gegen eine Kautions von zehn Millionen Mark freigesprochen. (S. 18)

Fund: Nach zehnjähriger Suche haben zwei Archäologen die fast 3000 Jahre alte Grabkammer Mayas, des Schatzkammerers Tutenchamun, entdeckt. Der spektakuläre Fund gelang auf dem Grabfeld von Sakkarä südlich von Kairo. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Wird Denken überflüssig? - Gastkommentar von Professor Ulrich Lohmar S. 2

Aschermitzweck: Politische Hasse in Bayern - Von Peter Schmalz S. 3

Fernsehtage: Charmanter Dauer-Schocker - Der Autor H. Habe - Ein Seifensode-Gentleman S. 16

Nemes vom Film: Pia Frankenberg, "Nicht nicht ohne Dich" - Zwei Herzen sind in Not S. 17

Raumfahrt: Nach dem Challenger-Unfall gerät die Nasa zu nehmend unter Druck S. 18

Schnee und Glätte: behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Heute in Berlin: Schtscharanski und acht Agenten kommen frei

Sowjetischer Regimekritiker fliegt nach Israel weiter / Verabredung von Genf

ms. Bonn

Die Freilassung des sowjetischen Regimekritikers Anatoli Schtscharanski und der Austausch von insgesamt acht im Osten und im Westen wegen Spionage verurteilten Personen soll nach vorliegenden Informationen heute um 12 Uhr auf der Glinka-Brücke in Berlin stattfinden. Schtscharanski wird dann unverzüglich nach Israel weiterfliegen.

Inzwischen wurde der WELT von amtlicher Seite bestätigt, daß die Freilassung des sowjetischen Regimekritikers auf dem Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow in Genf besprochen und im Grundsatz verabredet worden war.

Nach WELT-Informationen werden außer Schtscharanski, dessen Freilassung nicht in Zusammenhang mit einem Agentenaustausch gebracht werden kann, noch folgende Personen dem Westen übergeben:

- Der 41 Jahre alte Deutsche Frohn, der 1981 in der "DDR" verhaftet und dann 1981 wegen Spionagetätigkeit für den amerikanischen Geheimdienst CIA zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist;

- Der Tscheche Javorsky, der vor ei-

niger Zeit in die Bundesrepublik Deutschland geflohen, dann aber in die CSSR zurückgekehrt und dort wegen Spionage verhaftet worden war. Tatsächlich aber, so heißt es, habe Javorsky keine Spionagetätigkeit für die Bundesrepublik Deutschland ausgeübt;

- Freigelassen werden soll nach den Absprachen, die zwischen Bonn und Ost-Berlin getroffen worden sind, der 50 Jahre alte Dietrich Nistroy. Er war 1981 während eines Aufenthaltes in der "DDR" unter dem Vorwurf, Spionage für den Bundesnachrichtendienst (BND) zu betreiben, verhaftet und 1982 zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Indirekt mit dieser Austauschaktion im Zusammenhang steht auch die Freilassung von drei deutschen Geschäftsleuten aus sowjetischer Haft, um die sich die Bundesregierung seit geraumer Zeit bemüht hat.

Die Forderung der Sowjetunion, auch hierfür "Gegenleistungen" zu erbringen, wurde von Bonn abgelehnt. Es erinnerte an die seit Jahrzehnten im Geheimdienst-Bereich geltende Regel, wonach es keinen Tausch von "sonstigen Festnahmen" gegen Spione gebe.

Als "Gegenleistung" im Zuge der Austauschaktion von Agenten werden von den Regierungen in Washington und Bonn folgende Personen dem Osten übergeben:

- das tschechische Ehepaar Köcher, das wegen Spionage für den Nachrichtendienst der Tschechoslowakei in den USA verurteilt worden ist;

- der als "Agentenwerber" in der Bundesrepublik Deutschland verhaftete Dieter Schafroth. Der 43jährige Mann war 1984 gefaßt und 1985 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er sollte vor allem unter Studenten für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin Agenten anwerben.

- Der sowjetische Staatsbürger Semjakow (40), der als Angehöriger einer deutsch-sowjetischen Handelsgesellschaft in Köln Spionage im Bereich der Wissenschaft und Technik betrieben hat, wird ebenfalls ausgetauscht. Semjakow war im September 1985 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

- Ausgetauscht wird auch der Pole Kaczmarek, der nicht verurteilt ist, aber unter falscher Identität für den polnischen Geheimdienst arbeiten sollte.

Marcos will Wahl nicht annullieren

Parlament verschiebt den Beginn der entscheidenden Stimmenauszählung auf heute

DW. Manila

Rund 8000 Demonstranten hatten sich vor dem Parlamentsgebäude in Manila versammelt, als die Abgeordneten gestern zu der entscheidenden Stimmenauszählung zusammenströmten. Zur Sicherung des Gebäudes waren von der Regierung starke Einheiten der Polizei zusammengezogen worden. Als die Parlamentarier dann nach vierstündigen Beratungen ihre Sitzung beendeten hatten und bekanntgaben, daß der Beginn der Auszählung auf heute verschoben worden sei, wurden sie von den Demonstranten beschimpft und ausgepöbelt.

Auch drei Tage nach den Präsidentschaftswahlen auf den Philippinen gibt es noch keine verlässlichen Angaben über einen Wahlsieger. Nach der Verfassung muß das Parlament innerhalb von zwei Wochen einen Wahlsieger erklären.

Die amtliche Wahlkommission (COMELEC) hatte bei ihrem letzten Zwischenergebnis von einem Vorsprung von 100 000 Stimmen für Präsident Marcos gesprochen. Dagegen berichtete die unabhängige Wahlbeobachtungskommission (NAMFREL) nach Auszählung von mehr als der Hälfte der Wahllokale, die Oppositionskandidatin Corason Aquino habe 700 000 Stimmen mehr als Marcos auf sich vereinen können.

Eine Gruppe junger Frauen, die aus dem zentralen Wahlbüro der COMELEC geflüchtet waren, berichteten auf einer Pressekonferenz von massiver Wahlbetrug. Dagegen verwies die COMELEC-Vorsitzende Savellano den Frauen vor, das Computersystem zugunsten von Frau Aquino manipuliert zu haben.

Frau Aquino hatte bei einer Dankesmesse in einem Vorort Manilas gestern noch einmal betont, daß sie die Macht übernehmen werde, da das Volk die Wahl gewonnen habe. Gleichzeitig war sie Marcos vor, er nutze alle Möglichkeiten zur Verschleppung der Auszählung, um sie ihres Wahlsieges zu berauben.

Der Präsident trat gestern Meldungen entgegen, wonach er die Wahl für ungültig erklären lassen wollte. In einem Fernseh-Interview, dessen Text gestern vom Präsidentenpalast veröffentlicht wurde, sagte Marcos: "Ich habe nicht die Absicht, die Wahlen zu annullieren oder auch meine Macht einzusetzen, um die Wahlen zu gewinnen."

Im US-Fernsehen hatte der Diktator darauf beharrt, seine Herausforderin deutlich geschlagen zu haben. Gleichzeitig beschuldigte er die katholische Kirche, ihm einen Erbschleicherschlag verweigert zu haben. Unter Hinweis auf Predigten in vielen Kirchen fragte Marcos, weshalb die Priester sich eingemischt hätten.

Mit einen letzten eindringlichen Appell, die "Stimme des philippinischen Volkes" zu respektieren, ist die amerikanische Delegation, die zur Beobachtung der Stimmenauszählung nach Manila gekommen war, abgereist. Vor dem Abflug sagte ihr Leiter, Senator Richard Lugar, die Auszählung sei jetzt in "ein kritisches Stadium" getreten.

Die Diskussion um das Streuen von Salz auf Gehwegen und Straßen wird immer härter ausgetragen. Für Umweltschützer bedeutet jede Handvoll davon schon fast den Tod von Straßenbäumen oder die Vergiftung des Grundwassers. Demgegenüber vertritt der Dachverband der "Deutschen Salzindustrie" die Ansicht, nichts sei reiner als Salz. Bäume entlang von Außenortsstraßen, so der Verband, "sind keine Zeugen der Anklage". Die Bauchemie habe den Beton inzwischen weitgehend unempfindlich gegen Streusalz gemacht. Die WELT stellt in einem Beitrag die unterschiedlichen Positionen in der teilweise erbittert geführten Auseinandersetzung dar.

Das dänische Parlament hat am 21. Januar mit 80 gegen 75 Stimmen für die Ablehnung des EG-Reformpakets gestimmt, das die Staats- und Regierungschefs der zwölf EG-Staaten auf ihrer Gipfelkonferenz in Luxemburg beschlossen hatten. Die übrigen EG-Regierungen haben jedoch entschieden, die Bedenken des dänischen Parlaments zu ignorieren. Sie wollen die Reformvorschlüsse am 17. Februar endgültig verabschieden.

Nach diesen Berechnungen jährliche Einbußen in Höhe von 15 Milliarden Kronen (rund 5,7 Milliarden Mark) hinnehmen müssen.

Die schlimmste Folge würde der Verlust von mindestens elf Milliarden Kronen (mehr als 3,7 Milliarden Mark) sein, den Dänemark an Exporten von Industrieerzeugnissen in die übrigen EG-Staaten erleiden würde. Auch die dänische Fischereiflotte würde erheblich betroffen werden, da rund 80 Prozent ihrer Fangträge in andere EG-Staaten geliefert werden.

Das dänische Parlament hat am 21. Januar mit 80 gegen 75 Stimmen für die Ablehnung des EG-Reformpakets gestimmt, das die Staats- und Regierungschefs der zwölf EG-Staaten auf ihrer Gipfelkonferenz in Luxemburg beschlossen hatten. Die übrigen EG-Regierungen haben jedoch entschieden, die Bedenken des dänischen Parlaments zu ignorieren. Sie wollen die Reformvorschlüsse am 17. Februar endgültig verabschieden.

In Dänemark Wirbel um Geheimpapier

Dänischer EG-Auszug kostet jährlich 26 Milliarden Kronen / Massenarbeitslosigkeit droht

DW. Kopenhagen

Die Veröffentlichung von Einzelheiten aus einem als vertraulich bezeichneten Bericht der dänischen Regierung, der sich mit möglichen Folgen eines Austritts aus der Europäischen Gemeinschaft befaßt, hat in Kopenhagen zu einer Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen geführt. Angesichts der für den 27. Februar vorgesehenen Volksabstimmung über das Reformpaket der Europäischen Gemeinschaft wurde bekannt, daß ein möglicher Auszug aus der EG dem Land mindestens 26 Milliarden Kronen (rund 9,8 Milliarden Mark) im Jahr kosten würde. Die Echtheit des Papiers wurde von der dänischen Regierung bestätigt. Ministerpräsident Poul Schlüter erklärte, er werde den Bericht morgen im Parlament verlesen.

Bei dem Referendum geht es um die Frage, ob Dänemark die von der Mehrheit der zwölf EG-Staaten verabschiedeten Reformvorschlüsse annehmen soll oder nicht. Das dänische Parlament hatte das Paket gegen den Willen der Minderheitsregierung im vergangenen Monat abgelehnt. Schlüter vertritt die Ansicht, daß ein "Nein" bei dem Referendum der erste Schritt zum Auszug Dänemarks aus der EG sein würde, der es seit 1973 angeht.

In dem Papier heißt es, dies würde Dänemark in eine ebenso schwere Krise stürzen wie bei der Erdölkrise Anfang der 70er Jahre und dem Land zehn Jahre lang ein niedriges Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit bescheren. Auf dem Agrarsektor, so wird prophezeit, würden von 200 000 dort beschäftigten Dänen 77 000 als direkte Folge eines EG-Austritts ihre Arbeitsplätze verlieren. Gegenwärtig sind in Dänemark 250 000 Personen arbeitslos, das entspricht einer Arbeitslosenquote von neun Prozent. An landwirtschaftlichen Exporten, zumeist Schweinefleisch und Speck, würde Dänemark

men soll oder nicht. Das dänische Parlament hatte das Paket gegen den Willen der Minderheitsregierung im vergangenen Monat abgelehnt. Schlüter vertritt die Ansicht, daß ein "Nein" bei dem Referendum der erste Schritt zum Auszug Dänemarks aus der EG sein würde, der es seit 1973 angeht.

In dem Papier heißt es, dies würde Dänemark in eine ebenso schwere Krise stürzen wie bei der Erdölkrise Anfang der 70er Jahre und dem Land zehn Jahre lang ein niedriges Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit bescheren. Auf dem Agrarsektor, so wird prophezeit, würden von 200 000 dort beschäftigten Dänen 77 000 als direkte Folge eines EG-Austritts ihre Arbeitsplätze verlieren. Gegenwärtig sind in Dänemark 250 000 Personen arbeitslos, das entspricht einer Arbeitslosenquote von neun Prozent. An landwirtschaftlichen Exporten, zumeist Schweinefleisch und Speck, würde Dänemark

men soll oder nicht. Das dänische Parlament hatte das Paket gegen den Willen der Minderheitsregierung im vergangenen Monat abgelehnt. Schlüter vertritt die Ansicht, daß ein "Nein" bei dem Referendum der erste Schritt zum Auszug Dänemarks aus der EG sein würde, der es seit 1973 angeht.

In dem Papier heißt es, dies würde Dänemark in eine ebenso schwere Krise stürzen wie bei der Erdölkrise Anfang der 70er Jahre und dem Land zehn Jahre lang ein niedriges Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit bescheren. Auf dem Agrarsektor, so wird prophezeit, würden von 200 000 dort beschäftigten Dänen 77 000 als direkte Folge eines EG-Austritts ihre Arbeitsplätze verlieren. Gegenwärtig sind in Dänemark 250 000 Personen arbeitslos, das entspricht einer Arbeitslosenquote von neun Prozent. An landwirtschaftlichen Exporten, zumeist Schweinefleisch und Speck, würde Dänemark

Bei dem Referendum geht es um die Frage, ob Dänemark die von der Mehrheit der zwölf EG-Staaten verabschiedeten Reformvorschlüsse annehmen soll oder nicht. Das dänische Parlament hatte das Paket gegen den Willen der Minderheitsregierung im vergangenen Monat abgelehnt. Schlüter vertritt die Ansicht, daß ein "Nein" bei dem Referendum der erste Schritt zum Auszug Dänemarks aus der EG sein würde, der es seit 1973 angeht.

In dem Papier heißt es, dies würde Dänemark in eine ebenso schwere Krise stürzen wie bei der Erdölkrise Anfang der 70er Jahre und dem Land zehn Jahre lang ein niedriges Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit bescheren. Auf dem Agrarsektor, so wird prophezeit, würden von 200 000 dort beschäftigten Dänen 77 000 als direkte Folge eines EG-Austritts ihre Arbeitsplätze verlieren. Gegenwärtig sind in Dänemark 250 000 Personen arbeitslos, das entspricht einer Arbeitslosenquote von neun Prozent. An landwirtschaftlichen Exporten, zumeist Schweinefleisch und Speck, würde Dänemark

Bei dem Referendum geht es um die Frage, ob Dänemark die von der Mehrheit der zwölf EG-Staaten verabschiedeten Reformvorschlüsse annehmen soll oder nicht. Das dänische Parlament hatte das Paket gegen den Willen der Minderheitsregierung im vergangenen Monat abgelehnt. Schlüter vertritt die Ansicht, daß ein "Nein" bei dem Referendum der erste Schritt zum Auszug Dänemarks aus der EG sein würde, der es seit 1973 angeht.

In dem Papier heißt es, dies würde Dänemark in eine ebenso schwere Krise stürzen wie bei der Erdölkrise Anfang der 70er Jahre und dem Land zehn Jahre lang ein niedriges Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit bescheren. Auf dem Agrarsektor, so wird prophezeit, würden von 200 000 dort beschäftigten Dänen 77 000 als direkte Folge eines EG-Austritts ihre Arbeitsplätze verlieren. Gegenwärtig sind in Dänemark 250 000 Personen arbeitslos, das entspricht einer Arbeitslosenquote von neun Prozent. An landwirtschaftlichen Exporten, zumeist Schweinefleisch und Speck, würde Dänemark

Bei dem Referendum geht es um die Frage, ob Dänemark die von der Mehrheit der zwölf EG-Staaten verabschiedeten Reformvorschlüsse annehmen soll oder nicht. Das dänische Parlament hatte das Paket gegen den Willen der Minderheitsregierung im vergangenen Monat abgelehnt. Schlüter vertritt die Ansicht, daß ein "Nein" bei dem Referendum der erste Schritt zum Auszug Dänemarks aus der EG sein würde, der es seit 1973 angeht.

In dem Papier heißt es, dies würde Dänemark in eine ebenso schwere Krise stürzen wie bei der Erdölkrise Anfang der 70er Jahre und dem Land zehn Jahre lang ein niedriges Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit bescheren. Auf dem Agrarsektor, so wird prophezeit, würden von 200 000 dort beschäftigten Dänen 77 000 als direkte Folge eines EG-Austritts ihre Arbeitsplätze verlieren. Gegenwärtig sind in Dänemark 250 000 Personen arbeitslos, das entspricht einer Arbeitslosenquote von neun Prozent. An landwirtschaftlichen Exporten, zumeist Schweinefleisch und Speck, würde Dänemark

Bei dem Referendum geht es um die Frage, ob Dänemark die von der Mehrheit der zwölf EG-Staaten verabschiedeten Reformvorschlüsse annehmen soll oder nicht. Das dänische Parlament hatte das Paket gegen den Willen der Minderheitsregierung im vergangenen Monat abgelehnt. Schlüter vertritt die Ansicht, daß ein "Nein" bei dem Referendum der erste Schritt zum Auszug Dänemarks aus der EG sein würde, der es seit 1973 angeht.

In dem Papier heißt es, dies würde Dänemark in eine ebenso schwere Krise stürzen wie bei der Erdölkrise Anfang der 70er Jahre und dem Land zehn Jahre lang ein niedriges Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit bescheren. Auf dem Agrarsektor, so wird prophezeit, würden von 200 000 dort beschäftigten Dänen 77 000 als direkte Folge eines EG-Austritts ihre Arbeitsplätze verlieren. Gegenwärtig sind in Dänemark 250 000 Personen arbeitslos, das entspricht einer Arbeitslosenquote von neun Prozent. An landwirtschaftlichen Exporten, zumeist Schweinefleisch und Speck, würde Dänemark

Bei dem Referendum geht es um die Frage, ob Dänemark die von der Mehrheit der zwölf EG-Staaten verabschiedeten Reformvorschlüsse annehmen soll oder nicht. Das dänische Parlament hatte das Paket gegen den Willen der Minderheitsregierung im vergangenen Monat abgelehnt. Schlüter vertritt die Ansicht, daß ein "Nein" bei dem Referendum der erste Schritt zum Auszug Dänemarks aus der EG sein würde, der es seit 1973 angeht.

In dem Papier heißt es, dies würde Dänemark in eine ebenso schwere Krise stürzen wie bei der Erdölkrise Anfang der 70er Jahre und dem Land zehn Jahre lang ein niedriges Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit bescheren. Auf dem Agrarsektor, so wird prophezeit, würden von 200 000 dort beschäftigten Dänen 77 000 als direkte Folge eines EG-Austritts ihre Arbeitsplätze verlieren. Gegenwärtig sind in Dänemark 250 000 Personen arbeitslos, das entspricht einer Arbeitslosenquote von neun Prozent. An landwirtschaftlichen Exporten, zumeist Schweinefleisch und Speck, würde Dänemark

Bei dem Referendum geht es um die Frage, ob Dänemark die von der Mehrheit der zwölf EG-Staaten verabschiedeten Reformvorschlüsse annehmen soll oder nicht. Das dänische Parlament hatte das Paket gegen den Willen der Minderheitsregierung im vergangenen Monat abgelehnt. Schlüter vertritt die Ansicht, daß ein "Nein" bei dem Referendum der erste Schritt zum Auszug Dänemarks aus der EG sein würde, der es seit 1973 angeht.

DER KOMMENTAR

Fromme Torheit

EBERHARD NITSCHKE

Es war einmal ein quasi-offizielles Dokument, in dem sich auch dieser Satz findet: "Der Karnevals- beziehungsweise Fastnachtsbrauch ist hinsichtlich der Unterhaltungsmöglichkeiten in den Fastnachtsgebieten der Bundesrepublik zweifellos der harmloseste". Der "Bund deutscher Karneval" in Köln schritt mit ihm gegen die drohende Gefahr ein, das Narrenwesen wegen der politischen Lage einmal ausfallen zu lassen. Die schärfste Waffe der Karnevalisten: "Damit würde man dem Osten Argumente in die Hand spielen etwa unter dem Motto: Jetzt haben wir sie soweit."

Nun ja, das war im November 1981 und in Berlin war die Mauer gebaut worden. Nie mehr hat man seither von außen versucht, die heranwachsende Humormorose aufzuhalten. Am Rosenmontag hat sie sich wieder einmal gebrochen. Es kann sein, daß es an den Minustemperaturen lag, wenn das Naturschauspiel es diesmal offensichtlich etwas schwerer hatte, über die

Bildschirme zu fließen, wo die Experten saßen. "Befrei uns vom kalten Ingrim der Humorslosigkeit", heißt es in der "Närrischen Messe" der Klever Karnevalisten, von einem echten Prospekt der Stadt und mit dem ermahnenen Satz, daß man im Karneval, Fasching, Fastnacht auch einmal den "Mut zur frommen Torheit" haben möge, der früher die Welt bewegte.

Die "fromme Torheit", Baujahr 1986, hat daneben überall da, wo der Karneval und seine landmannschaftlichen Vorfahren ihre Regierungszeit überdauerten, auch kaum eine Chance, den großen Spitz über die Obrigkeit auszuschütten. So war das ja wohl einmal gedacht gewesen - als Ventil für unterdrückte Meinungen. Aber wenn man das ganze Jahr über und von der Spitze jedes Dachverbandes aus aus jedem Anlaß nach "oben" höfchen darf? Dann bleiben eben 30 Tonnen gedroffene "Kamelle" (Düsseldorfer), und warum soll die Humor-Spur auch weiter reichen.

Walesa steht in Danzig vor Gericht

dpa, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa wird heute vor dem Danziger Bezirksgericht angeklagt, die staatlichen Wahlkommissionen beleidigt zu haben. Der Prozeß soll zunächst bis Donnerstag dauern. Dem Friedensnobelpreisträger, der von drei Anwälten verteidigt wird, droht eine Strafe von bis zu zwei Jahren Haft oder eine Geldbuße. Zur Beobachtung des Verfahrens sind acht westliche Journalisten zugelassen worden. Die Klage gegen Walesa kam von Mitgliedern einzelner Wahlkommissionen.

Der polnische Regierungssprecher Urban hatte vor dem Prozeß durchblicken lassen, daß man auf das Verfahren verzichten könne, falls Walesa erkläre, es sei nicht sein Ziel gewesen, jemanden zu beleidigen. Daher wird nicht ausgeschlossen, daß der Prozeß mit einer Rücknahme der Klage bereits am ersten Gerichtstag enden könnte.

London: Vermögen der Gewerkschaft beschlagnahmt

DW. London

In der Auseinandersetzung zwischen der Druckergewerkschaft Sogat 82 und dem Zeitungsverleger Rupert Murdoch hat ein Londoner Gericht gestern die Beschlagnahme des gesamten Gewerkschaftsvermögens in Höhe von rund 17 Millionen Pfund (57 Millionen Mark) angeordnet. Zusätzlich muß die Sogat 25 000 Pfund (83 000 Mark) Strafe bezahlen. Das Urteil wurde gefällt, weil sich die Gewerkschaft geweigert hatte, einer gerichtlichen Verfügung nachzukommen und die Verbreitung der Zeitung der "News International"-Gruppe nicht mehr zu behindern.

In der Kontroverse geht es um das hochmoderne Druckzentrum Murdachs in Wapping im Londoner Hafenviertel. Weil die Druckergewerkschaft die Bedingungen für einen Umzug nicht akzeptierte, hatte der Verleger Murdoch rund 5000 Drucker entlassen.

Streusalz - sinnvoll oder schädlich?

DW. Bonn

Die Diskussion um das Streuen von Salz auf Gehwegen und Straßen wird immer härter ausgetragen. Für Umweltschützer bedeutet jede Handvoll davon schon fast den Tod von Straßenbäumen oder die Vergiftung des Grundwassers. Demgegenüber vertritt der Dachverband der "Deutschen Salzindustrie" die Ansicht, nichts sei reiner als Salz. Bäume entlang von Außenortsstraßen, so der Verband, "sind keine Zeugen der Anklage". Die Bauchemie habe den Beton inzwischen weitgehend unempfindlich gegen Streusalz gemacht. Die WELT stellt in einem Beitrag die unterschiedlichen Positionen in der teilweise erbittert geführten Auseinandersetzung dar.

Seite 3: Ein heißer Glaubenskrieg

Junta entwirft Miliz Duvaliers

DW. Port-au-Prince/Talioires

Die haitianische Junta unter Vorsitz von General Henri Namphy hat gestern das berüchtigte Milizionärscorps "Freiwillige für die nationale Sicherheit", allgemein als "Tontons Macoutes" bekannt, aufgelöst. Die 1961 von Präsident François Duvalier (Papa Doc) geschaffene Truppe war in den vergangenen 25 Jahren für zahlreiche Fälle von Folter, Entführung, Mißhandlung und Mord verantwortlich. Die Armee war unterdessen darum bemüht, die Milizionäre, die zur Zerschlagung kollektiver Racheakte geworden sind, zu entwerfen. Im zweiten Teil ihrer Haiti-Serie beschreibt die WELT heute die Vergangenheit und den politischen Standort der Junta-Mitglieder.

Seite 5: Distanz zu Duvalier

Moskauer Fernsehen sendet Kennedys Bedenken zu SDI

US-Senator findet freundliche Worte für Gorbatschow

DW. Moskau

Das sowjetische Fernsehen hat am Sonntag ein 20minütiges Interview mit dem amerikanischen Senator Edward Kennedy gesendet, in dem dieser sich für einen friedlichen Wettbewerb der beiden Supermächte ausspricht. Vor allem der Weltraum solle für friedliche Zwecke genutzt werden, sagte der demokratische Senator, der gleichzeitig Bedenken gegen die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) des US-Präsidenten Ronald Reagan anmeldete. Damit habe Kennedy sich in die sowjetische Propaganda "einspannen" lassen, verlautet aus amerikanischen Politiker-Kreisen.

Das Interview war während des Besuchs Kennedys in der UdSSR aufgezeichnet worden und bereits dem sowjetischen Fernsehpublikum am Freitag auszugeweiht worden. Kennedy war während eines Besuchs auch mit Parteichef Michail Gorbatschow, der auf ihn den Eindruck eines fröhlichen, energiegelassen und erfahrenen Politikers machte, zusammengetroffen. Im Vor-

dergrund der Gespräche stand das Thema der Rüstungskontrolle. Der US-Senator glaubt, daß auf dem Gebiet der Weltraumforschung die UdSSR und die USA möglicherweise sogar wetteifern könnten. Unabhängig davon werde es aber zwischen den USA und der Sowjetunion auch in Zukunft Meinungsverschiedenheiten geben. Diese betrafen insbesondere philosophische und wirtschaftliche Fragen sowie die Menschenrechte.

Gorbatschows Abrüstungsvorschlag bezeichnete Kennedy als konstruktiv und meinte, daß sowohl Gorbatschow als auch US-Präsident Ronald Reagan bereit seien, über eine Verminderung der Zahl der Atomwaffen zu verhandeln.

Gorbatschow sei sich offenbar der Bedeutung der Gespräche über eine Begrenzung von Nuklearwaffen bewußt und habe deutlich zu Verstehen gegeben, daß neben einem Abkommen über Mittelstreckenwaffen auch ein umfassendes Testverbotsabkommen ohne Fortschritt in der SDI-Frage möglich sei, sagte Kennedy.

Roelof Botha bleibt im Amt

DW. Johannesburg

Einen schweren Rückschlag haben die Erwartungen in die Reformpläne, die der südafrikanische Präsident Pieter Willem Botha vor einer Woche nach im Fernsehen und in Zeitungsanzeigen angekündigt hatte, durch die jüngsten Ereignisse in Südafrika erlitten. Nach der Scheiterte des Präsidenten für seinen Außenminister Roelof Botha wegen dessen Aussage, er könne sich durchaus eines Schwarzen an der Spitze des Staates vorstellen, und dem Auszug des Oppositionsführers Slabbert aus dem Parlament sehen mehrere südafrikanische Zeitungen die Hoffnung auf Reformen wieder zerstört.

Vor dem Parlament hatte Präsident Botha erklärt, daß der Außenminister ihm schriftlich versichert habe, daß die Äußerung über einen schwarzen Präsidenten lediglich seine eigene Ansicht und nicht die der Regierungspartei ausdrücke, könne Roelof Botha weiter im Amt bleiben.

Zimmermann hofft auf Signalwirkung

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist der Ansicht, daß von dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst "sicherlich" Signalwirkungen ausgehen werden, "aber nicht in dem Sinne, daß damit Leitlinien vorgegeben" wären. Die Verhältnisse lägen in den einzelnen Wirtschaftsbranchen "auch zu weit auseinander", sagte Zimmermann in einem Interview mit der WELT. Der Minister: "Ich kann mir für den Beschluß im öffentlichen Dienst sprechen, wenn ich dazu feststelle, daß ich diese 3,5 Prozent voll im Rahmen der positiven konjunkturellen Entwicklung habe. In die Verhandlungen anderer freier Tarifpartner möchte ich auch nicht andeutungsweise eingreifen." Zimmermann räumte in dem Interview ein, daß ihm "manche Aussagen" aus dem Koalitionsvertrag "die Arbeit unnötig erschwert" hätten.

Seite 4: Das Interview

"ÖTV-Abschluß keine Leitlinie"

DW. Osnabrück

Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst kann für die IG Metall nach den Worten ihres Sprechers Jörg Barczyk "in keiner Weise" Leitlinie sein. Die ÖTV habe von einer völlig anderen, ungünstigen Lage

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ÖTV und Metall

Von Peter Gillies

Daß die Einkommen der Staatsdiener für die Arbeitnehmer der Metallindustrie kein Vorbild sein können, ist eine pflichtgemäße Feststellung der Industriegewerkschaft Metall, die ein bißchen richtig und ein bißchen falsch ist. Beim Arbeitsplatzrisiko und der Altersversorgung beispielsweise sind öffentliche und private Bedienstete unvergleichbar. Andererseits kann auch die IG Metall nicht darüber hinweg, daß der Abschluß ein indirektes Datum der Lohnführerschaft auch für die private Wirtschaft gesetzt hat.

So ist absehbar, daß in der Metallindustrie der Kampf um die Fünf toben wird, wie er im öffentlichen Dienst um die Vier wogte. Zur Begründung ihrer Forderung nach 7,5 Prozent mehr führt die IG Metall ins Feld, die Branche schwimme im Geld. Gewiß gibt es Unternehmen mit glänzenden Gewinnen, aber pauschal trifft diese Aussage nicht zu. Da sich Gewerkschaftler jedoch einer differenzierten Tarifpolitik verweigern, taugen die goldgeränderten Bilanzen einiger Firmen nicht als pauschale Rechtfertigung für kräftiges Abkassieren bei allen.

Vielmehr besteht die Gefahr, daß sich die Tarifpolitik wieder als Förderverein der Arbeitsbesitzer begreifen und das Erwerbslosenproblem dem Staat überantworten. Hier gibt es Analogien zum Streikgeldparagrafen 116, wo Gewerkschaften ebenfalls versuchen, sich aus der Pflicht ihrer vollen Haftung zu stehlen. Der Gewerkschaftsbeitrag zur Lohnfindung bleibt jedoch das entscheidende Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Wer die IG Metall daraus entläßt, erhöht das Beschäftigungsrisiko, mag er dies auch noch so vollumfänglich mit Kaufkraft- und anderen Theorien zu begründen suchen.

Jüngste Berechnungen ergeben, daß die Kombination von Ölpreisschub und Dollarkurs höchst wohlwollende Wirkungen auf die deutsche Konjunktur entfaltet. Sie stimuliert das Wachstum, dämpft die Preise und ermöglicht vielleicht vierhunderttausend Arbeitsplätze, hunderttausend mehr als erwartet. Aber diese höchst willkommene Kostenentlastung durch höhere Lohnkosten gleich wieder abzusaugen, hieße die Arbeitslosen weiter von einem Job aussperren. In das erleichternde Aufatmen nach dem ÖTV-Abschluß mischt sich angesichts der IG Metall-Sprüche deshalb neue Besorgnis.

Zwei behaupteten sich

Von Carl Gustaf Ströhm

Während auf der mittleren Ebene der sowjetischen Funktionärskaste im Zeichen der Ära Gorbatschow die Köpfe rollen, sind in der obersten Etageliste zwei alte Kämpfer bisher davongekommen: der Parteichef Kasachstans, Dinmuhamed Kunajew (74), blieb ebenso wie sein Kollege in der Ukraine, Wladimir Schtscherbitskij (87), trotz heftiger Kritik und Selbstkritik auf den jeweiligen Republik-Parteikongressen in Alma Ata und Kiew im Amt. Bedeutet ihre Wiederwahl, daß Gorbatschow mit seiner „Verjüngungskur“ nicht so rasch vorankommt, wie er gerne möchte?

Bemerkenswert ist, daß der öffentlich abgekanzelte Viktor Grischin zwar als Chef der Moskauer Parteiorganisation abgesetzt wurde, bisher aber nicht seinen Sitz im Politbüro verlor.

Die Moskauer „Prawda“ hat einerseits die Absetzung von fünfhundert Funktionären der Partei in Kasachstan als „Anfang“ bezeichnet, gleichzeitig aber Kunajew und Schtscherbitskij Wiederwahl gemeldet. Manche verweisen darauf, daß der Mann aus Kasachstan und sein ukrainischer Gegenstück zwar alte „Breschnewisten“ sind, aber rechtzeitig auf die neue Linie einzuschwenken wußten. Jedoch ist solch öffentliches Schwenken in der UdSSR üblich, wenn ein Neuer an die Macht kommt; das ändert nichts an dessen Interesse, seine eigenen Leute nachzuziehen.

Gorbatschow, der den großen Vorteil eines jeden neuen Machthabers genießt, als Postenverteiler einer ganzen Generation zu Amt und Würden zu verhelfen, steht heute wohl vor dem Gipfel seiner Macht. Aber wenn man den seitlichen Gegensatz zwischen Hektik und Beharrung betrachtet, der für die bisherige Ära Gorbatschow charakteristisch ist, dann liegt die Vermutung nahe, daß der Jung-Siegfried aus Stawropol auf Widerstände stößt. In diese Richtung deutet auch Gorbatschows jüngste Äußerung, daß Andrej Sacharow als „Geheimnisträger“ nicht ins Ausland reisen dürfe. Dies nach monatelangen Gerüchten, er werde doch reisen – gibt es da eine Gruppe, die Gorbatschow seine Grenzen zeigen will?

Peres' Plan

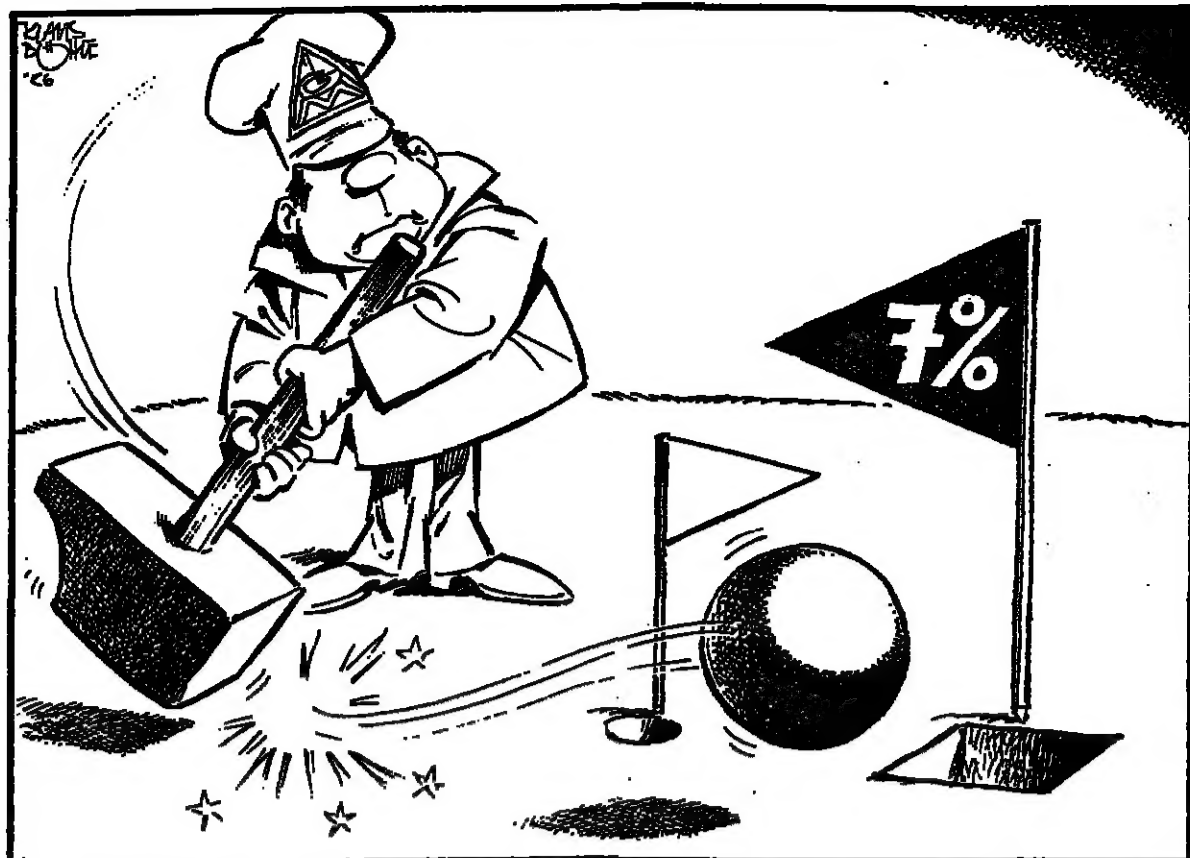
Von Ephraim Lahav

Was Israels Ministerpräsident Shimon Peres am Wochenende vorschlug, ist weit von einer „einseitigen Autonomie“ entfernt, wie dies viele Medien nannten; Peres hat diesen Ausdruck weder gebraucht noch gemeint.

Gemeint ist eine Verminderung der israelischen Präsenz. Peres' Absicht zeigen seine Worte: „Die Verhandlungen zwischen Hussein und Arafat sind gescheitert... Es ist klar, daß Arafat nicht nur für uns, sondern auch für Hussein kein Partner sein kann. Bis wir ein formelles Abkommen treffen, sollten wir den Arabern in den besetzten Gebieten mehr Selbstständigkeit in der Verwaltung ihrer Städte zugestehen – auf Gebieten wie Unterricht, Medizin usw. Dazu brauchen wir viel Verständnis; ich hoffe, wir werden es aufbringen.“

Damit will Peres nach der Selbst-Ausschaltung Arafats das offene Gespräch mit Hussein erreichen – geheime Gespräche, direkt oder indirekt, finden sowieso laufend statt. Die bisher bekannten Einzelheiten über Peres' Plan: Die israelischen Sicherheitskräfte sollen zum Großteil aus den arabischen Städten abgezogen und in abgelegenen Stützpunkten konzentriert werden, um den Eindruck der Besatzung zu mildern. Die Ein- und Ausreiseprozessuren über die Jordanbrücken sollen vereinfacht und die Buch- und Pressezensur soll liberalisiert werden.

Diese noch nicht offiziell bekanntgegebenen Absichten haben bereits scharfe Proteste von Seiten des Likud hervorgerufen. Dort sieht man jede Maßnahme, die den arabischen Charakter der besetzten Gebiete stärkt, als Schwächung ihres israelischen Charakters. Doch auch arabische Kritik wurde laut; so erklärte der eher gemäßigte Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij, der Plan sei „unnötig“. Schon jetzt werden unsere Kommunalverwaltungen von siebzehntausend arabischen Beamten betreut. Aber über ihnen stehen vierhundert israelische Offiziere. Diese werden ja auch nach dem neuen Plan weiter dienen. Da ist es mir schon lieber, wenn alles beim Alten bleibt. Freij irrt. Wenn Peres seinen langfristigen Plan durchsetzen kann und ein Abkommen mit König Hussein erzielt, kann ein großer Teil der West Bank jordanisch werden; dann würden auch die vierhundert Offiziere abtreten.



German Open

KLAUS BÖHLE

Wird Denken überflüssig?

Von Ulrich Lohmar

In der Sprache der Computerwelt breitet sich ein neues Schlagwort aus: „Künstliche Intelligenz“. Es drückt die Hoffnung der wenigen aus, daß technische Systeme eines Tages nicht nur selbstständig, sondern auch selbständig denken und arbeiten können. Und es schürt zugleich die Angst der vielen, der Computer könne morgen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Köpfe der Menschen überflüssig machen.

Sehr viel nüchterner hingegen umschreibt der Forschungschef von Nixdorf, Hartmut Fetzter, den Sinn der Sache: „Künstliche Intelligenz hat zum Ziel, eine Reihe von computerunterstützten Verfahren zu entwickeln, um mit Hilfe dieser Verfahren bestimmte natürliche Fähigkeiten des Menschen nachzuahmen.“ Wesentliche Arbeiten konzentrieren sich heute darauf, den Computer zu befähigen, Probleme zu lösen, natürliche, geschriebene und gesprochene Sprache zu verstehen, zu sehen und aufgrund der Erkenntnisse der Umwelt bestimmte Tätigkeiten auszuführen, Wissen zu erwerben, zu speichern und zu nutzen, um Expertensysteme für bestimmte Wissensgebiete aufbauen zu können. Da das Nachahmen biologischer oder, enger gefaßt, menschlicher Fähigkeiten nicht ohne Erkenntnisse über deren Funktionsweise möglich ist, hat sich „künstliche Intelligenz“ von Anfang an als ein interdisziplinäres Arbeitsfeld der Informatiker, Biologen, Mediziner, Mathematiker und Sprachwissenschaftler entwickelt, wobei das Zentrum der theoretischen und praktischen Arbeiten die Computer-Wissenschaft und die Computer-Industrie geblieben sind; denn Ausgangspunkt war es, intelligente Computersysteme zu schaffen.

Das Signalwort dieser Definition heißt „nachahmen“. Es bleibt dabei: Der Computer erlaubt uns, Informationen zu vergessen, ohne sie deshalb zu verlieren. Das ist in einer Welt mit einer unübersehbar gewordenen Zahl von Informationen eine phantastische Entlastung des Erinnerungsvermögens von Menschen. Aber es bleibt auch so, daß der Computer nur solche Informationen kombinieren und herausgeben kann, die ihm zuvor von Menschen eingegeben worden sind. Er erlaubt uns, wiederholbares Wissen wieder aufzufinden, und er ist vielleicht aus diesem Grunde auch eine Art „Kreativitäts-Assistent“. In Gestalt der Roboter kann er mehr und mehr auch selbstständig seine Arbeit verrichten – was zum Beispiel im Weltraum oder in Meeresstiefen wichtig wird –, aber er wird nie selbstständig sein in dem Sinn, daß er unabhängig von Menschen etwas wirklich Neues erfinden oder produzieren könnte.

Man fragt sich also, warum ausgerechnet die Computerindustrie das irreführende Wort von der „künstlichen Intelligenz“ unter die Leute bringt und damit unbegründete Hoffnungen wie Befürchtungen weckt. Es handelt sich ja ganz einfach um eine technische, eine maschinelle Intelligenz, die ihrem Wesen nach nichts Neues ist. Der Computer hilft uns lediglich in anderer Weise, als wir es von den hergebrachten Formen der Technik gewohnt waren. Er wird dadurch nicht zum Herrn der Menschen, sondern bleibt ihr „technischer Butler“.

Die Vertreter der Informationstechnologien sollten die „künstliche Intelligenz“ als einen Fehlbegriff also schleunigst aus dem Verkehr ziehen. Sie haben sich schließlich schon einmal – Anfang der sechziger Jahre – in eine solche begriffliche Sackgasse verirrt, als sie uns einreden wollten, ihre Lehr- und Lerncomputer seien in der Lage, über kurz oder lang einen Großteil der Lehrer zu ersetzen. Wenn man die damaligen technischen Geräte genauer betrachtete, stellte sich rasch heraus, daß sie vermutlich nicht einmal die mittlere Reife hätten bestehen können.

Notwendig ist es vielmehr, die wirklich bahnbrechenden Chancen deutlich zu machen und zu nutzen, die sich mit Hilfe der technischen Intelligenz der Computer eröffnen: Zum einen erlauben und erfordern Mikroelektronik und Telekommunikation einen kooperativen, dezentralisierten Arbeitsstil in arbeitsteiligen, also großen Unternehmen und Organisationen. Sie verdrängen damit die Führungsprinzipien von Befehl und Gehorsam ebenso wie eine von oben ausgeübte Mitbestimmung, Führung und Mitbestimmung konzentrieren sich auf Zielvorgaben, Budgetierung und Erfolgskontrolle.

Zweitens wird die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im nächsten Vierteljahrhundert dazu führen, daß eine immer mehr zurückgehende Zahl von Arbeitenden (als Folge der geburtschwachen Jahrgänge nach dem „Pillenknick“) eine wachsende Zahl von alten Mitbürgern ernähren muß. Dies wird nur möglich sein, wenn die Rationalisierungskraft der Informationstechnologien die Arbeitsproduktivität wesentlich erhöht und damit den Lebensstandard aller erhalten hilft. Der innenpolitische Dauerstreit um die „Massenarbeitslosigkeit“ wird uns in wenigen Jahren als historische Gespensterschleicherei erscheinen.

Schließlich müssen die technischen Innovationen mit den Inhalten unseres Ausbildungswesens wieder in Übereinstimmung gebracht werden. Heute verläuft der Fortschritt wie in einer Domino-Reihe: Wissenschaftlichen und technischen Durchbrüchen folgen zuerst die Ökonomie, dann die gesellschaftlichen Lebensformen, schließlich die Politik und erst am Schluß das Ausbildungswesen und die Rechtsordnung. Dadurch hat sich eine gefährliche Kluft zwischen Technik und Ausbildung aufgetan, die geschlossen werden muß im Interesse der Lebenschancen der jungen Generation.

Bei diesen drei großen Reformaufgaben können sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft begegnen und wechselseitig helfen. Das unverzüglich zu tun ist sehr viel ergeblicher als die Eröffnung eines neuen Schaukampfes um die sogenannte „künstliche Intelligenz“, die bei Licht besehen nichts anderes ist als eine neue Form des Zusammenwirkens der Menschen mit ihren technischen Werkzeugen.



Professor Ulrich Lohmar, SPD-MdB von 1957 bis 1974, lebt als freier Wissenschaftler in Bonn

FOTO: DIE WELT

Kolumbien: Eine Wahl und ein halbes Dutzend Banden

Die späten Erkenntnisse des unseligen Belisario Betancur / Von Günter Friedländer

Kolumbiens Regierung hat soeben an die 7000 Reservisten einberufen, um während der kommenden Wahlen am 8. März (für legislative Körperschaften) und am 25. Mai (Präsidentenwahl) die freie Stimmabgabe zu garantieren. Die 95 000 Soldaten des Heeres und 67 000 Angehörigen der Polizei können dieser Aufgabe allein nicht nachkommen, weil zu viele in die Kämpfe gegen die Guerilla verwickelt sind, besonders im Südwesten, dem Departement Cauca.

Dort lenkt eine „nationale Koordination der Guerilla“ die Aktionen des M-19 (Bewegung 19. April), der von den FARC (revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) abgespaltenen Front „Ricardo Franco“ und anderer an Waffenstillstand nicht beteiligter Gruppen. Die letzte Neuerscheinung bei den Aufständischen ist das „Batallion Amerika“, in dem unter anderem Venezolaner, Ecuadorianer, Nicaraguaner, Panamerer und Peruaner kämpfen. Ohne die Koordination würden einige Gruppen nicht miteinander reden: Das M-19 brach offiziell

mit der Front „Ricardo Franco“, als der bisher unschuldigste Massenmord ihres Kommandanten Javier Delgado an angeblichen Verärrern bekannt wurde.

Was bieten dagegen die traditionellen Parteien? Das Wahlgesetz erlaubt ihnen, mit mehreren Listen aufzutreten, die den verschiedenen Gruppen in einer Partei entsprechen. Man muß bei diesen Strömungen und persönlichen Konflikten sehr gut Bescheid wissen, um sich entscheiden zu können. Für das Landesparlament (Abgeordnete und Senatoren), für die Volksvertreter der Departements und der Stadtparlamente wurden an die 40 000 Kandidaten eingeschrieben.

Ein anderes großes Problem sind Rauschgifthändler, die ihre Kandidaten unterstützen. Justizminister Enrique Parejo Gonzalez, der solche Fälle beim Wahlgerecht anzuzeigen hat, sagte: „Ich denke darüber nach, ob mein Leben in Gefahr ist, wenn ich die Anzeigen machen muß, die meine Pflicht vorschreibt. Es beunruhigt mich, ich fürchte wirklich für unser Land, wenn es ganz in die Hän-

de der Rauschgifthändler fallen sollte.“

Liberalen und Konservativen haben gemeinsam die Politik des konservativen Präsidenten Belisario Betancur getragen. Das erschwerte eine oppositionelle Linie. Ironischerweise ist ein Hauptanliegen jedes Wahlkampfes, die Wirtschaftslage, Kolumbiens Lichtblick: Die Entdeckung großer Erdölreserven, der Verkauf der stets wachsenden Kohleförderung, die Hochkonjunktur auf dem internationalen Kaffeemarkt und eine relativ kleine Auslandsschuld besichern dem Mann, der Betancur Erbe antritt, ein leichteres Leben, als es sein Vorgänger hatte.

Aber das Guerilla-Problem bleibt. Bei einem Treffen der Präsidenten Brasiliens und Kolumbiens in Manaoas klagte Betancur über die Zusammenarbeit des Rauschgifthandels mit der Guerilla und empfahl gemeinsame Maßnahmen gegen dieses Bündnis. Er sprach auch davon, daß Kolumbiens, Ecuadors, Venezuelas und Perus Guerillas in Ambato (Ecuador) enge Zusammenarbeit be-

IM GESPRÄCH General Baryla

Schule der Nation

Von Joachim Görlich

Unberrt herrschen in Polen weiter die „Kommunisten in Uniform“, ergo nicht die Armee und deren Linienoffiziere, sondern die Kommissare. Daß sie nicht gewillt sind, das Heft aus der Hand zu legen, davon zeugt die Nominierung des Dr. Józef Baryla zum ZK-Sekretär. Der Vizeverteidigungsminister und Dreisternegenerale hat daraufhin sein Amt als Chef der „Politischen Hauptverwaltung“ der Armee niedergelegt. Ihm bleiben einige Ämter, er sitzt im Kuratorium des Pfadfinderbundes und im Aufsichtsrat des KP-Organ „Trybuna Ludu“, die Aufsicht über die Feldgeistlichen hat er mit der Politischen Hauptverwaltung abgegeben. Unlängst machte er von sich reden, als er Dreiwöchenskurse für die Soldaten einrichtete, um Hilteliker auszubilden, die im Schuldienst die Lücken von gefeuerten „Solidarnosc“-Anhängern und Kirchgängern füllen sollen.

Baryla ist im ostoberschlesischen Zawiercie vor 61 Jahren in einer Arbeiterfamilie geboren. Im Krieg arbeitete er in einer Glashütte. 1945 trat er als Freiwilliger in die polnische Armee ein und absolvierte 1947 die Artillerieoffizierschule als Linien-Leutnant. Bald danach wechselte er laut offiziellen polnischen Quellen in den Politapparat der Armee über. Schon als Offiziersanwärter wurde er – so unlängst das Regierungsblatt „Rzeczpospolita“ – „in den Kämpfen gegen den reaktionären Untergrund zwecks Festigung der Volksmacht eingesetzt“; er hat also dieselben Erfahrungen wie sein Protektor Jaruzelski gemacht.

1948 trat er der KP bei, obwohl die Offiziere erst ein Jahr später offiziell erlaubt war. Bald darauf machte er Lehrgänge an Politoffiziersschulen mit, war gleichzeitig stellvertretender Kommandeur von Einheiten und Offizierschulen – eine Funktion, die stets dem Politoffizier zusteht. 1953 absolvierte er die



Ein Politoffizier dressiert Hilteliker: Baryla

„Wehrpolitische Felix-Dzierzynski-Akademie“ in Warschau, und da alle polnischen Generale ihre „höheren Weihen“ an sowjetischen Militärakademien erhielten, ist das auch bei Baryla anzunehmen.

Im Jahre 1964 machte er an der Dzierzynski-Akademie den „Doktor der humanistischen Wissenschaften“, war danach Chef der Agitprop-Abteilung der Streitkräfte und wurde mit 46 Jahren zum Brigadegeneral befördert. 1980 wurde er Chef der „Politischen Hauptverwaltung“ und Vizeverteidigungsminister.

Er gehörte zu den Präsidiumsmitgliedern des „Militärrates der nationalen Erneuerung“, der am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängte. Er war es, der danach mehr als zehntausend Politoffiziere als „Militär-Kommissare“ in Industrie, Schul- und Kulturwesen und in die Medien als Aufpasser entsandte. Er gibt sich im Lebenslauf auch als „politischer und Staatsfunktionär“ aus, woraus man schließen kann, daß ihm die Nomenklatura noch für andere Aufgaben vorgesehen hat. Über sein Privatleben heißt es nur, daß er verheiratet ist und eine Tochter hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung wartet den Karneval

Welches Bild bieten die rheinischen Kerndaten unserer Republik eigentlich in Hamburg und Passau, in New York und Moskau, von den Seychellen ganz zu schweigen? Diese Frage stellen heißt, den Offenbarungseid der Vernunft zu beschreiben. Wie anders sollte man denn werden, daß sich heute mündige Bürger ebenso millionenfach wie kilometerlang auf die Straße ergießen, mit dem alleinigen Ziel, Zug um Zug dem Totalitarismus den Weg zu bereiten. Die verständliche Beunruhigung des befreundeten Auslands über diese militäristischen Züge der Deutschen kann glaubwürdig durch Komitee-Hinweise kaum verunsichert werden, es handle sich lediglich um eine zeitbedingte Verwerfung aller Kamellen. Immerhin kommen diese megatonnenweise aus der DDR und munitonieren die hiesigen roten Gärten, auch wenn diese blau sein sollten.

EXPRESS

Die Kölner Zeitung bemerkt zu Sacharow:

Zwei Jahre lang gaukelte der sowjetische Geheimdienst KGB mit Fotos und Video-Bändern dem Westen vor, Sacharow gehe es gut. Mit Hilfe publizistischer Briefträger in der Bundesrepublik erweckte er den Eindruck, Sacharows Leben könne kaum schöner sein. Jetzt hat Sacharow mit seinen Briefen das Lügengeplust zerrissen: Er wurde systematisch gefoltert. Die Foto- und Filmdokumente beweisen nur noch eines: Der KGB versteht sein Handwerk nach wie vor hervorragend. Zu einer Desinformationskampagne gehören aber immer zwei: Absender und Empfänger. Wenn die Postillone der Desinformation mal wieder ins Horn blasen, wird die Welt gewarnt sein.

Schwabische Zeitung

Das Leutkirchner Blatt kommentiert den ÖTV-Tarifeinkauf:

Mit der überproportionalen Anhebung der Gesamtvergütung für untere und mittlere Einkommensgruppen hat die ÖTV ihre Hauptforderung recht weitgehend durchsetzen können. Bei der IG Metall, die für ihren Bereich ähnliche Vorstellungen hat, wird man das mit besonderer Genugtuung zur Kenntnis genommen haben. Die Funktionäre der Metallgewerkschaft sollten freilich bedenken, daß es bei den Dienstleistungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden weniger Möglichkeiten als in den Produktionsbetrieben gibt, so teuer gewordene menschliche Arbeit durch Maschinen zu ersetzen. Und sie sollten auch nicht übersehen, daß die Müllabfuhr und die Straßenbahn nicht, einfache Fertigungen aber sehr wohl nach Taiwan oder Korea verlagert werden können.

Allgemeine Zeitung

Zu Präsident Marcos heißt es in dem Münchner Blatt:

Frau Aquino will in einigen Tagen zu ihm gehen und über die Modalitäten der Machtübergabe verhandeln. Weigert er sich, will sie tätige Protestdemonstrationen anführen. Ein Teil des gespaltenen Offizierskorps denkt an militärische Interventionen. Mehr Wähler als je zuvor sind bereit, sich dem militanten Untergrund anzuschließen. Die Menschenmassen, die seit dem Wochenende den Sieg von Frau Aquino bejubeln, tanzen auf einem Vulkan, der jederzeit ausbrechen kann.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Ein heißer Glaubenskrieg bei Eis und Schnee

Schnee und Eis, das heißt schlendernde Autos, rutschende Fußgänger und Rechtsunsicherheit über Schneeräumen. Das heißt auch: Salz oder kein Salz.

Von E. NITSCHKE

Um die Frage, ob das Verteilen von Streusalz auf Straßen und Gehwegen gegen Eis und Schnee ein Akt der Menschenliebe oder eine kriminelle Handlung ist, bricht immer wieder, sobald Eis und Schnee Straßen und Fußwege in Rutschbahnen verwandelt, eine Art Glaubenskrieg aus. Zwei Millionen Tonnen Salz werden in der Bundesrepublik und Berlin in jedem strengen Winter gestreut - und das, obwohl immer mehr Städte und Gemeinden unter dem Druck von Umweltschützern den Kampf gegen die Glätte nur mit „abstumpfenden Mitteln“ führen oder sich sogar schon zur kostensparenden „Null-Lösung“ durchgerungen haben.

Als beim ersten Glätteis dieses Winters in Hamburg das Chaos ausbrach, weil der Senat beschlossen hatte, nur noch umweltfreundlich zu streuen, glaubten die Einwohner der Zwei-Millionen-Stadt, besonders die nachteilig zu sein. Doch generelle Salzverbote gibt es schon unter anderem in Karlsruhe, Ingolstadt, Freiburg, Salzverbote mit mehr oder weniger eng gefaßten Ausnahmeregelungen ordneten unter anderem Bielefeld, Köln und Bonn an.

Andere Städte reglementieren den Verbrauch: In Hannover zum Beispiel erlaubt die Gehwegsaatzung seit 1979 Salz nur in einem Mischungsverhältnis von 1:9 mit abstumpfenden Stoffen. In Berlin, wo das Ausbringen von Salz im gesamten Stadtgebiet mit Ausnahme der Fahrbahnen der Einsatzstufe I schon 1975 verboten wurde, ergänzte man 1982 das Straßenreinigungsgesetz mit den Stimmen aller Fraktionen unter anderem mit der Formulierung: „Eine Eisglätte- und Schneeglättebeseitigung findet nicht statt.“

Während für die Umweltschützer je Handvoll Salz für den Tod von

Straßenbäumen oder die Vergiftung des Grundwassers steht, vertritt der Dachverband der „Deutschen Salzindustrie e. V.“ in Bonn in einer neuen Broschüre aus der Feder des Lehrbeauftragten an der Technischen Hochschule Darmstadt und Winterdienst-Experten Siegfried Giese die Ansicht, nichts sei reiner als Salz. Straßenbäume entlang der Außenortsstraßen seien „keine Zeugen der Anklage“, moderne Bauchemie habe den „früher empfindlichen Beton“, aber auch den Stahl der Ingenieurbauwerke „weitgehend unempfindlich“ gegen Streusalz gemacht. Die Korrosion der Kraftfahrzeuge, bedingt durch Streusalz, sei, so Giese, heute „kein Problem mehr“, dem ein nennenswerter Stellenwert zukomme, die Wirkung auf Mensch und Tier sei „ohne Befund“.

Doch die Salz-Lobbyisten glauben noch mehr im Köcher zu haben: Für Städte und Gemeinden mit Salzverbot würden die Haftpflichtversicherungen für Autos steigen; hierzu komme, daß die Räumung der an einem Schneetag ausgestreuten Granulate von 48 000 Tonnen wie in Hamburg 48 Arbeitstage gleich zwei Monate dauern würde.

Abseits der Werbung der Salzindustrie, deren Dachverband sieben Produktionsstätten angehört, für die das Streusalz rund zwölf Prozent ihres Gesamtumsatzes ausmacht, schlägt sich der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) zumindest teilweise auf der Seite der Salzstreuer. ADAC-Winterdienst-Experte Ulrich Heuber in der Fachabteilung Straßenverkehr in München räumt zwar ein, daß man den Zusammenhang zwischen der Qualität des Schneeräumens und Streuens und der Unfallentwicklung auf den Straßen noch nicht genug kenne, um darüber zu urteilen.

Aber auf Anfrage der WELT sagt er: „Es führt auf wichtigen Außenorts-Straßen kein Weg an Salz vorbei. Bei überzogenen Versuchen in den Städten liegt der Busverkehr sofort lahm - und auf den soll der Autofahrer ja an kritischen Tagen ausweichen.“

Ein generelles Streusalz-Verbot



Von Autofahrern ersehnt, von Umweltschützern verteuert: Der Salzstreuer

FOTO: MANFRED GROHE

nennt der ADAC „gefährlich und nicht sinnvoll“. Der Einsatz von Granulaten koste mehr Geld, vor allem, weil die Räumung personalintensiv sei. Und bei „schwankender Rechtslage“ müsse der Winterdienst sich durch das jeweils beste der Situation angepaßte Streumittel helfen können.

Diese Rechtslage, in jedem Bundesland, in jeder Stadt anders, hat schon den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, auf den Plan gerufen, der endlich eine bundeseinheitliche Lösung für das Abstreuen der Straßen forderte. Mit dem Hinweis, der Kraftfahrer sei durch die landesunterschiedlichen Regelungen „verunsichert, ja gefährdet“. Denn wer wisse schon, wann und wo er die Landesgrenze von Niedersachsen oder Schleswig-Holstein ins salzlose Hamburg überquere?

Der Deutsche Städtetag, Dachorganisation von 666 Mitgliedstädten, hat rechtzeitig zum Winterbeginn versucht, seinen geplagten Kommunen

Rechtshilfe zukommen zu lassen. In seiner Zeitschrift war allerdings dazu zu lesen, daß man „von Glück sagen kann, wenn man bei diesem riskanten Unternehmen ungeschoren davonkommt“. Der Widerstreit zwischen Verkehrssicherheit und Umweltschutz könne letztlich nur dann einer Lösung nähergebracht werden, „wenn einerseits der Gesetzgeber die derzeit sehr hohen Anforderungen an die Verkehrssicherheit wintertlicher Straßen herabsetzt und sich andererseits der Bürger bereit findet, mehr als heute mit wintertlichen Verhältnissen auf den Straßen zu leben“.

Über die Aussagen der Rechtsprechung zu dem wichtigen Problemkreis heißt es beim Städtetag: „Gegen den bislang durchweg üblichen Einsatz von Salz als Streumittel sind von der Rechtsprechung - soweit ersichtlich - noch keine gravierenden Bedenken geäußert worden.“ Tatsächlich hat in jüngerer Zeit das Oberlandesgericht in Hamm 1982 in einem Urteil ausdrücklich festgestellt, daß die Verwendung von Streu-

salz zur Erfüllung der Streupflicht keine Pflichtwidrigkeit darstelle - bis 1980!

Zum totalen Streusalzverbot meint der Städtetag, auf Gehwegen sei das besonders unstritten. Die Organisation hält es für „durchaus denkbar, daß hier ähnlich wie auf Fahrbahnen in bestimmten Situationen der Salzinsatz im Interesse eines einigermaßen sicheren Fußgängerverkehrs „unerlässlich“ ist. Über die modifizierten Verbote der Salzverwendung auf Gehwegen meinen die Städte-Experten aus eigener Erfahrung, es dürfe einem Anlieger wohl immer gelingen, für sich die Annahme eines der vorgesehenen Befreiungstatbestände zu reklamieren.

Same procedure as every year also? Nicht ganz. Cum grano salis steuert man auf den Kompromiß zu. Moderne hochtechnisierte Streumaschinen bringen jetzt nur einen Bruchteil der Salzmenge auf die Fläche, wie noch vor wenigen Jahren, abgestimmt nach jedem Meter Gelände.

„Britisch Elend“, davon erholte sich Leyland nicht

Beinahe wäre es so weit gekommen und Austin Rover, Teil der defizitären British-Leyland-Gruppe, wäre an die Amerikaner verkauft worden. Doch ein Aufschrei im Parlament ließ die Regierung Thatcher die Verhandlungen stoppen. Denn hier stand mehr auf dem Spiel als ein Firmenverkauf: Der letzte große britische Autohersteller wäre in fremde Hände geraten.

Von WILHELM FURLER

In Deutschland gibt es eine ganze Generation inzwischen schon, die beim Anblick britischer Automarken noch heute genötigt wird, die Zunge zu schmalzen. Jugendträume werden wach, denn was hätte man damals nicht alles gegeben, einen Austin Healey 3000, einen Triumph der TR-3 bis TR-6-Serie, einen Spitfire oder einen MG zu besitzen.

Harte, sportliche Kisten waren es zwar, aber unverwechselbar und so schön englisch. Daß sie durchaus auch zuverlässig waren, läßt sich an ihrem heute immer noch nicht seltenen Erscheinen im Straßenbild ermes-

sen. Ähnlich verhält es sich mit dem Mini Morris, jenem ersten wirklich gelungenen Kleinwagen, der Mitte der sechziger Jahre seinen Siegeszug in Europa antat.

Grauer Alltag nach glorreicher Vergangenheit

Doch all das ist Vergangenheit. Was British Leyland, die Staatsgesellschaft, die das Erbe dieser stolzen Autotradition angetreten hat, seit Jahren und auch heute noch anbietet, ist mehr oder weniger grauer Alltag, weitgehend am Markt vorbeiproduziert und mit dem Negativ-Prädikat behaftet, nicht sonderlich zuverlässig zu sein.

Dabei läßt sich Großbritannien's Automobilgeschichte durchaus sehen. 1896 wurde mit der Daimler Motor Company die erste britische Autofirma gegründet - übrigens baute sie Autos unter Gottlieb-Daimler-Lizenz.

Bis zum Ersten Weltkrieg kamen zahlreiche unvergessene und zum Teil noch heute existierende Marken hinzu, so etwa Rolls-Royce, Rover, Humber, Austin, Morris, Albion, AEC, Vauxhall, Crossley, Dennis und Singer.

1911 übernahm der amerikanische Ford-Konzern mit der englischen Massenherstellung seines erfolgreichen T-Modells die Führung. Doch schon Anfang der zwanziger Jahre machten ihm die britischen Hersteller Austin, Morris und Singer diese Position streitig. 1925 wurde Vauxhall von General Motors übernommen. Demals setzte eine erhebliche Konzentrationswelle ein: Von den 90 Herstellern im Jahre 1922 existierten nur noch 20 beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Seinen internationalen Ruf errang der britische Automobilbau jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg. 1950 wurden erstmals mehr als 500 000 Personenkraftwagen hergestellt, kaum zehn Jahre später waren es schon mehr als eine Million. Davon wurden immerhin gut 50 Prozent ins Ausland verkauft.

Neben den sportlichen Fahrzeugen waren es vor allem gediegene Limousinen wie Jaguar und Rover (abgegeben natürlich von Rolls-Royce mit seinen extrem kleinen Stückzahlen), die dem Käufer-Geschmack entsprachen. Nicht zuletzt bescherte schließ-

lich der Siegeszug des Mini der britischen Autoindustrie hohe Verkaufszahlen. Der Rekord wurde 1972 mit 1,9 Millionen produzierter Personenkraftwagen registriert.

Von da an ging es allerdings stetig bergab. Seit Ende der sechziger Jahre produziert die britische Autoindustrie nur noch eine Million Autos und weniger pro Jahr. Dem Markt drängten die Ausländer in der Mitte der Neuwagen aus Deutschland, Frankreich, Japan, Italien und Schweden. Ebenso bezeugen die Tatsache, daß auf die beiden amerikanischen Tochtergesellschaften Ford und Vauxhall mehr als ein Drittel der britischen Pkw-Produktion entfiel.

Die Weichen für diesen Abschwung wurden vor nahezu einem Vierteljahrhundert gestellt, als die damalige Industrial Reorganisation Corporation die Fusion der British Motor Corporation (BMC) mit Leyland vorantrieb, aus der British Leyland hervorging. Dem Staatsunternehmen fehlte vom ersten Tag an das geeignete Management. Von den Fließbändern rollten technisch rückständige und alles andere als charaktervolle Automobile. Darüber hinaus wurde der britische Automobilbau von einer riesigen Streikwelle erfaßt.

Die Management-Probleme wurden zusätzlich verschärft durch die Weigerung der Regierungen, dem immer stärker in Rückstand und in die roten Zahlen geratenden Staatskonzern zusätzliche Mittel für dringend notwendige Investitionen zur Verfügung zu stellen. Diese Misere hatte, umgeben von verheerenden Auswirkungen auf die Qualität der Fahrzeuge, was so manchen deutschen Besitzern eines British-Leyland-Mobiles veranlaßte, sein Gefährt auf „Britisch Elend“ umzutauften.

So wurde viele Jahre an den Marktbefürkissen vorbeigewurstelt. Erst Anfang der 80er Jahre kam es unter der Thatcher-Regierung mit einer Straffungs- und Investitionskur zur Wende - allerdings nur, was die Produktivität betrifft. Denn die Briten, die längst Gefallen an den zuverlässigen und technisch fortschrittlichen ausländischen Autos gefunden hatten, lassen auch heute nicht von ihnen ab.

Weniger Streiks und höhere Produktivität

Einiges, was von British Leyland erreicht wurde, läßt sich in der Tat sehen. So hat sich die Produktivität bei Austin Rover, dem Pkw-Zweig, zwischen 1979 und vergangenem Jahr von fünf auf 15 Fahrzeuge je Fließband-Arbeiter verdreifacht. In der gleichen Zeit hat sich die durch Arbeitskampfe verlorene Arbeitszeit um 6,7 auf 1,8 drastisch verringert. In der Aufwendung neuester Technologien liegt British Leyland deutlich vor den anderen Industriezweigen.

Doch die wachsenden Austin-Rover-Halben sind symptomatisch: Den Leistungsstandard hat sich deutlich verbessert, nur die Käufer bleiben aus. Kein Wunder folglich, daß London, das auf unverändert hohen British-Leyland-Verlusten herumkauert (Betriebsverluste erste Hälfte 1985: 11,3 Mill. Pfund oder 38 Mill. DM), nach einem Käufer Ausschau gehalten hat. Doch der Nationalstolz - die Weigerung, den letzten rein britischen Hersteller von Autos in Massenfertigung an einen Ausländer und darüber hinaus noch mit Ford an einen Amerikaner zu verlieren - zwingt die Steuerzahler auch weiterhin, tief in ihre Taschen zu greifen.

„Wir müssen immer wissen, wir sind nur Gäste“

Sie sind Teil des Alltags geworden, aber - denkt man an die Vergangenheit - es ist nicht alltäglich: deutsche Soldaten in Holland.

Von ANDREAS ENGEL

Es war ein schwieriger Anfang, damals vor 23 Jahren. Und ich bin auf die Straße gegangen und habe protestiert, nachdem man uns mitgeteilt hatte, daß deutsche Soldaten hierher kommen würden.

Der alte Mann an der Biertheke dreht nervös an seiner Zigarette. „Ausgerechnet die Deutschen, sohoß es mir durch den Kopf. Und die Bilder von Hitler's Einmarsch kamen wieder.“ Die Stimme des Holländers wird leise, fast flüsternd, als er sagt: „Es war falscher Zorn, und heute tut es mir leid.“

Dieses Gespräch im Winter '86 in einem Gasthof im niederländischen Budel sagt viel, ja beinahe alles über das Verhältnis der Holländer zu ihren Gästen, den deutschen Soldaten.

dischen Provinz Nordbrabant, zwanzig Kilometer südlich von Eindhoven, eine halbe Stunde Fußmarsch bis zur belgischen Grenze. Hinter dem Schlagbaum zwei Flaggen, die deutsche und die niederländische.

Ein eisiger Wind weht an diesem Wintertag über die angrenzenden weiten Niederungen mit den noch ungepflügten Äckern. Die nächste Ortschaft, die der Kaserne den Namen gegeben hat, ist fünf Kilometer weit weg - Budel, gesprochen Budel: eine Gemeinde mit 12 000 Einwohnern, überwiegend katholisch. Ein unauffälliges Dorf mit einer sehenswerten Kirche, zahlreichen Kneipen, Cafés, Geschäften, Supermärkten und sogar einer Brauerei.

Viermal im Jahr 1700 Rekruten

Das erfahren die Neuen aus Deutschland erst allmählich. Sie kommen mit dem Zug, in einem Sammeltransport von Mönchengladbach über ein Anschlußgleis direkt zum Legerplatz, wenn sie zur dreimonatigen Grundausbildung in die Baracken einrücken. „Jedes Quartal“, sagt Oberst Udo Spielhagen, Kommandeur des Luftwaffen-Ausbildungsregiments, „kleiden wir 1500 bis 1700

Rekruten ein. Unsere Köche bereiten für die Wehrpflichtigen täglich 3000 Essen zu.“ Die Unterkünfte sind alt und renovierungsbedürftig. Sie sollen zum Teil abgerissen werden. Bevor die Deutschen vor mehr als zwei Jahrzehnten diese Quartiere bezogen, diente die Kaserneanlage als Aufnahmestätte für indonesische Emigranten und ungarische Flüchtlinge.

Seit 1963 sind die Deutschen hier. Im Austausch wurde eine niederländische Einheit nach Seedorf in Niedersachsen verlegt. Das Konzept der NATO, das hinter dem Austausch steht, heißt: „Die Gemeinsamkeit der Verteidigung Mitteleuropas durch Stationierung von deutschen Landstreitkräften im Frieden zu verdeutlichen.“ Es ist mehr daraus geworden.

„Die Soldaten“, meint Wim Geers, Besitzer des Café du Commerce neben dem alten Gemeindehaus, „haben Budel groß gemacht.“ Sie ließen eine eigene Schule bauen, einen Kindergarten und sogar eine Wohnsiedlung. Die Deutschen und der Legerplatz: „Das sind gewaltige Wirtschaftsfaktoren in unserer Region. Ich weiß nicht, wo wir sonst stehen würden“, sagt der Bürgermeister von Budel, J. A. M. Bourdieu. Niederländische Firmen erhalten von der Bundeswehr jährlich Aufträge in Millionenhöhe. Von 250 zivilen Angestell-

ten in der Kaserne sind ein Großteil Einheimische. Sie verdienen ihr Geld bei den Militärs, so geht es auch den Geschäftsfleuten.

„Anlaufschwierigkeiten haben fast alle Zugezogenen“, glaubt Irene Meyer-Stoll, die Frau des evangelischen Militärpfarrers. Vor zwei Jahren kam sie mit ihrem Mann und den Kindern von Marburg nach Budel, und der Kontakt sei zuerst sehr oberflächlich gewesen. Vorurteile gegenüber den Deutschen habe sie aber nicht festgestellt.

600 Soldaten fanden in Budel ihre Frau

Die Wehrpflichtigen können meistens keine richtigen Freundschaften zu den niederländischen Einwohnern schließen, weil sie in der Regel nur drei Monate hier bleiben und anschließend nach Deutschland versetzt werden. „Die trinken abends schnell ein Bier, denn um zehn Uhr ist Zapfenstreich“, sagt Leo van den Broek von der Cafeteria „Bon Appetit“. Aber es muß wohl doch mehr sein, denn Oberst Spielhagen, der Chef des „Legerplatzs“, belegt dies mit Zahlen: „Schon 1963 haben sich zwölf deutsch-niederländische Pär-

chen zusammengefunden und geheiratet. Jetzt sind es über 600.“

Die Zahl der festen Stammsoldaten, so der Truppenchef, betrage in Budel knapp 500 Mann. Das sind vor allem Unteroffiziere und Offiziere, die drei bis vier Jahre in Budel eingesetzt werden, bevor sie den Standort wechseln. Gerade sie fühlen sich eng mit ihrer Umgebung verwurzelt. „Man muß auf die Leute freundlich zugehen“, weiß Oberleutnant Klaus Kühn, „und dabei immer wissen: wir sind nur Gäste.“ Mehr als nur Gäste, auch Helfer. So sammeln deutsche Soldaten jedes Jahr mehrere tausend Gulden für karitative niederländische Organisationen. „Unlängst hat eine Kompanie einen Holzeisenplatz für ein Epilepsie-Zentrum in der Nähe gebaut“, schildert Kühn.

Willi Weiskirch, der Wehrbeauftragte des Bundes, der kürzlich Budel besuchte und dort mit Soldaten und Einwohnern sprach, nannte das enge Zusammenleben von Deutschen und Niederländern „eine wunderbare Angelegenheit, wenn man bedenkt, was die Vergangenheit alles so angerichtet hat“. Und der Bürgermeister erwähnt, daß Amtskollegen in den anderen niederländischen Garnisonen richtig neidisch seien, weil es bei ihm kaum Schlägereien und Stänkereien gebe.

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit



Dem Gast zum Grusse...

Gefühle, sogar Gelehrte, alleamt haben keine vollends geführte und zutreffende Antwort auf die berechtigte Frage geben können, warum denn wohl der einstige Inhaber eines gastlichen Hauses im französischen Waadtland einen „Cavalier“, einen Reiter also, zum einladenden Wirtshauszeichen erkort. Manche naheliegenden Deutungen sind uns freilich möglich: Vielleicht war der Wirt einstmals selbst ein prächtiger Reiter in schmucker Uniform gewesen, und die Frau Witin wollte ihren Mann auch auf diese Weise beständig vor Augen haben - oder aber, seine des Wirtes sehr kühnen Hoffnungen richteten sich auf

den Rücken eines Pferdes: Am liebsten wollte er sie alle, seine Gäste, herrlich und herzlich und hoch zu Ross begrüßen. Denkbar ist aber auch noch, daß einfach dem beauftragten Holzschnitzer solche hübschen und beeindruckenden Reiterfiguren am besten gelangen. Wer wird es uns jemals ganz genau sagen können?

Eines allein ist jedoch, selbst bei Kennern und Wissenden, vollends sicher: Gerade heutzutage sind solche oder ähnliche Zeichen guter Gastlichkeit von vielen gern gesehen, und ein Willkommen-Schlußchen Asbach Alraft wird ganz gewiß aller Herzen erfreuen.

Asbach Alraft

Im Asbach Alraft ist der Geist des Weines!

1971/1972

„Manche Aussagen erschwerten die Arbeit“

Politische Hausse in Bayern

WELT-Interview mit Innenminister Zimmermann

AP, Wackersdorf

Die bayerische SPD hat zur Teilnahme an einer Anti-WAA-Veranstaltung des Bundes Naturschutz am Aschermittwoch in Schwandorf aufgerufen. In der Mitteilung hieß es, der sozialdemokratische Politiker Erhard Appel werde beim „Schwandorfer Aschermittwoch“ als Redner auftreten. Der bayerische Umweltminister Wulf-Mathies von der ÖVP hatte zuvor die Forderung der SPD nach Überprüfung der TÜV-Gutachten für Wackersdorf, das Gutachter für die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) für Kernenergie in Wackersdorf festgenommen. Die Kernkraftgegner würden mit einem Ausnahme wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Demonstrant werde wegen „Widerstandes“ voraussichtlich dem Haftstrafe verurteilt. Die Zahl der Kernkraftgegner, die sich am Morgen auf dem Gelände befanden, wurde mit etwa 80 angegeben.

DIHT für Initiative in der Medienpolitik

DW, Bonn

Der Deutsche Industrie- und Handelsstag (DIHT) hat die Bundesländer aufgefordert, sich in der Medienpolitik das Gesetz des Handels nicht von dem Bund noch von den Gerichten aus der Hand nehmen zu lassen. Die Ministerpräsidenten sollten bewährte verfassungsrechtliche Positionen wie die Rundfunkkompetenz nicht auf Spiel setzen, heißt es im Jahresbericht des DIHT. Dem Federalismus wäre es mehr als förderlich, wenn die Parlamente die von den Rundfunkverwaltungen beklagten Hürden in den Landesmedienetzen beseitigen würden, bevor die Bundesregierung das von ihr angekündigte medienpolitische Konzept des Bundes durchsetze.

Die Erschließung des elektronischen Medienmarktes dürfe Privaten nicht durch weit verbreitete Rechts- und damit Planungsunsicherheiten erschwert werden. Nachdem das Bundesverfassungsgericht in seinem dritten Rundfunkurteil im Jahre 1981 diesen Markt geöffnet habe, sollte es jetzt möglichst schnell zu Grundsatzurteilen in den vorliegenden Klagen über die Pluralität der Zusammensetzung der neuen Landesmedienanstalten und über die Aufgabenverteilung zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Programmveranstaltern kommen.

Markow-Familie im Westen eingetroffen

DW, Berlin

Dem früheren sowjetischen Kajak-Trainee Boris Markow, und seiner Familie ist von den „DDR“-Behörden die Ausreise gestattet worden. Sie traf vor wenigen Tagen in West-Berlin ein. Boris Markow, seine Ehefrau sowie ihre zwei Kinder, waren 1982 aus der Sowjetunion nach Ost-Berlin übersiedelt und hatten seitdem um die Ausreise in den Westen nachgesucht. Ihre Ausreisebemühungen brachten ihnen zahlreiche Verbote, Geldstrafen und die Androhung von Freiheitsstrafen ein. Seit dem Spätsommer 1985 hatten sich Menschenrechtsorganisationen im Westen um die Ausreise der Familie bemüht. Die Mutter von Boris Markow war eine Tochter des deutschen Kommunisten Leonid Schwalbe, der 1934 in die UdSSR emigriert war.

Fehrenbach für Biedenkopf-Vorschlag

DW, Hamburg

Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Gustav Fehrenbach, bezeichnete als „denkbarsten Kompromiss“ den Vorschlag des designierten nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorsitzenden Kurt Biedenkopf zu einer Einigung über die Schiedsstelle, die darüber entscheiden soll, welche Arbeitnehmer bei Streiks Geld aus Nürnberg bekommen. Dieser Kompromiss könne, so sagte Fehrenbach in einem Interview der „Bild“-Zeitung, eine Änderung des Streikparagrafen 116 „sogar überflüssig machen“. Wenn die Koalition in diese Richtung weiterdenke, „bekommen wir die Kuh vielleicht doch noch vom Eis“. In einer solchen Schiedsstelle müßten jedoch Arbeitgeber und Gewerkschaften neben einem neutralen Vorsitzenden, etwa den Präsidenten des Bundessozialgerichts, gleichberechtigt vertreten sein. Fehrenbach hat gegenüber Anwürfen des Leiters der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber (CSU), seine Absicht bekräftigt, Mitglied der CDU zu bleiben. Nur in der Partei, nicht außerhalb, könne er, „da für kämpfen, daß die Union Volkspartei bleibt und nicht zur Wirtschafspartei degeneriert“.

Das Gespräch mit Innenminister Friedrich Zimmermann führte Manfred Schell.

WELT: Herr Zimmermann, bereits zum dritten Mal haben Sie sich bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst mit Frau Wulf-Mathies von der ÖVP geeinigt. Wie charakterisieren Sie den Umgang zwischen den beiden Verhandlungsführern?

Zimmermann: Frau Wulf-Mathies und mich verbindet, daß wir etwa zum gleichen Zeitpunkt unser jeweiliges Amt antraten und beide Neulinge auf dem Gebiet der Tarifverhandlungen waren – ich noch mehr als sie. Aber damit enden auch schon die Gemeinsamkeiten. Ich schätze jedoch Verhandlungspartner, die offen ihre Meinung sagen, diese sachkundig zu vertreten wissen und vor allen Dingen verlässlich bei Absprachen sind. Alle diese Eigenschaften habe ich bei Frau Wulf-Mathies gefunden und das hat sicherlich den Abschluß mit ermöglicht. Entscheidend jedoch war, daß keine Seite der anderen etwas zugemutet hat, was für diese unannehmbar war, und daß alle Seiten – auf der einen ÖTV und Tarifgemeinschaft, auf der anderen Bund, Länder und Gemeinden – diesen fairen Kompromiß in ihren eigenen Reihen gut vertreten können.

WELT: Ist die Tarifbindung von 3,5 Prozent im öffentlichen Dienst auch ein Signal für Abschlüsse in der Wirtschaft? Sind Sie damit zum Vorreiter geworden?

Zimmermann: Sicherlich gehen von dem ersten Tarifabschluß des Jahres 1986 Signale aus, aber nicht in dem Sinne, daß damit Leitlinien vorgegeben wären. Die Verhältnisse liegen dazu in den einzelnen Wirtschaftszweigen auch zu weit auseinander. Ich kann nur für den Abschluß im öffentlichen Dienst sprechen, wenn ich dazu feststelle, daß sich diese 3,5 Prozent voll im Rahmen der positiven konjunkturellen Entwicklung halten. In der Verhandlung anderer freier Tarifpartner möchte ich auch nicht andeutungsweise eingreifen.

WELT: Andere waren bei Ihnen weniger zurückhaltend. Im Vorfeld der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst gab es zahlreiche gute Ratschläge. Auch Kabinettskollegen von Ihnen wie

Wirtschaftsminister Bangemann oder die Gesundheitsministerin Frau Sismuth haben öffentlich spekuliert. Hat das die Verhandlungen gestört?

Zimmermann: Gestört wäre sicher zuviel gesagt. Aber manche Aussagen haben mir die Arbeit unnötig erschwert, weil natürlich die Gewerkschaften derartige genüßlich aufgreifen pflegen. Damit sind wir jedoch fertig geworden. Dies weist das Ergebnis aus.

WELT: Wird der Tarifabschluß für die Angestellten auch für die Beamten gelten?

Zimmermann: Selbstverständlich, das habe ich bereits im Januar bei der Tagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen öffentlich gesagt. Diese grundsätzliche Entscheidung der Bundesregierung wird jetzt noch formal umgesetzt. Einer entsprechenden Aufforderung des Herrn Fehrenbach von DGB bedurfte es also nicht. Er hinter die tatsächlichen Ereignisse weit hinterher.

WELT: Der FDP-Abgeordnete Grünbeck hat den Tarifabschluß öffentlich negativ bewertet. Was sagen Sie dazu?

Zimmermann: Aus der FDP bin ich Querschlüsse gewohnt. Nachdem der FDP-Vorsitzende öffentlich mit weit höheren Zahlen operiert hat, hat der Kollege Grünbeck ihn getroffen, nicht mich. Im übrigen wurde meine Verhandlungslinie im Kabinett einstimmig gebilligt.

WELT: Der Tarifvertrag hat nur eine Laufzeit von einem Jahr. Die nächsten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst werden Anfang 1987 genau mit der Bundestagswahl zusammenfallen. Ist das sinnvoll?

Zimmermann: Gerade im Hinblick auf die Bundestagswahl hatten die öffentlichen Arbeitgeber eine Laufzeit von 14 Monaten, das heißt bis Ende Februar 1987 vorgeschlagen. Nach den bisherigen langen Laufzeiten wollte die ÖTV jedoch nur auf zwölf Monate abschießen. In der Praxis ändert sich jedoch wenig. Sicher wird es im Vorfeld der Bundestagswahl Konsultationen geben, aber über einen möglichen Abschluß wird erst die neue Bundesregierung zu befinden haben.

SPD will mit Bonn gemeinsame Rüstungspolitik

hrk, Berlin

Der SPD ist daran gelegen, mit der Bundesregierung in rüstungspolitischen Fragen Positionen zu entwickeln, die wir gemeinsam tragen können. Es gebe ein „gemeinsames Interesse“ mit Bonn, „die deutsche Karte im Bündnis zu spielen“. Dies sagte der außenpolitische Sprecher der Sozialdemokraten, Hans Koschnick, zum Abschluß einer sicherheitspolitischen Konferenz im Berliner Aspen-Institut.

An dieser nahmen führende amerikanische und sowjetische Sicherheits-Experten wie die beiden renommierten Moskauer Abrüstungsspezialisten Alexej Arbatow und Radomir Bogdanow teil. Beide verbreiten vor allem in Amerika und Westeuropa die sowjetische Lesart der komplizierten Abrüstungsmaterie.

Die 10 000-Mark-Spende

Franke-Skandal: Berliner FDP begibt Parteischulden in Bonn

HANS R. KARUTZ, Berlin

Die 10 000-Mark-Spende des bestechungsverdächtigen Bauers Kurt Franke an den damaligen und heutigen FDP-Umweltschutzsenator Horst Vetter ist von dem liberalen Politiker dazu benutzt worden, um Schulden aus Druckausübung an die Bundes-FDP zu bezahlen. Deshalb war der Betrag durch Vetter auch, ganz unethisch, direkt in die Bonner Parteikasse gezahlt und nicht als Spende an den FDP-Landesverband überwiesen worden. Dieser neue, bisher nicht bekannte Sachverhalt in der Berliner Spendenaffäre, in die auch Senator Vetter verstrickt sieht, wurde erst jetzt bekannt. FDP-Sprecher Axel Lutze bestätigte gestern auf Anfrage der WELT diesen Vorgang.

„Postkarten-Aktionen“

Die damalige Verwendung der 10 000-Mark-Spende Frankes durch Vetter ist nur vor dem Hintergrund der innerparteilichen Lage der FDP zu sehen. Mit Horst Vetter an der Spitze waren in den Jahren 1981 bis 1983 durch sogenannte „Postkarten-Aktionen“ in Berliner Tageszeitungen, durch Informationsmaterial und Werbeanzeigen Mitglieder für eine neue, eine CDU-Koalition zuziehenden FDP gewonnen worden.

Vetter ließ einen Teil des für diese Aktivitäten notwendigen Materials in der FDP-Bundesgeschäftsstelle in Bonn drucken. Nach dem Bundestagswahlkampf im Frühjahr 1983 drang die Bundes-FDP wegen ihrer

Minister Glup bestreitet Spendenmißbrauch

rr, Hannover

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister, Gerhard Glup, hat bestritten, Parteipendern für private Zwecke mißbraucht zu haben. Glup sagte, bei dem in der vergangenen Woche bekanntgewordenen Spendenkonto bei einer Bank in Frisoythe unter der Bezeichnung „CDU/Glup“ habe es sich um ein „Feuerwehrkonto“ gehandelt. Mit den Geldern habe er die Wahlkampfkosten finanziert. Eine Summe von 40 000 Mark habe er in Abstimmung mit dem Landes- und Kreisgeschäftsführer der CDU abgegeben.

Bei einer anonymen Einzahlung von 50 000 Mark handele es sich um „schwarze Gelder“, die sich aus vielen kleineren Spenden zusammengesetzt hätten und deshalb nicht im Bundesanzeiger ausgewiesen worden seien.

Der Freiherr empfängt die FDP auf seinem Schloß

Mit Parteichef Martin Bangemann und Außenminister Hans-Dietrich Genscher treten die Liberalen in dem kleinen Weiler Bayerbach hinter Landshut auf. Hier begründete der ideenstiftende FDP-Politiker Dietrich Freiherr von Gumpenberg 1884 die Aschermittwochstradition der Blau-Weißen. Ihr Aschermittwoch klingt nobel aus, wenn der Freiherr anschließend zum Empfang in sein nahes Schloß tritt.

Getrennt treten zwei Politiker auf, die einst vereint waren und sich heute spinnfeind sind: Der frühere CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Handlos, der als Vorsitzender der „Freiheitlichen Volkspartei“ in der Stadthalle von Osterhofen seinem Ärger über Strauß Luft machen wird, und Franz Schönhuber, nach existenzbedrohenden Machtkämpfen heute alleiniger Herr der „Republikaner“.

Der „moralische Verfall“ der Bundesrepublik Deutschland soll der Mittelpunkt seiner Rede in Cham sein.

Der Untersuchungsausschuß kann, weil das Abgeordnetenhaus parlamentarische Fristen übersehen hatte, erst am 27. März eingesetzt werden. Der jetzt formulierte, aber noch nicht mit SPD abgestimmte Auftrag des Sonderausschusses geht dem Vernehmen nach noch über den schon von der AL vorgelegten Auftrag hinaus und erfaßt sämtliche Gesichtspunkte dieses großen Berliner Nachkriegsskandals.

Fristen übersehen

Die Zwangslage, in der die Versorgungsbehörden des Landes allein mit der Beschaffung halbwegs menschenwürdiger Unterkünfte stecken, wird anhand der Einreisezahlen deutlich: Entsprechend seiner Länder-Aufnahmequote von 11,8 Prozent hatte das Land Niedersachsen 1985 insgesamt 3358 Asylsuchende zu verzeichnen. Im Jahr zuvor waren es 4236 Menschen, die eine neue Heimat suchten. Davon reisten 6383 direkt ins Land ein – allein über Helmsstedt 4950. Im Januar 1986 kamen erneut 1314 Personen hinzu, davon wiederum 70 Prozent in Helmsstedt.

PETER SCHMALZ, München

Der Nachschub an Flüchtlingen ist zu den menschlichen Wesen der politischen Parteien, denn anders wäre kaum zu erklären, daß ausgerechnet am Tag, der gewöhnlich dem Kater vom Faschingsdienstag gewidmet ist, große wie kleine Parteien in Niederbayern einfallen und den Aschermittwoch der sauren Gurken und der salzigen Rollmöpse zu einem politischen Großereignis werden lassen. Was im vorigen Jahrhundert als Ausklang des Viehmarktes von Vilshofen begann und war 1953 mit dem ersten Aschermittwochsauftritt des damaligen Nachschubpolitikers Franz Josef Strauß eine neue Dimension bekam, scheint heute ein Pflichttermin jeder Partei zu sein, egal, ob rot oder schwarz, ob grün oder blau-gelb. Auch kleine ohne Farbanweisung halten mit.

„In der Fastenzeit“, kabele die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua vor vier Jahren über die deutschen Bräute ins ferne Reich der Mitte, „soll man sparsam und nicht üppig leben und mit klarem Kopf der Realität ins Auge blicken. Genau zu dieser Zeit trägt Strauß seine lange politische Rede vor.“ Lang wird sie in diesem Jahr gewiß auch wieder. Drei Stunden ist ungefähr der Zeittakt eines Aschermittwochsauftritts des CSU-Vorsitzenden, von dem vor voraussichtlich 7000 Anhängern aus dem fernen Aufbruch der bayerischen Landtage und den darauf folgenden Bundestagswahlkampf erwartet wird. „Konsequenz für Deutschland – CSU“ lautet das diesjährige Motto der Veranstaltung in der Passauer Nibelungenhalle, dem größten überdachten Tagungsort der Region.

SPD und Grüne feiern im Wolferstetter Keller

Bis 1974 rief die CSU in den Wolferstetter Keller nach Vilshofen, doch im Laufe der Jahre waren so viele diesem Ruf gefolgt, daß der rustikale Festsaal mit 700 Leuten überfüllt war und dennoch gut 3000 abgewiesen werden mußten. Daraufhin zog die CSU nach Passau und die SPD in den Wolferstetter Keller, worauf Franz Josef Strauß spottete, die Genossen hätten Mühe, „den kleinen Saal zu füllen“.

Die bisherigen SPD-Redner wie Hans-Jochen Vogel und Helmut Rothmund hatten zudem auch Mühe, die Erwartungen auf ein Polit-Spektakel zu erfüllen. Im vergangenen Jahr schrieb eine Zeitung über Rothmund enttäuscht, er habe nur „biedere Hausmannskost“ serviert. In diesem Jahr will Karl-Heinz Hiersemann als „neue Kraft für Bayern“ und als neuer Herausforderer von Strauß gewaltig auftreten. Der Rechtsanwalt aus Erlangen, evangelisch und Breslauer von Geburt, gilt als der neue „Hoffnungsträger“ der weiß-blauen Sozialdemokraten, dem allerdings die politische Bewährungsprobe noch bevorsteht. Er denkt, für „1990 den Kampf um die Mehrheit spannend machen“ zu können.

Hiersemanns Kampfgelände gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage, die Grünen, treffen sich ebenfalls in Vilshofen: Sie laden zum „Grünen Bauerntag“ ein, der morgen mit einer Kundgebung auf dem Kirchplatz beginnt und nachmittags, nachdem die Genossen den Saal geräumt haben, im Wolferstetter Keller fortgeführt wird.

Die Gereiztheit wächst

Asylanten bringen Niedersachsen in eine Zwangslage

MICHAEL JACH, Hannover

„Lage unverändert“. Die wortreiche Auskunft der beobachtenden Bundesgrenzschutz-Dienststellen in Niedersachsen läßt nur einen Schluß zu: Bisher hat die in Bonn noch gehegte Hoffnung offensichtlich getrogen. Die „DDR“ werde gemäß ihrer Ankündigung vom 1. Februar tatsächlich den Asylantenstrom über den Ostberliner Flughafen Schönefeld ins Bundesgebiet eindämmen und ihren West-Berlin betreffenden „Statusvorbehalt“ nicht dazu benutzen, das „Schlupfloch“ über den freien Teil der Stadt offenzuhalten. Mit unverminderter Stetigkeit traf am innerdeutschen Eisenbahn-Grenzübergang Helmsstedt bis zum vergangenen Wochenende jeden Tag zwischen 20 und 50 Asylbewerber aus Richtung West-Berlin ein – meist mit Herkunft aus Ost- und Fernost, zum Teil in ganzen Familienverbänden.

Niedersachsens zuständiges Ministerium für Bundesangelegenheiten hält sich derzeit zwar noch bedeckt, doch ist nach allen Anzeichen damit zu rechnen, daß das Land in Kürze in Bonn mit dem Ziel vorstellig werden wird, die „DDR“ mit Nachdruck beim Wort zu nehmen.

Unterkünfte fehlen

Die Zwangslage, in der die Versorgungsbehörden des Landes allein mit der Beschaffung halbwegs menschenwürdiger Unterkünfte stecken, wird anhand der Einreisezahlen deutlich: Entsprechend seiner Länder-Aufnahmequote von 11,8 Prozent hatte das Land Niedersachsen 1985 insgesamt 3358 Asylsuchende zu verzeichnen. Im Jahr zuvor waren es 4236 Menschen, die eine neue Heimat suchten. Davon reisten 6383 direkt ins Land ein – allein über Helmsstedt 4950. Im Januar 1986 kamen erneut 1314 Personen hinzu, davon wiederum 70 Prozent in Helmsstedt.

Die Grenzstadt ist somit als erster Anlaufpunkt im Bundesgebiet beson-



Werde „geküppelt“: Werner Broll (53, CDU); Direktmandat fehlt: Annemarie Renger (44, SPD); Unterlag: Eugen Glombig (42, SPD)

Wer hart in Bonn arbeitet, wird von der Partei nicht immer weich gebettet

Viele erfahrene Bundestagsabgeordnete müssen um Mandat und Listenplatz kämpfen

BERNHARD NITSCHKE, Bonn

In der Fraktion ringt man die Hände: „Wie soll das denn ohne den Werner laufen?“ Denn der Obmann der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, der Abgeordnete Werner Broll, ist die heim im Wahlkreis 22 Oldenburg-Ammerland-Friesland Weibde „geküppelt“ worden. Er teilt das Schicksal mit meist sehr tüchtigen Bundestagsabgeordneten, die aus sehr verschiedenen Gründen plötzlich zu Hause nicht mehr aufgestellt werden und daher, verschafft man ihnen nicht irgendwo einen günstigen Listenplatz, aus Bonn verschwinden.

Zum zweiten Mal ist ein alter Kampf unter den SPD-Bundestagsabgeordneten bei der Direktkandidaten-Ausstellung auf der Strecke geblieben. Eugen Glombig (42 aus Hamburg-Wandsbek, durch spinale Kinderlähmung in frühester Jugend an beiden Beinen gelähmter Sozial-Experte seiner Fraktion, unterlag im ersten Wahlgang gegen den 49-jährigen Bundeswehrroboter Hans-Peter Zunkley.

Für manchen wird noch ein Rettungsanker gesucht

Glombig hatte schon 18 Jahre im Bundestag gesessen, als er gegen den erklärten Widerstand der gesamten SPD-Spitze das Mandat gegen den Hamburger Lektor und Kernkraftgegner Helmut Duvé durch den Einsatz der Parteimitglieder mit 60:59 Stimmen verlor. Er rückte erst wieder nach, als sein Parteifreund Alfons Pawelczyk das Mandat aufgab, weil er Innenminister in Hamburg wurde. Jetzt hat Pawelczyk, Major außer Diensten der Bundeswehr, dafür gesorgt, daß Hamburg in Bonn stärker auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik, weniger auf dem der Sozialpolitik vertreten sein wird.

Daß es immer rechtzeitig vor Bundestagswahlen losgeht mit dem Gerangel, das wollte die Bundestagsabgeordnete und Parlaments-Vizepräsidentin Annemarie Renger (SPD), der man im Wahlkreis Soest-Lippstadt

das Direktmandat verweigerte, und das wollte der ehemalige Bundesfinanz- und Bundesverwaltungsminister Hans Apel (SPD), der es sich mit viel gutem Zureden in Hamburg doch wieder verschaffen konnte. Für den Oberstudienrat Broll (53), der seit zehn Jahren im Bundestag sitzt, wird der Rettungsanker noch gesucht.

Kein Interesse, daß dies gelingt, hat der neu von den heimischen Delegierten auf den Schild gehobene Kandidat Thomas Kossendy (77), vor Beginn seiner politischen Karriere langjähriger Jura-Student und Landesvorsitzender der Jungen Union in Oldenburg. Er schaffte es, daß innerhalb eines Jahres durch Abwahl des CDU-Ortsvorsitzenden in Edewecht, der Gemeindefunktionär und der zuständige Landtagsabgeordnete Hilken ausgetauscht wurden. Die neue Konstellation gab ihm Auftrieb für die Mehrheitsbeschaffung. Broll, Spezialist für Innere Sicherheit, Kultur und Öffentlichen Dienst in Bonn, tummelte sich zwar auch nach besten Kräften im Wahlkreis. Aber große Strategien in seinem Interesse konnte er hier schon aus Zeitmangel nicht aufbauen.

Daß sein Unionsfreund, der Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn von der CSU (55) zu Hause in Rosenheim nicht mehr aufgestellt wurde und nun nur über einen günstigen Landeslistenplatz zurück nach Bonn kann, führt Broll auf die gleiche Konstellation zurück. Aber dem außen- und deutschlandpolitischen Sprecher der Landesgruppe der CSU in Bonn wurde bei der entscheidenden Versammlung des Wahlmännermüllens Rosenheim ausdrücklich bescheinigt, er habe sich nicht genug um seinen Wahlkreis gekümmert. Broll ist stolz darauf, daß er in zehn Jahren nur zweimal von Bonn aus dienstlich verreist ist, für Huyn war das Reisen Inhalt seiner Tätigkeit. Da er im Juli 1985 dadurch auffiel, daß er Bundeskanzler Kohl rigelte, weil der nach seiner Ansicht „nicht mal zu einigen Fragen der auswärtigen Politik Stellung bezieht“ (gemeint war Genschers „neue Phase der Entspannung“) sind möglicherweise Bonner

Aktivitäten zu seiner Rettung eher gebremst. Graf Huyn, ebenso wie im Bundestag wie Broll, verlor bei der Kandidatur gegen den 44-jährigen Rechtsanwalt und Bürgermeister Wolfgang Zeitmann aus Bernau am Chiemsee, der sich von 59 Stimmen drei mehr holte – 31.

Anders als anderswo ist die Wahlkreisvergabe in Bayern spielfest, denn fast alle werden direkt gewonnen, die Landesliste taugt nicht viel zum Rettungsboot.

Auch junge Politiker müssen im Kreis kämpfen

Bei der SPD wird die nächste Bundestagswahl auffallend Wechsel bringen, da zum Beispiel Helmut Schmidt, Egon Franke, die ehemalige Bundesfamilienministerin Anja Huber und die ehemaligen Bundesminister Helmut Rohde und Hans Matthöfer nicht mehr kandidieren. Wie eng es aber auch für junge Leute werden kann, zeigte sich bei ihrem Parteifreund, dem ehemaligen Bundeswohnungsbauminister Dieter Haack, der die Kandidatur für Bonn zu Hause in Erlangen mit 98 zu 97 Stimmen überlebte.

Und noch einer kämpft: Herbert Czaja (CDU), 33 Jahre im Bundestag, im 72. Lebensjahr, „Präsident des Bundes der Vertriebenen und Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier“. „Durf ich mich entfernen oder gib's jemand, der mir noch eins auf den Kopf geben will?“ erkundigte er sich vorsichtig, nachdem in seinem Wahlkreis Stuttgart bei der Kandidatenaufstellung von der nachrückenden jungen Garde genug „geprügelt“ worden war.

Ein 31-jähriger ist es hier, der sich die größten Chancen gegen Czaja errechnet, der Bezirksvorsitzende der Jungen Union, Marcus Mattia. Kohl möchte Czaja mit Blick auf die Vertriebenen haben. Aber wo? „Ich will allenfalls aufrecht gefällig werden“, hat sich Czaja schon gewünscht. Garantiert ist das noch nicht.

CSU dringt auf Änderung des Asylrechts

PETER SCHMALZ, München

Die CSU schließt eine Grundgesetzänderung nicht aus, um den Zustrom der Asylbewerber in einem zu verkräftenden Rahmen zu halten. Eine Diskussion über Artikel 16 des Grundgesetzes, der politisch Verfolgten das Asylrecht zusichert, dürfte deshalb bei den Beratungen über eine dauerhafte Lösung des Flüchtlingsproblems nicht ausgeklammert werden, erklärte ein Sprecher der CSU-Landtagsfraktion in München.

Außerdem müßten Initiativen ergriffen werden, die sehr unterschiedlichen Asylrechts in der Europäischen Gemeinschaft zu harmonisieren. In Frankreich ist beispielsweise das Verhältnis Ausländer zu Einheimischen 1 : 4000, in der Bundesrepublik aber 1 : 100.

Die Mehrheitsfraktion im bayerischen Parlament ist mit Bayerns Arbeits- und Sozialminister Franz Neubauer einig, daß die Pflicht zur Unterbringung von Asylsuchenden bei dem derzeitigen Zustrom auf Dauer nicht erfüllbar ist. Die CSU dringt deshalb darauf, noch in dieser Legislaturperiode eine Asylrechtsnovelle zu verabschieden. Bereits Mitte letzten Jahres hatte der Bundesrat auf Initiative Bayerns und Baden-Württembergs einen Gesetzentwurf beschlossen, der das Asylverfahren beschleunigen und den Asylmißbrauch wirksamer unterbinden soll.

Die derzeitige Situation bei der Unterbringung der Asylanten in Bayern wird von Minister Neubauer als außerordentlich schwierig bezeichnet. Mit 73 832 Asylsuchenden wurden in der Bundesrepublik 109 Prozent mehr als im Vorjahr registriert. Bayern wird 12 523 Asylanten (plus 106 Prozent) zur Unterbringung zugewiesen, in den bestehenden 68 Gemeinschaftsunterkünften stehen aber nur 8500 Plätze zur Verfügung. Ein Sprecher des Ministeriums: „Wir sind randvoll.“

Handwritten signature or stamp.

Die Auseinandersetzung um die Form der deutschen Beteiligung am Projekt einer amerikanischen Weltraum-Raketenabwehr hat sich in die Bonner Verhandlungs-Delegation verlagert. Wer bestimmt in dieser viel diskutierten, wichtigen Frage unserer Sicherheit den Kurs der deutschen Politik - das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium oder der Bundeskanzler? Worin bestehen die Widersprüche? Herbert Kremp analysiert den Stand der deutsch-amerikanischen Gespräche.



Sie setzten Hoffungssignale: Reagan und Gorbatschow 1985 ... FOTO: SVEN SIMON

Der Streit der Ämter oder Wer macht in Bonn Strategie?

Von HERBERT KREMP

Zeichnet sich politische Sprache in der Regel durch eine gewisse „Trockenheit“ aus, so erfährt sie bei der Besprechung des Friedens eine gesangliche Steigerung. Ein schönes Beispiel dafür ist die Rede, mit der Frankreichs Außenminister Brizard in Genf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund begrüßte. Zu seinem Kollegen Stresemann wandte er, „Zu Ende ist der Krieg zwischen uns. Vorüber sind die schwarzen Wolken der Trauer. Fort mit den Gewehren. Fort mit den Kanonen. Platz für die Versöhnung, für das Schiedsgericht, für den Frieden.“

Man schrieb damals den 10. September 1928, acht Jahre nach dem Ersten, dreizehn Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg. Seitdem hat sich an den Umständen einiges, an der politischen Lyrik nichts geändert. Beim Gipfel in Genf im vergangenen November schrieben Reagan und Gorbatschow in das gemeinsame Kommuniqué, sie trachteten danach, „einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf Erden zu beenden“. Mit dieser universalen Bekundung haben die Hochgerüsteten ein Signal gegeben, das überall in der Welt, vor allem an der Militärgrenze in Europa, die Herzen höher schlagen ließ. Wie eine magische Intarsie erscheint die Formel von Genf auf allen Mahntafeln.

Wie allen Beschwörungen lohnt der erhebenden Formel eine gewisse Tragik inne, ein zunächst infolge der angeregten Glaubensfreude nicht wahrgenommener Widerspruch zur Wirklichkeit. Ein besonders reich ausgeschmücktes Beispiel bietet das gerade verabschiedete Grundgesetz der FDP, das ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Außenpolitik Hans-Dietrich Genschers enthält und daher wohl als personalpolitische Appell an den Kanzler zu betrachten ist.

Warum die USA auf SDI nicht verzichten

Das Dokument befürwortet „Verbindungen zum schrittweisen Aufbau von Atomwaffen, um damit in gleichem Maß Defensivsysteme im Weltraum überflüssig zu machen, damit das gemeinsame Ziel Amerikas und der Sowjetunion erreicht werden kann, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und ihn auf Erden zu beenden“.

Worin besteht nun der Widerspruch zwischen der magischen Formel und der naturgemäß unmöglichen Wirklichkeit?

1. Die Intarsie von Genf, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf Erden zu beenden, stammt ursprünglich aus sowjetischer Quelle. Sie ist sinngemäß die Hauptforderung Gorbatschows. 2. Die Aufnahme der Formel in das Kommuniqué von Genf war bis zur letzten Minute umstritten. Grund: Die Sowjetunion liegt in der Entwicklung einer (landgestützten) Raketenabwehr vor den USA. Es ist verständlich, daß die Sowjetunion ihren Vorsatz zu wahren sucht und alles daransetzt, ein (womöglich Weltraum-gestütztes) amerikanisches Abwehrsystem zu verhindern. Genau aus diesem Grunde halten die USA die SDI-Forschung für unverzichtbar.

3. In Wirklichkeit gibt es also keinen Rüstungswettlauf, sondern einen Rüstungsnachlauf der USA. Dies machte die Genfer Intarsie für die Amerikaner (gerade noch) annehmbar. Reagan (und sein Nachfolger) können jedoch nicht daran denken, bei den Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Genf Raketenabbau mit SDI zu bezahlen. SDI ist kein „Bargaining-Chip“. Um die Westeuropäer gegen die Amerikaner in Stellung zu bringen, erklären die Sowjets, daß ohne Verzicht auf SDI an eine Raketenabrüstung nicht zu denken sei. Gorbatschows Abrüstungsplan geht von dieser Maxime aus.

4. Mit dem Junktim hofft Moskau, auf die deutsche Außenpolitik bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Wenn es im zitierten Grundgesetzprogramm der FDP - es trägt Genschers Handschrift - heißt, ein „schrittweiser Abbau von Atomwaffen macht in gleichem Maße Defensivsysteme im

Weltraum überflüssig“, so klingt das mysteriös. Wie kann ein Abwehrsystem, das noch nicht existiert, „schrittweise“ abgebaut werden? In Wirklichkeit soll der logischschwache Satz zu erkennen geben, daß der deutsche Außenminister darauf hofft, Washington werde sich doch noch bewegen lassen, den Verzicht auf SDI trotz entsprechender sowjetischer Vorurteile in die Raketenverhandlungen einzubringen.

5. Andernfalls wäre der beständige verdeckte Widerstand des Außenministers und seiner Beamten gegen SDI und vor allem gegen eine deutsche Beteiligung an dem Projekt nicht verständlich. Genscher geht damit ein hohes politisches Risiko ein. Risiko I: Beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht an SDI, bleiben das Land und darüber hinaus Europa ohne korrespondierende Raketenabwehr. Die amerikanische Verteidigungs-Initiative führt in diesem Fall zwangsläufig zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Westen, zu strategischer Fraktur und Verwerfungen im Bündnis. In der Folge müßte Europa in sicherheitspolitische Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten.

Risiko II: Lassen sich die Amerikaner unter dem Eindruck einer solchen Perspektive doch noch auf einen Tausch SDI gegen Raketen ein, kommt es also zum Abzug aller Mittelstreckensysteme aus der „europäischen Zone“ (Stufe I des Gorbatschow-Abrüstungsplanes), so verliert Europa den Schutz der Kriegsabschreckung. Die Sowjetunion genießt dann folgende Vorteile: Sie verfügt über moderne atomare Kurzstreckenraketen (1000 km), die nach Gorbatschows Plan erst in einer späteren Phase beseitigt werden sollen. Ihre Mittelstreckensysteme stehen jenseits der „europäischen Zone“, die am 80. Längengrad endet (Botschaftsrat Rodion von der sowjetischen Botschaft in Bonn am 28. Januar). Sie erreichen von dort aus die Bundesrepublik, sie sind im übrigen mobil. Gleichzeitig wird die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion zur beherrschenden Bedrohung. Strategisch betrachtet gehört Europa dann zu jenen Weltzonen, in denen seit 1945 mehr als 150 Kriege geführt werden konnten.

Die alternativen Risiken sind groß genug, um in der Bonner Regierung eine SDI-Verbindungs-Delegation nach Washington zustande bringt, die Risiko I bis zur Wahrscheinlichkeitsgrenze vermindert und Risiko II umgeht. Oder Außenminister Genscher rechnet damit, daß er seinen Widerstand gegen SDI und seine Option für eine atomwaffenfreie „europäische Zone“ vorantreiben kann, ohne daß die damit verbundenen Risiken innenpolitische Reflexe auslösen.

Die bisherigen Ergebnisse der deutsch-amerikanischen SDI-Verhandlungen sprechen für diese Deutung. Das Kabinett hatte am 18. Dezember vergangenen Jahres Wirtschaftsmister Bangemann beauftragt, ein Technologietransfer-Abkommen auszuhandeln, in dem SDI praktisch „verschwinden“ sollte. Die

Amerikaner gingen zwar darauf ein, stellten aber die SDI-Verbindung wieder an die Spitze, was Bangemann akzeptierte. („Als FDP-Vorsitzender habe ich Handlungsspielraum.“) Der Briefwechsel, dessen Inhalt bis Ende März zu vereinbaren ist, soll jeden Aspekt einer Staatsbeteiligung meiden. Die Bundesregierung kündigt sich mithin nicht um SDI, sondern nur um Bedingungen des Technologietransfers zwischen Privatunternehmen. Demnach sprechend wird der Briefwechsel nicht, wie die USA wünschen, von den Verteidigungsministern unterfertigt, sondern vom deutschen Wirtschaftsminister und dem US-Handelsminister.

Die Intentionen des Außenministers

In der Working-Group, die vom 27. bis 29. Januar zum ersten Mal in Washington tagte, verhandelte konsequent eine einzige deutsche Technologiekommission mit zwei amerikanischen Delegierten, deren Vorsitz den Schneider und Perle des Technologietransfers behandelten, während Frank Gaffney das SDI-Gespräch leitete. In der deutschen Delegation kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beamten des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums. Das Auswärtige Amt stemmt sich gegen die Verankerung einer „amtlichen Kontaktstelle“ im SDI-Briefwechsel, die während der Forschungszusammenarbeit der Firmen auftretende Probleme klären soll. Genschers Beamte lehnen auch die briefliche Absicherung des „strategischen Dialogs“, der fortlaufenden offiziellen Unterrichtung über Ergebnisse der SDI-Forschung ab.

Demgegenüber legt das Verteidigungsministerium großen Wert darauf, daß eine offizielle Kontaktstelle eingerichtet und die Fortsetzung des „strategischen Dialogs“ vertraglich gesichert wird. Bangemann ist ebenfalls für die Kontaktstelle, was der Intention Genschers, den Staat von SDI fernzuhalten, widerspricht. Für eine staatliche Beteiligung spricht auch der rüstungspolitische Wunsch des Verteidigungsministers, SDI-Ergebnisse für den konventionellen Rüstungsbedarf verwenden zu können. Wärmer widerspricht im übrigen dem amerikanischen Vorschlag, für Forschungsergebnisse, bei denen es sich um das Eigentum deutscher Firmen handelt, das alleinige Nutzungsrecht zu beanspruchen.

Diese Widersprüche beinträchtigen die deutsche Verhandlungsposition in den USA. Im Verteidigungsministerium vermutet man, daß das Auswärtige Amt ein „möglichst schlechtes SDI-Abkommen“ anstrebe, um die Nichtbeteiligung des Staates deutlich werden zu lassen. Auf amerikanischer Seite, so hört man in Bonn, wundert sich darüber niemand. Man wisse dort, daß Genscher auf schwerwiegende strategische Risiken einzugehen bereit sei, um Optionen in der „europäischen Zone“ für eine neue, von ihm zur Zeit als „realistisch“ bezeichnete Entspannungspolitik zu nutzen. Eine gewisse Verunsicherung herrscht unter den Kennern lediglich über den Bundeskanzler, der solchen Entwicklungen scheinbar sprachlos zuseht.



... Stresemann, Chamberlain und Brizard 1926 in Genf FOTO: KEYSTONE

Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, im Frühjahr 1943, gab es Geheimverhandlungen zwischen Tito kommunistischen Partisanen und der deutschen Wehrmachtsführung

sowie den politischen Repräsentanten des „Dritten Reiches“ im jugoslawischen Raum. Diese ungewöhnliche Tatsache gaben jetzt erstmals der Tito-Biograph Vladimir Dedijer

und der Schriftsteller Milovan Djilas bekannt. Djilas hatte seinerzeit im Auftrag Titos als Mitglied des Politbüros der KPJ im deutschen Hauptquartier Verhandlungen geführt.

Als Tito auf die Wehrmacht setzte

Von CARL G. STRÖHM

Vordergründig ging es zwischen der Wehrmacht und den Partisanen um den Austausch von Gefangenen. Dahinter aber wurde bereits die Möglichkeit eines Waffenstillstandes und einer gegenseitigen Interessengrenzung ventiliert. Über die Motive und Hintergründe, die Tito kurz nach der Schlacht von Stalingrad und mitten im beiderseits total geführten Weltkrieg dazu veranlaßten, ein Arrangement mit den Deutschen zu suchen, ist jetzt in Belgrad ein mit jugoslawischen und deutschen Dokumenten belegtes, sensationelles Buch aus der Feder des Historikers Miso Lekovic erschienen: „Die März-Verhandlungen 1943“ (Martovski Pregovori 1943, Verlag Narodna Kijica, Belgrad 1985).

Obwohl sich Titos kommunistische Partisanenarmee vor allem im Kampf gegen die deutschen Truppen formiert hatte, betrachteten die jugoslawischen Kommunisten nicht die Wehrmacht, sondern die königstreuen, monarchistischen und mit der Londoner jugoslawischen Exilregierung sowie den Briten verbundenen „Tschetniks“ des Generals Draza Mihailovic als ihren gefährlichsten Feind. Die „Tschetniks“ - hervorgegangen aus serbischen ländlichen Wehrorganisationen - waren konservativ, bäuerlich und serbisch-nationalistisch gesinnt. Noch vor den Kommunisten hatten sie sich als Widerstandsorganisation sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die kroatischen „Ustascha“ organisiert, waren aber bald mit den kommunistischen Partisanen in Konflikt geraten. Schließlich gelangte ihr Führer, General Mihailovic, zur Überzeugung, daß nicht die Deutschen und erst recht nicht die Italiener, sondern einzig die Kommunisten unter Tito, die eine soziale Revolution durchführten, das Hauptproblem seien. Die „Tschetniks“ hofften, daß die Engländer und Amerikaner - nach ihrem Sieg über die Deutschen in Nordafrika - 1943 auf dem Balkan landen und König Peter sowie das alte Regime der jugoslawisch-serbischen Monarchie wiederherstellen würden.

Die Möglichkeit erkannten auch Tito und seine engsten Mitarbeiter in der jugoslawischen KP-Führung. Vor allem besaßen die jugoslawischen Partisanen bereits 1943 Informationen, wonach Italien einen Frontwechsel auf die Seite der Amerikaner und Briten vorbereitete. Das aber konnte für die jugoslawischen Kommunisten gefährlich werden: Die monarchistischen „Tschetniks“ und die italienischen Besatzungstruppen in der küstennahen Zone der jugoslawischen Adria - von Montenegro bis Slowenien - konnten sich dann über Nacht in Platzhalter und Gehilfen der Engländer verwandeln. Bereits am 22. Mai 1943 schrieb Titos nachmaliger Stellvertreter Edvard Kardelj aus dem slowenischen Untergrund an den Partisanenmarschall: „Im Verhältnis zu Italien müssen wir bereit sein, dieses als eine englische imperialistische Basis zu betrachten, von der aus die Engländer versuchen werden, unsere Londoner Regierung mit Gewalt zu uns zurückzubringen.“

Im März 1943, als die Wehrmacht auf dem Balkan stand, wurde Tito von der deutschen Wehrmacht als kriegsführende Partei erhoben und gleichzeitig ein Waffenstillstand vorgeschlagen. Dies geschah mit dem Argument, daß „in der gegebenen Situation keinerlei Grund besteht, daß die deutsche Wehrmacht kriegerische Handlungen gegen die Volksbefreiungskämpfe Jugoslawiens unternimmt - und zwar im Blick sowohl auf die Situation, die Gegner als auch die Interessen der einen wie der anderen Seite“. Deshalb, so heißt es in dem von Djilas, Popovic und Velebit unterschriebenen Dokument, sei es „im gegenseitigen Interesse“, die Feindseligkeiten einzustellen und „eventuelle Zonen“ der wirtschaftlichen und anderer Interessen festzulegen.

Gefangenenaustausch als ein Signal

In Italien - es war immerhin noch über ein Jahr bis Mussolinis Sturz - diagnostizierte Kardelj, „eine vorübergehende anglophile Stimmung unter der Führung der italienischen Klimalen, hinter denen jedenfalls der Vatikan steht“. Aus seinem Hauptquartier in den Bergen Bosniens meldete Tito am 16. Juli 1943 an Stalin nach Moskau: „Wir sind der Ansicht, daß zwischen Italien und England im Kampf gegen uns eine Zusammenarbeit besteht. Gefangenennommene „Tschetniks“ erklären mehrfach, daß die Waffen, die sie über die Italiener erhalten, von den Engländern bezahlt wurden.“ Tito aber war entschlossen, eine britische (oder auch amerikanische) Landung auf dem Balkan - im konkreten Fall: an der jugoslawischen Küste - nicht zuzulassen. Er erklärte sogar in einem Telegramm nach Moskau, die jugoslawischen Partisanen würden sich mit Waffengewalt einer solchen Landung westlicher Truppen widersetzen.

Mitten in den schwersten Kämpfen zwischen Wehrmacht und Partisanen kam es nun zum ersten Kontakt der gegnerischen Parteien. Es begann damit, daß im Herbst 1943 der deutsche Ingenieur Hans Ott mit einer Gruppe von deutschen Bergbaupraktikanten und Ingenieuren, die in Bosnien kriegswichtige Rohstoffe (u. a. Bauxit) gefördert hatten, von Titos Partisanen gefangen genommen wurden. Ott wurde damals sogar von Tito persönlich zu einem Gespräch empfangen. Daraus entwickelte sich der erste Austausch von Gefangenen. Ein zweiter Kontakt ergab sich während der schweren Kämpfe des Frühjahrs 1943, gleichfalls in Bosnien: Damals fiel der deutsche Major Arthur Strecker, Kommandeur des 3. Bataillons des 738. Grenadierregiments, in die Gefangenschaft der Partisanen. Dem

aus Wuppertal stammenden Major, der von seinem damaligen Gesprächspartner Djilas als „junger Offizier“ charakterisiert wird (Strecker lehnte beim Verhör jede Aussage über Dislozierung und Stärke der deutschen Truppen ab), machten hohe kommunistische Partisanenoffiziere in Titos Hauptquartier deutliche politische Angebote - wobei es hier natürlich nicht so sehr um den gefangenen Bataillonskommandeur, als um die hinter ihm stehende Wehrmachtsführung ging. So wurde dem Major gesagt, daß die Partisanen nicht gern gegen die Deutschen kämpften. Über die italienischen Bundesgenossen Deutschlands sprachen die Partisanen gegenüber Strecker mit offener Verachtung - und unterließen es nicht, den deutschen Major auf die stille Zusammenarbeit zwischen Italienern, Engländern und serbischen Monarchisten hinzuweisen. Deutlich gaben die Partisanenführer zu erkennen, daß die Streitkräfte Titos erstens einen Austausch von Gefangenen, zweitens aber auch eine Waffenruhe mit der deutschen Wehrmacht anstrebten - damit sie die „Tschetniks“ vernichten und sich aus Bosnien in den „Sandstschak“ im Dreiländereck Serbien-Montenegro-Bosnien zurückziehen konnten. Major Strecker wurde in diesem Sinne aufgefordert, einen Brief an das deutsche Kommando zu schreiben. Die Partisanen sagten ihm, man wolle auch über eine „Teilung von Territorien“ sprechen.

Im Hauptquartier der 717. deutschen Infanteriedivision erklärte Velebit während der in deutscher Sprache geführten Verhandlungen, daß der oberste Stab der Partisanen „keinen Grund für Feindschaft gegenüber den deutschen Streitkräften“ sehe. Die Partisanen kämpften nur deshalb gegen die deutschen Truppen, weil sie sich verteidigen müßten.

Was die Partisanen von der Wehrmacht forderten

Dann kam eine Erklärung, die im Blick auf spätere Entwicklungen des jugoslawischen Kommunismus prophetisch genannt werden konnte: Die Volksbefreiungsbewegung, so Velebit vor den deutschen Offizieren, stelle eine „unabhängige nationale Bewegung“ dar, die nicht von außen unterstützt werde.

In einer schriftlichen Notiz, welche die drei Tito-Delegierten im deutschen Divisionshauptquartier in Gornji Vakuf ihren Gesprächspartnern überreichten, wurde noch einmal die Forderung nach einer Anerkennung der Tito-Partisanen als kriegsführende Partei erhoben und gleichzeitig ein Waffenstillstand vorgeschlagen. Dies geschah mit dem Argument, daß „in der gegebenen Situation keinerlei Grund besteht, daß die deutsche Wehrmacht kriegerische Handlungen gegen die Volksbefreiungskämpfe Jugoslawiens unternimmt - und zwar im Blick sowohl auf die Situation, die Gegner als auch die Interessen der einen wie der anderen Seite“.

Deshalb, so heißt es in dem von Djilas, Popovic und Velebit unterschriebenen Dokument, sei es „im gegenseitigen Interesse“, die Feindseligkeiten einzustellen und „eventuelle Zonen“ der wirtschaftlichen und anderer Interessen festzulegen.

Da die Verhandlungen auf solche Weise einen politischen Charakter annahmen, wurden sie nun in Zagreb (Agram), der Hauptstadt Kroatiens, fortgesetzt. Bereits bei einem ersten Gespräch mit dem deutschen bevollmächtigten General in Kroatien, Glaise, hatte Velebit erklärt, die Partisanen würden es keiner Macht erlauben, eigenmächtig auf jugoslawischem Territorium zu landen. Velebit versichert in seinen Aufzeichnungen, es sei allerdings „nicht von gemeinsamen Operationen der deutschen und jugoslawischen Partisanen gegen die Engländer gesprochen worden“.

Einer der eifrigsten Befürworter eines politischen Kontaktes zu den kommunistischen Partisanen Titos war auf deutscher Seite ein Mann, von dem man es am wenigsten erwartet hätte: der deutsche Gesandte im „unabhängigen Staat Kroatien“, SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche. Dieser in der Wölle gefärbte Nationalsozialist geriet in einen schweren Konflikt mit dem Reichsaussenminister von Ribbentrop, da Kasche immer wieder darauf drängte, die Partisanenfrage politisch - das heißt durch Gespräche mit Tito - zu lösen. Gegenüber dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker (dem Vater des jetzigen Bundespräsidenten), versicherte der SA-Obergruppenführer, Titos Partisanen seien in ihrer Mehrheit keineswegs Kommunisten. Wenn es gelinge, diese „in der Weltöffentlichkeit hoch bewertete Streitmacht“ zu bewegen, das gegnerische Lager zu verlassen, dann sei das ein bedeutender Erfolg für Deutschland.

Weder Ribbentrop noch erst recht Hitler wollten aber etwas von einer solchen politischen Lösung wissen. Mit den Partisanen dürfe man nicht verhandeln, müsse sie vernichten - lautete die Weisung aus Berlin. Dem verhandlungswilligen SA-Führer wurde jeder weitere Kontakt zu Tito untersagt - vor allem lehnte Ribbentrop den Vorschlag Kasches ab, sich persönlich mit Tito zu treffen. Immerhin kam es im Verlauf der Verhandlungen und Kontakte während des Jahres 1943 zu einer zeitweiligen Einstellung kommunistischer Sabotage-

akte auf der für die Deutschen sehr wichtigen Bahnlinie Zagreb-Belgrad. Tito erteilte am 29. März 1943 der entlang der Bahnlinie aktiven Partisanenbrigade den Befehl, „auf keinen Fall den Kampf mit den Deutschen zu suchen und keinerlei Aktionen auf der Bahnlinie zu unternehmen“. Und, als wolle er die Motive dieses Befehls erklären, ließ er die Erläuterung folgen: „Unsere wichtigste Aufgabe ist jetzt die Vernichtung der „Tschetniks“ des Draza Mihailovic und die Zerschlagung seines Verwaltungsapparats, der die größte Gefahr für den weiteren Verlauf des Volksbefreiungskampfes darstellt.“ Die von den Partisanen gefangen genommenen Deutschen wurden ausgetauscht. Major Strecker berichtete in einer langen Denkschrift über seine Erfahrungen als Gefangener im „Partisanenstaat“.

Und daß es zumindest einen informellen Waffenstillstand zwischen den Tito-Partisanen und der Wehrmacht gab, bestätigt der Fall eines deutschen Offiziers, der mit seiner Kolonne in der Nacht zum 6. April 1943 in einen Hinterhalt geriet, wobei vier deutsche Lastwagen in Flammen aufgingen und zwei deutsche Soldaten getötet wurden. Der Offizier protestierte bei den ihm gefangen genommenen Partisanen gegen den Angriff mit der Begründung, es gebe doch einen Waffenstillstand - und verlangte, zum „Brigadier Popovic“ geführt zu werden. Sein Wunsch wurde erfüllt - er wurde zu Koca Popovic ins Hauptquartier der 1. proletarischen Division gebracht und anschließend freigelassen.

Welches Ausmaß die Kontakte zwischen Partisanen und Wehrmacht hatten, beweist auch ein kleiner Vorfall am Rande: Der Partisanendelegierte Velebit erklärte den deutschen Offizieren, man sei bereit, der deutschen Wehrmacht erbeutete geheime Dokumente zur Verfügung zu stellen, welche die Zusammenarbeit zwischen den (damals mit dem Reich noch verbundenen) Italienern, den serbischen „Tschetniks“ und den Engländern bewiesen. Bedingung: Die Deutschen müßten den Partisanen ein Fotokopiergerät verschaffen.

Die Sowjets betrachteten diese Kontakte zwischen Tito und der deutschen Wehrmacht mit größtem Mißtrauen. In einem Funkpruch Stalin aus Moskau an den jugoslawischen Partisanenstaat hieß es wörtlich am 31. März 1943: „Uns beunruhigt die Tatsache, daß Ihr Kriegsgefangene mit den Deutschen austauscht. Ihr entsandte Delegierte zu ihnen, welche alle möglichen Gespräche mit den Deutschen führen, und der deutsche Gesandte in Zagreb hat den Wunsch ausgesprochen, sich persönlich mit Euch (Tito) zu treffen. Was geht hier vor? Es wird ein erbarmungsloser Kampf mit den Okkupanten geführt, und plötzlich kommt es zu Kontakten zwischen Euch und den Deutschen...“

Stalin forderte den „Haß des Volkes“

Tito wurde von Stalin dann aufgefordert, nicht mit den Deutschen zu verhandeln, sondern den „Haß des Volkes“ gegen sie zu mobilisieren. Fast zur gleichen Zeit wurde der deutsche Gesandte in Zagreb durch Ribbentrop mit der Bemerkung zurückgepfiffen, die einzig zulässigen Verhandlungen mit den Partisanen könnten nur über deren bedingungslose Kapitulation geführt werden. SA-Obergruppenführer Kasche funkte - Datum: 30. März 1943 - an Ribbentrop zurück: „Ich glaube, daß die Partisanenfrage bei uns grundsätzlich verkannt wird. Sie wurzelt vielmehr in politischen Verhältnissen als in militärischen.“ Er Kasche, plädierte für „politische Lösungsmöglichkeiten“ - aber diese seien ihm auf Anordnung aus Berlin jetzt verwehrt.

Das Rad der Geschichte drehte sich weiter. Die seltsame Interessengemeinschaft zwischen der Wehrmacht und den Partisanen Titos bei der Abwehr einer möglichen britisch-amerikanischen Balkan-Invasion blieb eine Episode. Dennoch zeigte sich hier im Kern bereits vieles, was später, unter ganz anderen Auspizien, Wirklichkeit werden sollte: etwa der Abfall Titos von Moskau und ein eigener jugoslawischer Weg. Djilas berichtet, Tito habe ihm auf die Frage, was denn wohl die Russen zu den Verhandlungen mit den Deutschen sagen würden, brüsk geantwortet: „Wir vertreten unsere Interessen, so wie Sie ihre Interessen vertreten.“

Übrigens - die wichtigsten deutschen Gesprächsteilnehmer und Eingeweihten dieser Verhandlungen sind kurz nach Kriegsende oder noch während des Krieges umgekommen. General Glaise-Horstenaus verübte in amerikanischer Haft 1946 Selbstmord. Generaloberst Löhr wurde in Belgrad als „Kriegsverbrecher“ erschossen. Der Gesandte und SA-Führer Kasche in Zagreb geniet. Damit waren die wichtigsten dieser Ereignisse verstummt. Es bleibt aber die Feststellung, daß Geschichte sich niemals nach bloß ideologischen Schablonen vollzieht - weder auf der einen noch auf der anderen Seite.



Partisanenführer Tito (oben) und sein Widersacher, der serbisch-nationalistische „Tschetnik“-General Draza Mihailovic FOTO: DEWELT

Der Brief des Majors gelangte über die Frontlinien in die Hände des deutschen bevollmächtigten Generals in Kroatien, Edmund Glaise-Horstenaus. Dieser in der Wölle gefärbte Nationalsozialist geriet in einen schweren Konflikt mit dem Reichsaussenminister von Ribbentrop, da Kasche immer wieder darauf drängte, die Partisanenfrage politisch - das heißt durch Gespräche mit Tito - zu lösen. Gegenüber dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker (dem Vater des jetzigen Bundespräsidenten), versicherte der SA-Obergruppenführer, Titos Partisanen seien in ihrer Mehrheit keineswegs Kommunisten. Wenn es gelinge, diese „in der Weltöffentlichkeit hoch bewertete Streitmacht“ zu bewegen, das gegnerische Lager zu verlassen, dann sei das ein bedeutender Erfolg für Deutschland.

Weder Ribbentrop noch erst recht Hitler wollten aber etwas von einer solchen politischen Lösung wissen. Mit den Partisanen dürfe man nicht verhandeln, müsse sie vernichten - lautete die Weisung aus Berlin. Dem verhandlungswilligen SA-Führer wurde jeder weitere Kontakt zu Tito untersagt - vor allem lehnte Ribbentrop den Vorschlag Kasches ab, sich persönlich mit Tito zu treffen. Immerhin kam es im Verlauf der Verhandlungen und Kontakte während des Jahres 1943 zu einer zeitweiligen Einstellung kommunistischer Sabotage-

Daß Tito aber mit den Deutschen nicht nur über den Austausch von Gefangenen, sondern über hochpolitische Fragen sprechen wollte, zeigte sich daran, daß er nicht nur einen Unterhändler, sondern gleich drei - unter ihnen sogar ein Mitglied des Politbüros - entsandte. Da war Vladi-

Die Auseinandersetzung um die Form der deutschen Beteiligung am Projekt einer amerikanischen Weltraum-Raketenabwehr hat sich in die Bonner Verhandlungs-Delegation verlagert. Wer bestimmt in dieser viel diskutierten, wichtigen Frage unserer Sicherheit den Kurs der deutschen Politik - das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium oder der Bundeskanzler? Worin bestehen die Widersprüche? Herbert Kremp analysiert den Stand der deutsch-amerikanischen Gespräche.

Der Streit der Ämter oder Wer macht in Bonn Strategie?

Von HERBERT KREMP

Zeichnet sich politische Sprache in der Regel durch eine gewisse Trockenheit aus, so erfüllt sie bei der Beschreibung des Friedens ein gesangliches Steigerungs. Ein schönes Beispiel dafür ist die Rede, mit der Frankreichs Außenminister Brund in Genf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund begrüßte. Zu seinem Kollegen Stresemann gewandt, sagte er: „Zu Ende ist der Krieg zwischen uns. Vorüber sind die schwarzen Wolken der Trauer. Fort mit den Gewehren. Fort mit den Kanonen. Platz für die Versöhnung, für das Schiedsgericht, für den Frieden.“

Man schrieb damals den 10. September 1920, acht Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Seitdem hat sich an den Umständen einiges, an der politischen Lyrik nichts geändert. Beim Gipfel in Genf im vergangenen November schrieben Reagan und Gorbatschow in das gemeinsame Kommuniqué, sie trachteten danach, „einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf Erden zu beenden“. Mit dieser universalen Bekundung haben die Hochgerüsteten ein Signal gegeben, das überall in der Welt, vor allem an der Militärgrenze in Europa, die Herzen höher schlagen ließ. Wie eine magische Intarsie erscheint die Formel von Genf auf allen Mahntafeln.

Wie allen Beschwörungen wohnt der erhebende Formel eine gewisse Tragik inne, ein zunächst infolge der angeregten Glaubensfreude nicht wahrgenommener Widerspruch zur Wirklichkeit. Ein besonders reich ausgeschmücktes Beispiel bietet das gerade verabschiedete Grundsatzpapier der FDP, das ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Außenpolitik Hans-Dietrich Genschers enthält und daher wohl als personalpolitische Appell an den Kanzler zu betrachten ist.

Warum die USA auf SDI nicht verzichten

Das Dokument befürwortet „Verbindungen zum schrittweisen Aufbau von Atomwaffen, um damit in gleichem Maß Defensivsysteme im Weltraum überflüssig zu machen, damit das gemeinsame Ziel Amerikas und der Sowjetunion erreicht werden kann, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und ihn auf Erden zu beenden.“

Worin besteht nun der Widerspruch zwischen der magischen Formel und der naturgemäß unmagischen Wirklichkeit?

1. Die Intarsie von Genf, einen Rüstungswettlauf im Weltall zu verhindern und auf Erden zu beenden, stammt ursprünglich aus sowjetischer Quelle. Sie ist sinngemäß die Hauptforderung Gorbatschows.

2. Die Aufnahme der Formel in das Kommuniqué von Genf war bis zur letzten Minute umstritten. Grund: Die Sowjetunion liegt in der Entwicklung einer (landgestützten) Raketenabwehr vor den USA. Es ist verständlich, daß die Sowjetunion ihren Vorsprung zu wahren sucht und alles daransetzt, ein (womöglich Weltraum-gestütztes) amerikanisches Abwehrsystem zu verhindern. Genau aus diesem Grunde halten die USA die SDI-Forschung für unverzichtbar.

3. In Wirklichkeit gibt es also keinen Rüstungswettlauf, sondern einen Rüstungsmachlauf der USA. Dies machte die Genfer Intarsie für die Amerikaner (gerade noch) annehmbar. Reagan (und sein Nachfolger) können jedoch nicht daran denken, bei den Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Genf Raketenabbau mit SDI zu bezahlen. SDI ist kein „Bar-gaining-Chip“. Um die Westeuropäer gegen die Amerikaner in Stellung zu bringen, erklären die Sowjets, daß ohne Verzicht auf SDI an eine Raketenabrüstung nicht zu denken sei. Gorbatschows Abrüstungsplan geht von dieser Maxime aus.

4. Mit dem Junktim hofft Moskau, auf die deutsche Außenpolitik bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Wenn es im zitierten Grundsatzprogramm der FDP - es trägt Genschers Handschrift - heißt, ein „schrittweiser Abbau von Atomwaffen macht in gleichem Maße Defensivsysteme im



Sie setzten Hoffnungssignale: Reagan und Gorbatschow 1985 ... FOTO: SVEN SIMON

Weltraum überflüssig, so klingt das mysteriös. Wie kann ein Abwehrsystem, das noch nicht existiert, „schrittweise“ abgebaut werden? In Wirklichkeit soll der logisch schwache Satz zu erkennen geben, daß die deutsche Außenminister darauf hofft, Washington werde sich doch noch bewegen lassen, den Verzicht auf SDI trotz entsprechender sowjetischer Vorleistung in die Raketenverhandlungen einzubringen.

5. Andernfalls wäre der beständige verdeckte Widerstand des Außenministers und seiner Beamten gegen SDI und vor allem gegen eine deutsche Beteiligung am Projekt nicht verständlich. Genscher geht damit ein hohes politisches Risiko ein. Risiko I: Beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht an SDI, bleiben das Land und darüber hinaus Europa ohne korrespondierende Raketenabwehr. Die amerikanische Verteidigungsinitiative führt in diesem Fall zwangsläufig zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Westen, zu strategischer Fraktur und Verwerfungen im Bündnis. In der Folge müßte Europa in sicherheitspolitische Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten.

Risiko II: Lassen sich die Amerikaner unter dem Eindruck einer solchen Perspektive doch noch auf einen Tausch SDI gegen Raketen ein, kommt es also zum Abzug aller Mittelstreckensysteme aus der „europäischen Zone“ (Stufe 1 des Gorbatschow-Abrüstungsplans), so verliert Europa den Schutz der Kriegsabschreckung. Die Sowjetunion genießt dann folgende Vorteile: Sie verfügt über moderne atomare Kurzstreckenraketen (1000 km), die nach Gorbatschows Plan erst in einer späteren Phase beseitigt werden sollen. Ihre Mittelstreckensysteme stehen jenseits der „europäischen Zone“, die am 80. Längengrad endet (Botschaftsrat Rodin von der sowjetischen Botschaft in Bonn am 28. Januar). Sie erreichen von dort aus die Bundesrepublik; sie sind im übrigen mobil. Gleichzeitig wird die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion zur beherrschenden Bedrohung. Strategisch betrachtet gehört Europa dann zu jenen Weltzonen, in denen seit 1945 mehr als 150 Kriege geführt werden konnten.

Die alternativen Risiken sind groß genug, um in der Bonner Regierungskoalition einen Grundsatzkonflikt auszulösen. Wenn er nicht auslöst, kann das nur zwei Gründe haben: Entweder rechnet Kanzler Kohl damit, daß er mit Hilfe des entgegenkommenden FDP-Vorsitzenden Bangemann eine SDI-Vereinbarung mit Washington zustande bringt, die Risiko I bis zur Wahrnehmungsgrenze vermindert und Risiko II umgeht. Oder Außenminister Genscher rechnet damit, daß er seinen Widerstand gegen SDI und seine Option für eine atomarwaffenfreie „europäische Zone“ vorantreiben kann, ohne daß die damit verbundenen Risiken innenpolitische Reflexe auslösen.

Die bisherigen Ergebnisse der deutsch-amerikanischen SDI-Verhandlungen sprechen für diese Deutung. Das Kabinett hatte am 18. Dezember vergangenen Jahres Wirtschaftsminister Bangemann beauftragt, ein Technologietransfer-Abkommen auszuhandeln, in dem SDI praktisch „verschwinden“ sollte. Die

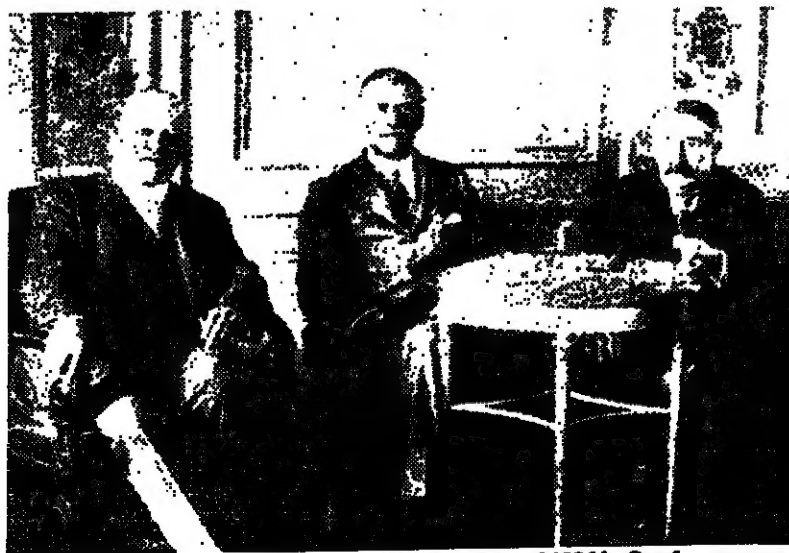
Amerikaner gingen zwar darauf ein, stellten aber die SDI-Vereinbarung wieder an die Spitze, was Bangemann akzeptierte. („Als FDP-Vorsitzender habe ich Handlungsspielraum.“) Der Briefwechsel, dessen Inhalt bis Ende März zu vereinbaren ist, soll jeden Anschein einer Staatsbeteiligung meiden. Die Bundesregierung klammert sich mitnichten um SDI, sondern nur um Bedingungen des Technologietransfers zwischen Privatunternehmen. Dementsprechend wird der Briefwechsel nicht, wie die USA wünschen, von den Verteidigungsministern unterfertigt, sondern vom deutschen Wirtschaftsminister und dem US-Handelsminister.

Die Intentionen des Außenministers

In der Working-Group, die vom 27. bis 28. Januar zum ersten Mal in Washington tagte, verhandelte konsequent eine einzige deutsche Technologiekommission mit zwei amerikanischen Delegationen, deren Vorsitzende Schneider und Perle den Technologietransfer behandelten, während Frank Gaffney das SDI-Gespräch leitete. In der deutschen Delegation kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beamten des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums. Das Auswärtige Amt stimmt sich gegen die Verankerung einer „amtlichen Kontaktstelle“ im SDI-Briefwechsel, die während der Forschungszusammenarbeit der Firmen auftretende Probleme klären soll. Genschers Beamte lehnen auch die briefliche Absicherung des „strategischen Dialogs, der fortlaufenden offiziellen Unterrichtung über Ergebnisse der SDI-Forschung“ ab.

Demgegenüber legt das Verteidigungsministerium großen Wert darauf, daß eine offizielle Kontaktstelle eingerichtet und die Fortsetzung des „strategischen Dialogs“ vertraglich gesichert wird. Bangemann ist ebenfalls für die Kontaktstelle, was der Intention Genschers, den Staat von SDI fernzuhalten, widerspricht. Für eine staatliche Beteiligung spricht auch der rüstungspolitisch wichtige Wunsch des Verteidigungsministers, SDI-Resultate für den konventionellen Rüstungsbedarf verwenden zu können. Würde widerspricht im übrigen dem amerikanischen Vorschlag, für Forschungsergebnisse, bei denen es sich um das Eigentum deutscher Firmen handelt, das alleinige Nutzungsrecht zu beanspruchen.

Diese Widersprüche beeinträchtigen die deutsche Verhandlungsposition in den USA. Im Verteidigungsministerium vermutet man, daß das Auswärtige Amt ein „möglichst schlechtes SDI-Abkommen“ anstrebe, um die Nichtbeteiligung des Staates deutlich werden zu lassen. Auf amerikanischer Seite, so hört man in Bonn, wundert sich darüber niemand. Man wisse dort, daß Genscher auf schwerwiegende strategische Risiken einzugehen bereit sei, um Optionen in der „europäischen Zone“ für eine neue, von ihm zur Zeit als „realistisch“ bezeichnete Entspannungspolitik zu nutzen. Eine gewisse Verwunderung herrscht unter den Kennern lediglich über den Bundeskanzler, der solchen Entwicklungen scheinbar sprachlos zusieht.



... Stressemann, Chamberlain und Briand 1926 in Genf FOTO: KEYSTONE

Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, im Frühjahr 1943, gab es Geheimverhandlungen zwischen Tito kommunistischen Partisanen und der deutschen Wehrmachtsführung

sowie den politischen Repräsentanten des „Dritten Reiches“ im jugoslawischen Raum. Diese ungewöhnliche Tatsache gaben jetzt erstmals der Tito-Biograph Vladimir Dedijer

und der Schriftsteller Milovan Djilas bekannt. Djilas hatte seinerzeit im Auftrag Titos als Mitglied des Politbüros der KPJ im deutschen Hauptquartier Verhandlungen geführt.

Als Tito auf die Wehrmacht setzte

Von CARL G. STRÖHM

Vordergründig ging es zwischen der Wehrmacht und den Partisanen um den Austausch von Gefangenen. Dahinter aber wurde bereits die Möglichkeit eines Waffenstillstandes und einer gegenseitigen Interessengrenzung ventiliert. Über die Motive und Hintergründe, die Tito kurz nach der Schlacht von Stalingrad und mitten im belagerten total geführten Weltkrieg dazu veranlaßten, ein Arrangement mit den Deutschen zu suchen, ist jetzt in Belgrad ein mit jugoslawischen und deutschen Dokumenten belegtes, sensationelles Buch aus der Feder des Historikers Miso Lekovic erschienen: „Die März-Verhandlungen 1943“ (Martovski Pregovori 1943, Verlag Narodna Kojiga, Belgrad 1985).

Obwohl sich Titos kommunistische Partisanenarmee vor allem im Kampf gegen die deutschen Truppen formiert hatte, betrachteten die jugoslawischen Kommunisten nicht die Wehrmacht, sondern die königstreuen, monarchistischen und mit der Londoner jugoslawischen Exilregierung sowie den Briten verbundenen „Tschetniks“ des Generals Draza Mihailovic als ihren gefährlichsten Feind. Die „Tschetniks“ - hervorgegangen aus serbischen ländlichen Wehrorganisationen - waren konservativ, bäuerlich und serbisch-nationalistisch gesinnt. Noch vor den Kommunisten hatten sie sich als Widerstandsorganisation sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die kroatischen „Ustascha“ organisiert, waren aber bald mit den kommunistischen Partisanen in Konflikt geraten. Schließlich gelangte ihr Führer, General Mihailovic, zur Überzeugung, daß nicht die Deutschen und erst recht nicht die Italiener, sondern einzig die Kommunisten unter Tito, die eine soziale Revolution durchführten, das Hauptproblem seien. Die „Tschetniks“ hofften, daß die Engländer und Amerikaner - nach ihrem Sieg über die Deutschen in Nordafrika - 1943 auf dem Balkan landen und König Peter sowie das alte Regime der jugoslawisch-serbischen Monarchie wiederherstellen würden.

Die Möglichkeit erkannten auch Tito und seine engsten Mitarbeiter in der jugoslawischen KP-Führung. Vor allem besaßen die jugoslawischen Partisanen bereits 1942 Informationen, wonach Italien einen Frontwechsel auf die Seite der Amerikaner und Briten vorbereite. Das aber konnte für die jugoslawischen Kommunisten gefährlich werden: Die monarchistischen „Tschetniks“ und die italienischen Besatzungsgruppen in der küstennahen Zone der jugoslawischen Adria - von Montenegro bis Slowenien - konnten sich damit über Nacht in Platzhalter und Gefährden der Engländer verwandeln. Bereits am 22. Mai 1942 schrieb Titos nachmaliger Stellvertreter Edvard Kardelj aus dem slowenischen Untergrund an den Partisanenmarschall: „Im Verhältnis zu Italien müssen wir bereit sein, dieses als eine englische imperialistische Basis zu betrachten, von der aus die Engländer versuchen werden, unsere Londoner Regierung mit Gewalt zu uns zurückzubringen.“

In Italien - es war innerlich noch über ein Jahr bis Mussolinis Sturz - diagnostizierte Kardelj „eine vorherrschende anglophile Stimmung unter der Führung der italienischen Klerikalen, hinter denen jedenfalls der Vatikan steht“. Aus seinem Hauptquartier in den Bergen Bosniens meldete Tito am 16. Juli 1942 an Stalin nach Moskau: „Wir sind der Ansicht, daß zwischen Italien und England im Kampf gegen uns eine Zusammenarbeit besteht. Gefangenen ausgetauscht, Tschetniks erklärt, daß die Waffen, die sie über die Italiener erhalten, von den Engländern bezahlt wurden.“ Tito aber war entschlossen, eine britische (oder auch amerikanische) Landung auf dem Balkan - im konkreten Fall: an der jugoslawischen Küste - nicht zuzulassen. Er erklärte sogar in einem Telegramm nach Moskau, die jugoslawischen Partisanen würden sich mit Waffengewalt einer solchen Landung westlicher Truppen widersetzen.

Gefangenenaustausch als ein Signal

Mitten in den schwersten Kämpfen zwischen Wehrmacht und Partisanen kam es nun zum ersten Kontakt der gegnerischen Parteien. Es begann damit, daß im Herbst 1942 der deutsche Ingenieur Hans Ott mit einer Gruppe von deutschen Bergbaupraktikanten und Ingenieuren, die in Bosnien kriegswichtige Rohstoffe (u. a. Bauxit) gefördert hatten, von Titos Partisanen gefangen genommen wurden. Ott wurde damals sogar von Tito persönlich zu einem Gespräch empfangen. Daraus entwickelte sich der erste Austausch von Gefangenen. Ein zweiter Kontakt ergab sich während der schweren Kämpfe des Frühjahr 1943, gleichfalls in Bosnien: Damals fiel der deutsche Major Arthur Strecker, Kommandeur des 3. Bataillons des 738. Grenadierregiments, in die Gefangenschaft der Partisanen. Dem

aus Wuppertal stammenden Major, der von seinem damaligen Gesprächspartner Djilas als „tapferer Offizier“ charakterisiert wird (Strecker lehnte beim Verhör jede Aussage über Dislozierung und Stärke der deutschen Truppen ab), machten hohe kommunistische Partisanenoffiziere in Titos Hauptquartier deutliche politische Angebote - wobei es hier natürlich nicht so sehr um den gefangenen Bataillonskommandeur, als um die hinter ihm stehende Wehrmachtsführung ging. So wurde dem Major gesagt, daß die Partisanen nicht gegen die Deutschen kämpfen. Über die italienischen Bundesgenossen Deutschlands sprachen die Partisanen gegenüber Strecker mit offener Verachtung - und unterließen es nicht, den deutschen Major auf die stille Zusammenarbeit zwischen Italienern, Engländern und serbischen Monarchisten hinzuweisen. Deutlich gaben die Partisanenführer zu erkennen, daß die Streikkräfte Titos erstens einen Austausch von Gefangenen, zweitens aber auch eine Waffenruhe mit der deutschen Wehrmacht anstrebten - damit sie die „Tschetniks“ vernichten und sich aus Bosnien in den „Sandstachel“ im Dreiländereck Serbien-Montenegro-Bosnien zurückziehen könnten. Major Strecker wurde in diesem Sinne aufgefordert, einen Brief an das deutsche Kommando zu schreiben. Die Partisanen sagten ihm, man wolle auch über eine „Teilung von Territorien“ sprechen.



Partisanenführer Tito (oben) und sein Widersacher: der serbisch-nationalistische „Tschetnik“-General Draza Mihailovic FOTO: DIE WELT



Der Brief des Majors gelangte über die Frontlinien in die Hände des deutschen bevollmächtigten Generals in Kroatien, Edmund Glaise-Horstmann. Glaise, ein deutsch-nationaler Österreicher, aber kein Nazi, als K.u.-k.-Offizier mit der Balkansituation eng vertraut (und außerdem ein scharfer Kritiker sowohl der Italiener als des kroatischen Ustascha-Regimes), war ebenso wie der Oberbefehlshaber Südost, Generaloberst Alexander Löhr (gleichfalls ein Österreicher), der Auffassung, daß die deutsche Seite Titos Partisanen als kriegsführende Partei anerkennen und sie nicht länger als bloße „Banditen“ behandeln sollte. Außerdem wußte der alte General Glaise, daß dem Partisanenproblem mit bloß militärischen Mitteln nicht beizukommen war. So erhielt der Kommandeur der 717. deutschen Infanteriedivision, Generalmajor Benignus Dippold, den Befehl, „den obersten Stab der Aufständischen zu verständigen, daß das deutsche Kommando bereit ist, einen bevollmächtigten Delegierten zu empfangen“. Die Sicherheit des Unterhändlers wurde garantiert.

Daß Tito aber mit den Deutschen nicht nur über den Austausch von Gefangenen, sondern über hochpolitische Fragen sprechen wollte, zeigte sich daran, daß er nicht nur einen Unterhändler, sondern gleich drei - unter ihnen sogar ein Mitglied des Politbüros - entsandte. Da war Vladi-

mir Velebit, ein kommunistischer Rechtsanwalt und Kenner der deutschen Sprache (später sollte er hoher Diplomat in Titos Jugoslawien werden). Er war in der Lage, ohne Dolmetscher mit den Deutschen zu sprechen. Mit ihm kam Milovan Djilas als Mitglied des Politbüros und der Kommandeur der Eliteeinheit von Titos Armee, der 1. proletarischen Division, der nachmalige jugoslawische Außenminister Koca Popovic.

Im Hauptquartier der 717. deutschen Infanteriedivision erklärte Velebit während der in deutscher Sprache geführten Verhandlungen, daß der oberste Stab der Partisanen „keinen Grund für Feindschaft gegenüber den deutschen Streitkräften“ sehe. Die Partisanen kämpften nur deshalb gegen die deutschen Truppen, weil sie sich verteidigen mußten.

Was die Partisanen von der Wehrmacht forderten

Dann kam eine Erklärung, die im Blick auf spätere Entwicklungen des jugoslawischen Kommunismus prophetische genannt werden konnte: Die Volksbefreiungsbewegung, so Velebit vor den deutschen Offizieren, stelle eine „unabhängige nationale Bewegung“ dar, die nicht von außen unterstützt werde.

In einer schriftlichen Notiz, welche die drei Tito-Delegierten im deutschen Divisionshauptquartier in Gornji Vakuf ihren Gesprächspartnern überreichten, wurde noch einmal die Forderung nach einer Anerkennung der Tito-Partisanen als kriegsführende Partei erhoben und gleichzeitig ein Waffenstillstand vorgeschlagen. Dies geschah mit dem Argument, daß „in der gegebenen Situation keinerlei Grund besteht, daß die deutsche Wehrmacht kriegsgeraume Jugoslawien unternimmt - und zwar im Blick sowohl auf die Situation, die Gegner als auch die Interessen der einen wie der anderen Seite“. Deshalb, so heißt es in dem von Djilas, Popovic und Velebit unterschriebenen Dokument, sei es „im gegenseitigen Interesse“, die Feindseligkeiten einzustellen und „eventuelle Zonen“ der wirtschaftlichen und anderer Interessen festzulegen.

Da die Verhandlungen auf solche Weise einen politischen Charakter annahmen, wurden sie nun in Zagreb (Agram), in der Hauptstadt Kroatiens, fortgesetzt. Bereits bei einem ersten Gespräch mit dem deutschen bevollmächtigten General in Kroatien, Glaise, hatte Velebit erklärt, die Partisanen würden es keiner Macht erlauben, eigenmächtig auf jugoslawischem Territorium zu landen. Velebit versicherte in seinen Aufzeichnungen, es sei allerdings „nicht von gemeinsamen Operationen der deutschen und jugoslawischen Partisanen gegen die Engländer gesprochen worden“.

Einer der eifrigsten Befürworter eines politischen Kontaktes zu den kommunistischen Partisanen Titos war auf deutscher Seite ein Mann, von dem man es am wenigsten erwartet hätte: der deutsche Gesandte im „unabhängigen Staat Kroatien“, SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche. Dieser in der Wölfe gefärbte Nationalsozialist geriet in einen schweren Konflikt mit dem Reichsaussenminister von Ribbentrop, da Kasche immer wieder darauf drängte, die Partisanenfrage politisch - das heißt: durch Gespräche mit Tito - zu lösen. Gegenüber dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker (dem Vater des jetzigen Bundespräsidenten), versicherte der SA-Obergruppenführer, Titos Partisanen seien in ihrer Mehrheit keineswegs Kommunisten. Wenn es gelinge, diese „in der Weltöffentlichkeit hoch bewertete Streitmacht“ zu bewegen, das gegnerische Lager zu verlassen, dann sei das ein bedeutender Erfolg für Deutschland.

Weder Ribbentrop noch erst recht Hitler wollten aber etwas von einer solchen politischen Lösung wissen. Mit den Partisanen dürfe man nicht verhandeln, müsse sie vernichten - lautete die Weisung aus Berlin. Dem verhandlungswilligen SA-Führer wurde jeder weitere Kontakt zu Tito untersagt - vor allem lehnte Ribbentrop den Vorschlag Kasches ab, sich persönlich mit Tito zu treffen. Immerhin kam es im Verlauf der Verhandlungen und Kontakte während des Jahres 1943 zu einer zeitweiligen Einstellung kommunistischer Sabotage-

akte auf der für die Deutschen sehr wichtigen Bahnlinie Zagreb-Belgrad. Tito erließ am 28. März 1943 den Befehl, die Bahnlinie aktiven Partisanenbrigaden den Befehl, auf keinen Fall den Kampf mit den Deutschen zu suchen und keinerlei Aktionen auf die Bahnlinie zu unternehmen“. Und, als wolle er die Erläuterung folgen: „Unsere wichtigste Aufgabe ist jetzt die Vernichtung der Tschetniks des Draza Mihailovic und die Zerschlagung seines Verwaltungsapparats, der die größte Gefahr für den weiteren Verlauf des Volksbefreiungskampfes darstellt.“ Die von den Partisanen gefangen genommenen Deutschen wurden ausgetauscht. Major Strecker berichtete in einer langen Denkschrift über seine Erfahrungen, als Gefangener im „Partisanenstaat“. Und daß es zumindest einen informellen Waffenstillstand zwischen den Tito-Partisanen und der Wehrmacht gab, bestätigt der Fall eines deutschen Offiziers, der mit seiner Kolonne in der Nacht zum 6. April 1943 in einem Hinterhalt geriet, wobei vier deutsche Lastwagen in Flammen aufgegingen und zwei deutsche Soldaten getötet wurden. Der Offizier protestierte bei den ihn gefangennehmenden Partisanen gegen den Angriff mit der Begründung, es gebe doch einen Waffenstillstand - und verlangte, zum „Brigadier Popovic“ geführt zu werden. Sein Wunsch wurde erfüllt - er wurde zu Koca Popovic ins Hauptquartier der 1. proletarischen Division gebracht und anschließend freigelassen.

Welches Ausmaß die Kontakte zwischen Partisanen und Wehrmacht hatten, beweist auch ein kleiner Vorfall am Rande: Der Partisanendelegierte Velebit erklärte den deutschen Offizieren, man sei bereit, der deutschen Wehrmacht erbeutete geheime Dokumente zur Verfügung zu stellen, welche die Zusammenarbeit zwischen den (damals mit dem Reich noch verbundenen) Italienern, den serbischen „Tschetniks“ und den Engländern bewiesen. Bedingung: Die Deutschen müßten den Partisanen ein Fotokopiergerät verschaffen.

Die Sowjets betrachteten diese Kontakte zwischen Tito und der deutschen Wehrmacht mit größtem Mißtrauen. In einem Funkspruch Stalin aus Moskau an den jugoslawischen Partisanenstaat hieß es wütend am 31. März 1943: „Uns beunruhigt die Tatsache, daß Ihr Kriegsgefangene mit den Deutschen austauscht. Ihr entsandte Delegierte zu ihnen, welche alle möglichen Gespräche mit den Deutschen führen, und der deutsche Gesandte in Zagreb hat den Wunsch ausgesprochen, sich persönlich mit Euch (Tito) zu treffen. Was geht hier vor? Es wird ein erbarmungsloser Kampf mit den Okkupanten geführt, und plötzlich kommt es zu Kontakten zwischen Euch und den Deutschen ...“

Stalin forderte den „Haß des Volkes“

Tito wurde von Stalin dann aufgefordert, nicht mit den Deutschen zu verhandeln, sondern den „Haß des Volkes“ gegen sie zu mobilisieren. Fast zur gleichen Zeit wurde der deutsche Gesandte in Zagreb durch Ribbentrop mit der Bemerkung zurückgepfiffen, die einzig zulässigen Verhandlungen mit den Partisanen könnten nur über deren bedingungslose Kapitulation geführt werden. SA-Obergruppenführer Kasche funkte - Datum: 30. März 1943 - an Ribbentrop zurück: „Ich glaube, daß die Partisanenfrage bei uns grundsätzlich verkannt wird. Sie wurzelt vielmehr in politischen Verhältnissen als in militärischen.“ Er, Kasche, plädierte für „politische Lösungsmöglichkeiten“ - aber diese seien ihm auf Anordnung aus Berlin jetzt verwehrt.

Das Rad der Geschichte drehte sich weiter. Die seltsame Interessengemeinschaft zwischen der Wehrmacht und den Partisanen Titos bei der Abwehr einer möglichen britisch-amerikanischen Balkan-Invasion blieb eine Episode. Dennoch zeigte sich hier im Kern bereits vieles, was später, unter ganz anderen Auspizien, Wirklichkeit werden sollte: etwa der Abfall Titos von Moskau und ein eigener jugoslawischer Weg. Djilas berichtet, Tito habe ihm auf die Frage, was denn wohl die Russen zu den Verhandlungen mit den Deutschen sagen würden, brüsk geantwortet: „Wir vertreten unsere Interessen, so wie Sie Ihre Interessen vertreten.“

Übrigens - die wichtigsten deutschen Gesprächsteilnehmer und Eingeweihten dieser Verhandlungen sind kurz nach Kriegsende oder noch während des Krieges untermommen. General Glaise-Horstmann verübte in amerikanischer Haft 1946 Selbstmord. Generaloberst Löhr wurde in Belgrad als „Kriegsverbrecher“ erschossen, der Gesandte und SA-Führer Kasche in Zagreb gehängt. Damit waren die wichtigsten dieser Ereignisse verstümmelt. Es bleibt aber die Feststellung, daß Geschichte sich niemals nach bloß ideologischen Schablonen vollzieht - weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

Dr. Max 1950

Für Unternehmer muß man etwas unternehmen.

Wenn jedermann von der Bedeutung des Mittelstandes spricht, wird es Zeit, den Mittelstand auch bedeutend zu unterstützen.

Denn wer mehr macht als Worte, hat auch mehr als Worte verdient.

Deshalb möchten wir unser Engagement für den Mittelstand ausschließlich in Taten ausdrücken:

Mit der tatkräftigen Unterstützung bei der Bilanzanalyse beispielsweise. Mit einem Investitionsdarlehen, unserem HYPO-Bankdarlehen, das sich nicht nur an die üblichen Sicherheiten knüpft, sondern auch auf eine Idee vertraut, die Geld wert ist. Mit der HYPO-Kontaktbörse für nationale und internationale Geschäftsanbahnungen und mit den elektronischen HYPO-Informationssystemen für jede Form von Auslandsgeschäften. Unternehmen Sie also ruhig etwas.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank - ein Wort.



Dr. Maximilian Leyherr
HYPO-BANK

e
idet
eblich an
ier sagt
ährliches
Prozent
s Unter
ungslän
Prozent
n abspe
im Jahr
us auf
lacht d
Ben, ha
unsinn
spiel,
spruch
bräuch
positiv
tvolun
Dollar
Impos
Dollar
quote v
beacht
ikanisch
iwrksto
zweimitt
strage de
ernehmen
42 oder
esamt ha
schen U
ika eine
Prozent
drei Pro
sieht er
nd" di
rt auf d
Entwick
100 Men
leiten ein
eitsvers
keit lieg
dustriena
edrück
reitenbach
der fehlen
idheitswe
l medizini
iten Kühn
he Präpa
ygenische
lärung der
offkontrolle
u hier will
alth Fund
ansetzen



r
r
m
gt
1-
A-1986

Genscher-Reise nach Marokko und Tunesien

dpa, Bonn

Den deutsch-arabischen Dialog und das Nahost-Engagement der EG-Staaten will Bonn durch intensive Kontakte mit der Maghreb-Region verstärken. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird am Donnerstag zu einem dreitägigen Besuch nach Marokko und Tunesien fliegen, nachdem bereits im vergangenen September als erster deutscher Außenminister Ahmed Taleb Ibrahim offiziell zu Gast in Bonn war. Genscher wird neben seinen Gesprächen mit den Spitzen der Regierungen auch mit den Staatspräsidenten Hassan von Marokko und Präsident Bourguiba, zusammenkommen. Außerdem will Genscher in Tunis den Ende Januar in Bonn neu angekündigten Meinungsaustausch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Chedli Klibi, weiterführen.

Als Hauptthemen der Gespräche gelten der Ausbau der politischen Beziehungen, der Nahost-Konflikt, die Palästina-Frage, die Lage im Maghreb-Raum und die Bekämpfung des Terrorismus. Weiterer Schwerpunkt der Beratungen werden die Sorgen der beiden Länder um ihre Exporte in die Europäische Gemeinschaft nach der EG-Süderweiterung mit Portugal und Spanien sein. Marokko als Gastgeber der jüngsten arabischen und islamischen Gipfelkonferenzen und Tunesien als Gastland der Arabischen Liga spielen nach Meinung Bonner diplomatischer Kreise trotz ihrer geographischen Randlage wichtige maßgebende Rollen im Nahost-Konflikt.

Die Bundesrepublik unterstützt Marokko jährlich mit 40 Millionen und Tunesien mit 100 Millionen Mark Entwicklungshilfe.

Den Haag erregt sich über deutsche Drogen-Fahnder

Das Parlament behandelt den Fall des Dealers Theo

HELMUT HETZEL, Den Haag
Vielfach war in Den Haag die Rede davon, daß deutsche Drogenfahnder in den Niederlanden Kontakte zu Rauschgift-Szene knüpfen. Sie, so lautete der oft gemachte Vorwurf, bereiten dann einen Deal mit einem niederländischen Händler vor und bestünden dabei darauf, daß der „Stoff“ in der Bundesrepublik Deutschland übergeben werde. Komme der holländische Dealer dann zum verabredeten Treffpunkt nach Deutschland, schnappe die Falle zu. Er werde verhaftet und nach deutschem Recht, das bei Rauschgiftdelikten wesentlich schärfer ist als das holländische, verurteilt.

Die Unterschiede zwischen geltendem deutschen und niederländischen Recht bei Rauschgiftdelikten sind in der Tat so groß, daß der Delinquent in Holland für einen gleichartigen Verstoß mit einer Geldstrafe davonkommen kann, während er in der Bundesrepublik dafür einige Jahre hinter Gitter muß.

Von deutscher Seite wurde die dienstliche Tätigkeit von Drogenfahndern aus der Bundesrepublik, die ohne Zustimmung der zuständigen holländischen Behörden tätig werden, bisher immer bestritten. Auch die niederländische Justiz hat sich mit Beweisen in dieser Frage schwergetan. Ein Fernsehteam des Magazines „Nieuwslip“ drehte den Spieß jetzt einfach um. Die Journalisten heuerten den holländischen Drogenabhängigen und kleinen Dealer namens Theo an, der bereit war, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Zu welchen Bedingungen, das sagten sie allerdings nicht.

Der TV-Beitrag begann so: Theo greift zum Telefonhörer, wählt eine Nummer in Aachen und fragt nach einem Polizeikommissar namens

Kratz. Kratz kennt Theo offensichtlich und ist sofort bereit, sich mit dem Informanten in dem niederländischen Grenzstädtchen Vaals zu treffen.

Theo war von den holländischen Journalisten mit Mikrofon und Tonband präpariert worden. Der deutsche Agent sagt laut Bandaufnahme wörtlich: „Normalerweise ist das verboten, was ich hier mache.“ Dann bot er Theo zwischen 3000 und 5000 Mark für seine Mitarbeit an. „Das ist für dich drin.“ Aufgabe für Theo: Kontakt zu einem offensichtlich von deutscher Seite gesuchten Dealer herstellen. Dann präzierte der deutsche Beamte, Bedingung aber ist, daß der Stoff uns in die Hände fällt.“ Als das Fernsehteam, das das Gespräch in einem China-Restaurant heimlich mitgedreht hatte, plötzlich hereinströmte und Kratz zur Rede stellt, streift dieser vor der laufenden Kamera alles ab.

Ebenso leugnen der von den Hilversumer Programmern dazu befragte Aachener Staatsanwalt Bernklaus und ein Aachener Polizeisprecher den illegalen dienstlichen Übergriff ihres Beamten. Bernklaus in fließendem Holländisch: „Mir sind keine Fälle dieser Art bekannt.“ Etwas anders sieht man die Sache im Haager Justizministerium. „Wenn die juristischen Auffassungen hier auseinandergehen, so hat man doch das Recht des anderen zu respektieren“, betont ein Sprecher gegenüber der WELT. „Auch wenn das verfolgte Ziel an sich gut sei, das deutsche Recht hört an der holländischen Grenze auf.“ Die Angelegenheit werde auf Ministerebene in Bonn zur Sprache gebracht. Das holländische Parlament wird sich am Mittwoch mit diesem Vorfall befassen.

Im Streit um den Paragraphen 116 ergreift jetzt auch die GEW Partei

Gewerkschaft legt Materialband für die Behandlung des Themas im Unterricht vor

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Lehrgewerkschaft GEW hat die Planung ihres Vorsitzenden Dieter Wunder schnell umgesetzt, die dieser vor knapp zwei Wochen öffentlich formuliert hatte: „Heute fordern wir, die Auseinandersetzung um Paragraph 116 AFG in den Unterricht zu bringen.“ Und er hatte seinen Kollegen in den Schulen zugezogen: „Dies obliegt Eurer pädagogischen Verantwortung. Daran darf Euch kein Politiker hindern.“ Herausgekommen ist nun, noch druckfrisch, ein 72 Seiten starker Materialband, der den interessierten Lehrern Leitfaden für die Unterrichtsbehandlung des Streikparagraphen sein soll.

Das Inhaltsverzeichnis verspricht eine umfängliche Darstellung des vielschichtigen Themas. Die Stichworte reichen von einer „einführenden Darstellung“ über „didaktische Bemerkungen“ und „Material“ bis zur Zisierung aller wichtigen Stellungnahmen jeglicher Couleur und einer „Unterrichtseinheit“. Dem Wunder hatte angekündigt, daß man „nicht – wie unsere Gegner – dümmlich unterstellen – Schüler indoktrinieren“ wolle. Doch der GEW-Vorsitzende hatte auch keinen Zweifel daran gelassen, daß „wir natürlich Partei sind“. Und dies wird dann beim genaueren Hinsehen deutlich.

„Widerstandsrecht“

Unter der Überschrift: „Worum geht es eigentlich beim Streik?“ werden die „Arbeitsaufträge“ formuliert, die die Schüler zu diesem Thema erarbeiten sollten. Als Grundlage zur Behandlung des Themas wird in bester Klassenkampf-Manier das Theaterstück „Die Mutter“ herangezogen, dessen Handlung unmittelbar vor der Oktoberrevolution in Rußland ange-

siedelt. In dem „Vorwort“ zur „Unterrichtseinheit“ wird die Absicht noch deutlicher: „Die soziale Auseinandersetzung in unserem Land wird immer weniger mit Argumenten und vielmehr mit den Machtmitteln der Besitzenden geführt. Die Aussparung ist ein solches Machtmittel der Besitzenden.“ Aber: „Der Streik ist sowohl politisches als soziales Widerstandsrecht der Arbeitnehmer.“

Da scheint den Autoren in der Frankfurter GEW-Zentrale einiges durcheinander geraten zu sein:

● In einer Schlämpigkeit, die jedem Schüler wohl Notenabstriche einbringen würde, wird das Theaterstück „Die Mutter“ Bertolt Brecht zugeschrieben – allein, Die Verhältnisse, die sind nicht so: Der Klassenkämpfer hatte nur eine Gorki-Vorlage dramatisiert.

● „Gegen jeden, der es unternimmt, diese (demokratische und soziale) Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“, wird das Widerstandsrecht in Artikel 20 des Grundgesetzes definiert. Dies soll also nach GEW-Lesart auch der Kern des Streikrechts sein? Möglicherweise geht es also doch nicht um „dümmliche Gegner“, wenn von Indoktrination die Rede ist.

Solche Fehltritte sind keine Ausnahme in dem Papier. Aber manchmal schrecken die Verfasser aus dem 19. Jahrhundert nicht vor offensichtlichen Falschdarstellungen zurück – alles wahrscheinlich unter der Entschuldigung, als Gewerkschaft „Partei sein“ zu müssen:

„Aussparung – was ist das?“, lautet dort eine Frage, und eine offenkundig falsche Antwort: „Die Arbeitslosenversicherung zahlt den Ausgesparten keine Arbeitslosenun-

terstützung.“ Die „Pläne“ der Bundesregierung bei der Novellierung des Paragraphen 116 sehen vor, daß „Kurzarbeitertage kalt ausgesparten Arbeitnehmern grundsätzlich und überall verweigert werden soll“. Eben dies hatten die Gewerkschafts-Spitzen beim Treffen mit Arbeitsminister Böhm und den Sozialausschüssen vor wenigen Wochen als falsch zurückgezogen. Möglicherweise hat sich dies nicht bis zur GEW herumgesprochen.

Wie reagieren Eltern?

„Recht muß Recht bleiben“, lautet zwar die Aufforderung in einer Zwischenschrift, aber dies gilt offensichtlich nur für andere und hindert nicht daran, selbst nach anderen Maßstäben zu verfahren: „Die Arbeitskämpfe 1984 waren Erfolge.“ Die IG Metall und die IG Druck hätten „Tabus der Arbeitgeber durchbrochen. Es soll verhindert werden, daß Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften ihre Forderungen und Interessen weiter wirkungsvoll vertreten können.“

Ein Grundtenor durchzieht den Materialband: In dieser Republik stehen der „Übermacht der Unternehmer“ die armen Gewerkschaften gegenüber, die mit ihrem „Streik für die Erhaltung der Freiheit, des Friedens und des sozialen Fortschritts in der ganzen Welt“ eintreten. Wenn in dieser Form der Klassenkampf des 19. Jahrhunderts für den Unterricht aufgearbeitet werden sollte, gäbe es noch Verständigungsmöglichkeiten. Doch gegen eine solche Beschreibung der heutigen Wirklichkeit in den Schulen werden wahrscheinlich viele Eltern von ihrem grundgesetzlich garantierten Elternrecht gegenüber den Schulaufsichtsämtern Gebrauch machen.

„DDR“ verfährt im Reiseverkehr großzügiger

hrk-DW, Berlin

Die „DDR“ will bei West-Reisen in dringenden Familienangelegenheiten „größtenteils verfahren“. Dies habe der ständige Vertreter der „DDR“ in Bonn, Ewald Moldt, bereits am Freitag Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble telefonisch mitgeteilt, berichtete gestern Regierungssprecher Friedhelm Ost. Schäuble hatte Moldt, in der vergangenen Woche um Aufklärung gebeten, was es mit den Berichten über angeblich beschlossene Reiseerleichterungen auf sich habe. In dem Telefongespräch mit dem Kanzleramt hatte Moldt auch die Stellungnahme des „DDR“-Außenministeriums, das Berichte über eine mögliche Herabsetzung des Reisealters als „Ente“ bezeichnet hatte, bestätigt.

Bereits vor einiger Zeit hatte die „DDR“-Führung den Ostberliner Konsistorialpräsidenten Manfred Stolpe von bevorstehenden Reiseerleichterungen für „DDR“-Antragsteller in dringenden Familienangelegenheiten informiert. Das verlaute jetzt zuverlässig aus Kreisen der Evangelischen Kirche in West-Berlin.

Stolpe nimmt zugleich die Aufgabe eines der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Kirchenbundes war. Der Kirchenbund und dabei insbesondere Stolpe hatten sich in den vergangenen Jahren immer wieder intensiv bemüht, der SED-Führung die Bedeutung gelockter Bestimmungen bei West-Reisen für das innenpolitische Klima in der „DDR“ vor Augen zu führen.

Die Bundesynode in Dresden nahm Ende September 1985 sogar einen ausführlichen Passus über die Forderung nach Reiseerleichterungen in ihren Abschlußbericht auf.

Papst: Zurückhaltung in weltlichen Dingen

F. M. Bombay

Zur „integralen menschlichen Entwicklung“ Indiens im Zeichen der Wahrheit und der Liebe hat Johannes Paul II. gestern zum Abschluß seines zehntägigen Indien-Besuchs die Jugend des Landes aufgerufen. Kurz vor seinem Rückflug nach Rom am Abend appellierte er an die im Shivaji Park von Bombay versammelten Jugendlichen, ihren „Dynamismus“ zur Lösung der Probleme einzusetzen, denen sich ihr Land gegenüberstellt.

„In Eurem Leben“, rief er den jungen Menschen zu, „ist kein Platz für Apathie und Gleichgültigkeit. Der Dynamismus Eurer Jugend muß so geleitet werden, daß ihr die der heutigen Gesellschaft gestellten Fragen löst.“ Die Jugend müsse durch die Verrichtung ihrer täglichen Arbeit zum Aufbau einer besseren Welt beitragen. Sie müsse gegen Untätigkeit ankämpfen und sich den Schwierigkeiten des Lebens stellen.

Am Morgen hatte der Papst während einer Messe in Poonä die Priester des Landes zu Zurückhaltung in weltlichen Fragen aufgerufen. Priester könnten manchmal versucht sein, sich in weltliche Angelegenheiten einzumischen und sich unwichtig zu fühlen, weil ihre Berufung rein geistlicher Art sei. Deshalb, so das Oberhaupt der katholischen Kirche, sei es für Priester „dringend notwendig“, überzeugt von ihrer Berufung zu sein.

Weizsäcker sichert Bangladesch Hilfe zu

dpa, Dhaka

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat auf der zweiten Station seiner Asienreise in Bangladesch versichert, das Land könne auch weiterhin mit der Solidarität der Deutschen rechnen. Bei einem Bankett in Dhaka sprach von Weizsäcker: „Wir wollen nicht mit Theorien und fertigen Antworten kommen. Wir wollen dort helfen, wo es schrittweise zur Selbsthilfe der Armen und Bedürftigen beiträgt und wo es sie unterstützt, sich von Abhängigkeit zu befreien.“

Die Bundesrepublik hat bisher mehr als 2,5 Milliarden Mark für finanzielle und technische Zusammenarbeit, Nahrungsmittelieferungen und andere Hilfeleistungen an Bangladesch aufgewandt und steht damit an vierter Stelle unter den Geberländern.

Welche Häftlinge hat Gorbatschow gemeint?

KNA, Frankfurt

Bei der internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGMR) sind zur Zeit 895 Personen registriert, die sich in der UdSSR aus politischen oder religiösen Gründen in Haft befinden. 183 dieser Häftlinge sind nach Mitteilung der Organisation in psychiatrischen Anstalten zwangsinterniert. Wie die IGMR gestern erklärte, habe sich der sowjetische Parteichef Gorbatschow offensichtlich auf diesen speziellen Personenkreis beschränkt, als er in einem Interview mit der französischen Zeitung „L'Humanité“ von insgesamt 200 Menschen gesprochen habe, die wegen „Verbrechen gegen den Staat“ verurteilt worden seien.

Die Kampagne gegen Margaret Thatcher läuft

REINER GATERMANN, London

Trotz aller Appelle an die Einheit der Partei und der Beteuerungen, geschlossen hinter Margaret Thatcher den nächsten Wahlkampf bestreiten zu wollen, wird die Kluft in der konservativen Partei immer offensichtlicher – und damit auch die Frage, ob Frau Thatcher noch einmal die Kraft aufbringt, die Reihen zu schließen und zum dritten Mal für die Tories eine Wahl zu gewinnen.

Die am vergangenen Wochenende geäußerte Kritik hochrangiger Tories richtete sich nicht so sehr gegen das unglückliche Agieren der Regierung in der Westland- und British-Leyland-Affäre, sondern fast ausschließlich gegen die sozialen Negativaspekte der Regierungspolitik und den „Rambo-Stil“ der Parteiführung in ihren Attacken gegen die Opposition.

Daß sich nun auch ein so besonnen und treuer Thatcher-Anhänger wie der Geschäftsführer des Unterhauses, John Biffen, kritisch zur Parteiführung äußert, unterstreicht den Ernst der Lage. Biffen, Mitglied des Kabinetts, warnte vor der Auffassung, daß ein verschärfter politischer Konflikt den Konservativen Sympathien einbringen würde. „Die Sprache des Konflikts kann sich leicht in eine selbstzerstörerische Aggression verwandeln“, schrieb der altgediente Politiker in einem „offenen Brief“ an seinen Wahlkreisvorstand. „Der Toryismus ist keine rauhebeinige politische Fraktion“, sein neuer Radikalismus habe das Bild verändert, nun dürfe man nicht abtrünnig werden, meint Biffen. Er sieht in der Aggressionstaktik des Parteivorsitzenden Norman Tebbit die Gefahr, daß sich immer mehr bisherige Tory-Wähler der im Ton sehr gemäßigten sozialdemokratisch-liberalen Allianz zuwenden.

Nachfolger in Startlöchern

Selten zuvor konnten die Jung-Konservativen auf ihrem Jahreskongreß so viel hochkarätige Tory-Prominenz begrüßen wie am vergangenen Wochenende in Blackpool. Mit Innenminister Douglas Hurd fehlte eigentlich nur einer der Aspiranten, die für eine Thatcher-Nachfolge im

Heseltines Zweifel

Noch deutlicher wurde der frühere Verteidigungsminister Michael Heseltine. Nicht von allen Kongreßteilnehmern freundlich empfangen – es bedurfte eines Eingriffs von Norman Tebbit, um die Buh- und „Verräter“-Rufe einer studentischen Rechtsaußengruppe zum Schweigen zu bringen –, erklärte er: „Auf den wichtigsten Weltmärkten kämpfen nicht Privatunternehmen alleine, sondern sie in Partnerschaft mit Regierungen. Wir alle wissen das. Um Gottes willen, nutzen wir das und machen einen Erfolg daraus.“ Der Ex-Minister ging weder auf die jüngsten Affären ein, noch erwähnte er die Premierministerin oder den Parteivorsitzenden, aber die Adresse war klar, als er den Begriff des „sich kümmernden Kapitalismus“ wieder aufgriff. In seiner programmatischen Rede forderte Heseltine eine Debatte darüber, „wie wir die Stärke unserer verarbeitenden Industrie wiederherstellen können. Was wir jetzt diskutieren, ist, wie jede einzelne Gruppe der Gesellschaft ihren Konsum vergrößern kann.“ Er hegt Zweifel an der Fähigkeit der „Regierungsmaschinerie“, jetzt in der Lage zu sein, eine neue industrielle Basis aufzubauen. „Wir brauchen eine größere Dynamik“, stellte Heseltine fest.

Iran baut Kontakte zu den Sowjets aus

AP, Teheran

Die Beziehungen zwischen Iran und der Sowjetunion haben sich nach den Worten des iranischen Parlamentspräsidenten Haschemi Rafsandschani verbessert. Für eine Annäherung an die USA sehe Iran aber keine Chancen, sagte Rafsandschani in einem von der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zitierten Interview. In der vergangenen Woche hatte der stellvertretende sowjetische Außenminister Georgi Kornijenko Teheran besucht. Die Sowjetunion, so Rafsandschani, habe zwar in der Vergangenheit mit Iran zusammenge- arbeitet und dadurch Iran Schaden zugefügt, doch die Beziehungen zwischen Moskau und Teheran hätten sich wieder voll entwickelt.

Südjemen bestätigt den Tod von Ismail

rr, Aden

Im Südjemen ist gestern der Tod des ehemaligen Präsidenten Abdul-Fattah Ismail bestätigt worden. Wie Radio Aden berichtet, starb Ismail bereits am 13. Januar. Er sei von seinem Feind, dem entmachteten Präsidenten Ali Nasser Mohammed, in einem Panzer angegriffen worden und seinen Brandverletzungen erlegen.

Bislang war das Schicksal Ismails, der als Anführer der Rebellion gegen Nasser Mohammed galt, ungewiß gewesen. Sein Tod war nun von Palästina-Gruppen gemeldet worden. Aus diplomatischen Kreisen verlautete, daß die neue Führung die Todesmeldung vermutlich aus Furcht vor einem neuen Gewaltausbruch zurückgehalten habe.

Die schönste Form von Eigentum ist das eigene Heim.

Wohneigentum zählt sicher zu den schönsten Formen der Geldanlage, weil man diese Art der Investition im wahrsten Sinne des Wortes erlebt. Da sieht man, was man hat und später einmal haben wird: als sinnvolle Ergänzung der Altersversorgung zum Beispiel. Wichtig ist beim Finanzieren der erfahrene Partner. Und richtig der Grundsatz, erst mal mit der Sparkasse zu sprechen.

Sie können auf den Service Ihrer Spar-

kasse bauen. Auf die Empfehlung Ihres Geldberaters, der alle Varianten kennt und bei Bedarf kombiniert finanziert: Sparkasse und LBS. Beides zusammen führt zu einer zeit- und nicht selten auch kostensparenden Finanzierung aus einer Hand.

Damit Ihre Rechnung wirklich aufgeht:

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über die Baufinanzierung.

Wenn's um Geld geht – Sparkasse



24.11.1985

Steuer-Oasen

RR - Der Bundesrechnungshof läßt den Verdacht nicht nur zwischen den Zeilen ankommen. Er nennt das Problem lieber gleich beim Namen: In einzelnen Bundesländern wird die Betriebsprüfung als "Steuer-Oase" bezeichnet. Das macht den Standort attraktiv und führt zu mehr Unternehmensansiedlungen.

Die möglichen Einbußen an Steuereinnahmen aber trägt nicht das Land allein. Der Länderfinanzausgleich ebnet letzlich deren Auswirkungen bis zu einem gewissen Grad wieder ein, ganz zu schweigen von den unmittelbaren Auswirkungen der erhöhten Ansiedlungen. So "mögen in dem einen oder anderen Land Zweifel aufkommen sein", resümiert der Rechnungshof, "ob eine Verstärkung des Betriebsprüfungsdienstes tatsächlich zu einer fühlbaren Steigerung der eigenen Haushaltseinnahmen führen würde".

Damit droht die Gefahr, daß der Finanzausgleich pervertiert wird. Was gleichsam als friedensstiftende Maßnahme innerhalb des Bundesgebietes gedacht ist, könnte sich ins Gegenteil verkehren: Der Ärger auch über Parteifreunde wächst. Der Hamburger Finanzsenator Gobrecht (SPD) beispielsweise kritisiert die Praktiken im SPD-regierten Hessen. Die ÖTV hat von einem Erlaß in Bayern erfahren, der den

Prüfungsdienst anweist, zehn Prozent der Großbetriebe nicht mehr zu prüfen. Wenn das Schule macht, prüfen bald nur noch die Dummten. Und Unternehmer suchen die Steuer-Oasen bald nicht mehr auf exotischen Plätzen wie den Antillen, sondern unmittelbar vor ihrer Haustür in der Bundesrepublik.

Dünnes Eis

Wb. - So ganz unbeschwert konnte die Führungsmannschaft der Arbed Saarstahl GmbH nicht in die toten Tage begeben, die auch an der Saar feuchtfröhlich gefeiert werden. Noch schreibt das Unternehmen rote Zahlen, noch sind Restrukturierung und Personalabbau nicht abgeschlossen, und noch liegt das Unternehmen den öffentlichen Händen auf den Taschen. Doch nach so vielen Jahren einer scheinbar endlosen Talfahrt geben die jüngsten Nachrichten aus Völklingen Grund zum Aufatmen. Hoffung gibt es immerhin: Vielleicht wird schon in diesem Jahr die Gewinnsschwelle erreicht. Nachhaltige Entlastung jedenfalls kommt vom Personalabbau und von der gemeinsamen Rohstoffsicherung der Saarhütten, die im Dezember in Betrieb gegangen ist. Noch ist das Eis aber dünn, auf dem sich das Unternehmen bewegt. Eine Kapitaldecke hat es nicht, bei Bund und Land steht es mit mehr als drei Milliarden Mark in der Kreide, und von der jetzigen 13 250-Mann-Beschäftigung zur Zielgröße unterhalb 10 000 ist es noch ein weiter Weg.

Skepsis am Bau

Von DOMINIK SCHMIDT

Die Vorzeichen haben sich kaum verändert. Wie vor vier Jahren, als die letzte "Constructa" die internationale Bau-Fachwelt nach Hannover zog, erkennt die Branche auch jetzt keine Zeichen der Besserung. Ein Ende des seit 1980 anhaltenden Tiefes ist nicht abzusehen. Von der günstigen Entwicklung der Gesamtwirtschaft bleibt die Bauwirtschaft unberührt. So gesehen ist die Stimmung im Vorfeld der Constructa '86, die morgen auf dem hannoverschen Messegelände eröffnet wird, alles andere als euphorisch.

Bei der Suche nach den Gründen für den Niedergang der Bauwirtschaft, der über Jahrzehnte hinweg eine Art Lokomotive-Funktion beim konjunkturellen Aufschwung der deutschen Wirtschaft zukam, werden die Experten schnell fündig: Der brachliegende Wohnungsbau ist das Sorgenkind Nummer eins. Auf ihn entfallen rund 45 Prozent des gesamten Bauvolumens. Um so gravierender sind die Folgen für die Branche, die sich aus dem drastischen Rückgang des Auftragsbestandes ergeben. Allein in den Jahren 1984 und 1985 verzeichneten die Unternehmen eine Reduzierung des Auftragsvolumens um jeweils über 20 Prozent. Die so oft zitierte Marktsättigung "will der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in diesem Zusammenhang nur bedingt lassen. Nach wie vor bestünden Versorgungsdefizite in einzelnen Regionen und für bestimmte soziale Gruppen.

Günstiger gestaltet sich die Entwicklung im Wirtschaftsbau, der etwa 30 Prozent der Bautätigkeit repräsentiert. Die Aufträge fließen wieder etwas stärker, seit das Investitionsklima angespannt hat. Für das laufende Jahr darf mit einem weiteren Anstieg der Investitionen in diesem Bereich gerechnet werden.

Der öffentliche Hoch- und Tiefbau schließlich, der von den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hände besonders stark betroffen war, hat die Talsohle wohl erreicht, aber längst noch nicht durch den Bruch. Mit einem Anteil von rund 25 Prozent des gesamten Bauvolumens ist die Bedeutung dieser Sparte unbestritten. Die Abhängigkeit vom Ausgabeverhalten des Bundes, der Länder und Gemeinden begrenzt aber die Flexibilität der Bauindustrie in erheblichem Maße.

Die leidvollen Erfahrungen der letzten Jahre läßt die Bauwirtschaft im Gegensatz zu Prognosen der Bundesregierung und Konjunkturforschungsinstituten zurückhaltend sein. Insgesamt erwartet die Branche auch für 1986 kein Wachstum, wenn gleich die Talfahrt beendet sein dürfte. Angesichts des erreichten niedrigen Niveaus und der Fortschritte der Wirtschaft insgesamt vermag diese Aussicht aber nicht zu trösten.

Die Konsequenzen sind vorgezeichnet. Die Baufirmen werden nicht umhin können, die Kapazitäten weiter einzuschränken und die Beschäftigtenzahl zu reduzieren. Im Jahresdurchschnitt 1985 waren im Bauhauptgewerbe noch annähernd eine Million Menschen tätig. Die jüngsten Schätzungen des Verbandes gehen bis 1987 von einem Abbau der Mitarbeiter um rund zehn Prozent aus.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Rechnung zur Arbeitslosenstatistik in der Bundesrepublik. Ausgehend davon, daß 1985 etwa 300 000 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, wäre das Bild sehr viel freundlicher, wenn nicht gleichzeitig der Beschäftigungsrückgang am Bau (100 000) und in nachgelagerten Bereichen der Bauwirtschaft (100 000) wirksam geworden wäre.

Auf der Constructa werden derzeit Zahlenspiele sicher nur am Rande eine Rolle spielen. Die 1711 Aussteller aus 25 Ländern haben trotz oder besser gerade wegen der Flaute der Bauwirtschaft den Abschuß in Geschäfts im Visier. Zumindest in einem Bereich sind die Aussichten dafür nicht einmal ungünstig. Alles was mit Sanierung, Renovierung und Modernisierung zu tun hat, stößt in weiten Kreisen der Fachwelt und der Wohnungseigentümer auf permanentes Interesse.

Folgerichtig liegt der Schwerpunkt der im Vier-Jahres-Rhythmus stattfindenden Constructa beim "Allgemeinen Ausbau". Dieser Ausstellungsbereich umfaßt Türen, Fenster, Einbautreppen, Bodenbeläge und Decken- und Wandverkleidungen. Die Sonderschau "Modernisierung und technischer Ausbau" soll dabei den erwarteten 180 000 Besuchern praktischen Anschauungsunterricht bieten.

FRANKREICH / Liberalisierung des Geld- und Kapitalmarktes vorangetrieben

Minister Bérégovoy will Paris zum internationalen Finanzplatz erheben

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Frankreichs sozialistischer Finanzminister Pierre Bérégovoy hat die Liberalisierung des dirigistischen Finanzsystems energisch in Angriff genommen. Mit dem Ziel, Paris zu einem bedeutenden internationalen Finanzplatz auszubauen, ergriff er zahlreiche Maßnahmen zur Reform des Kapital- und Geldmarktes, welche weit über das hinausgehen, was seine Amtsvorgänger zuwege gebracht haben. Gleichzeitig stellte er die Geld- und Kreditpolitik auf eine marktwirtschaftliche Grundlage.

Seine erste Tat war die Einrichtung von Zweitmärkten an den französischen Börsen. Sie erlaubt kleineren Unternehmen zu erleichterten Bedingungen den Zugang zum Kapitalmarkt. Dadurch gelang es Bérégovoy, den Titelmarkt der sozialistischen Verstaatlichungen teilweise zu kompensieren. Die Staatsunternehmen selbst dürfen sich durch die Emission von börsengängigen Partizipationsscheinen und Investitionszertifikaten Eigenkapital beschaffen sowie Zerobonds begeben.

Dem folgten eine Reihe von allgemeinen Emissionserleichterungen. So wurde auf Barerhöhungen des Aktienkapitals die einprozentige Staatsabgabe abgeschafft und am Rentenmarkt wurde die Schwelle für bewilligungspflichtige Anleihen von 200 auf 500 Mill. Franc und zu Beginn dieses Jahres weiter auf eine Mrd. Franc angehoben. Parallel dazu erhielten die Emittenten größere Freiheiten in der Wahl ihres Konsortiums, an welchem sich auch ausländische Banken beteiligen. Die Zahl ihrer französischen Niederlassungen hat sich stark erhöht.

Außerdem leitete Bérégovoy eine

umfassende Modernisierung des Pariser Börsenbetriebs ein: Anfang März wird es hier neben den üblichen zweistündigen Sitzungen um die Mittagszeit für die 50 Hauptwerte eine zusätzliche Vormittagssitzung von 9.30 bis 11.00 Uhr geben, die ab Juli für einen Teil dieser Werte bis 17.00 Uhr durchgezogen wird - bei einer weitgehenden Computerisierung der Notierungen. Damit ist der Weg zur kontinuierlichen Notierung unter Berücksichtigung der Kurse von Wall Street und Tokio frei.

Als wichtigste Reform ist aber die Schaffung eines neuen Marktes für sogenannte Depositenzertifikate anzusehen, die die Brücke zwischen dem Kapital- und dem Geldmarkt herstellt. Durch diese Zertifikate können sich nicht nur Banken und Finanzinstitute, sondern neuerdings auch Großunternehmen (ähnlich den amerikanischen Commercial Papers) für eine Laufzeit von zehn Tagen bis fünf Monaten Gelder zu Zinssätzen beschaffen (und begeben), die nur unwesentlich über den Geldmarktsätzen, aber erheblich unter den Zinsen für kurzfristige Bankkredite liegen. Der Mindestbetrag von nur zehn

Mill. soll bald auf fünf Mill. Franc gesenkt werden.

Der neue Markt ist gut angelaufen. Man erwartet, daß über ihn 1986 mehr als 45 Mrd. Franc mobilisiert werden, davon 20 Mrd. Franc zugunsten der Unternehmen. Weitere 20 Mrd. Franc will sich der Staat durch die Emission kurzfristiger handelbarer Zertifikate beschaffen. Wichtig ist, daß diese Titel sowie erstmals auch Obligationen von der Banque de France für ihre Offenermarktpolitik eingesetzt werden dürfen.

Andererseits soll die Notenbank nicht mehr die (subventionierten) Exportkredite der Banken refinanzieren, wodurch im letzten Jahr immerhin 40 Mrd. Franc in den Geldkreislauf gepumpt worden waren. Die Banken werden so auf den Geldmarkt verwiesen. Das bedeutet für sie schon rein administrativ eine Erleichterung, nachdem die Regierung bereits letztes Jahr die beherrschende Kreditkontingentierung gelockert hatte.

Die Krönung seines Reformwerks sieht Bérégovoy in dem neuen "Terminmarkt für Finanzinstrumente" (Matif), der noch in diesem Monat für Obligationen eröffnet werden soll. Geplant ist außerdem ein Futures-Markt für Devisen und die Abschaffung der Wertpapierdevisen (devises titres), die von Devisenländern mit einem mehr oder weniger hohen Aufpreis gegenüber normalen Devisen für den Erwerb ausländischer Wertpapiere benötigt werden.

AUF EIN WORT



In der Europäischen Gemeinschaft liegen in der schrittweisen Liberalisierung des Stahlmarktes erhebliche Risiken. Aus unserer Sicht ist dieser Schritt eine völlige Fehlentscheidung, solange die Subventionen zugunsten unserer Konkurrenz weiterfließen.

Dr. Dieter Spehmann, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG, Duisburg
FOTO: DIE WELT

Neuer Anlauf für Kakaoabkommen

dpa/VWD, Genf

Die Vertreter von Kakao-Verbraucher- und Produktionsländern sind in Genf zu einem erneuten Versuch zusammengetroffen, ein internationales Kakao-Abkommen zu erreichen. Die angestrebte Konvention soll zu einer Stabilisierung des Weltmarktes beitragen. Damit soll den Produzentenländern ein Mindesteinkommen gesichert werden. Angestrebt wird, bei sinkenden Preisen überschüssige Mengen in einem Ausgleichslager zu halten und sie bei steigenden Preisen wieder freizugeben. Dies scheiterte stets daran, daß keine Einigung über Ober- und Untergrenzen erzielt werden konnte.

METALLGESELLSCHAFT

Daimler-Benz gibt seine Beteiligung, wie erwartet, ab

nl. Stuttgart
Daimler-Benz wird sich - wie schon erwartet - von seiner indirekten Minderheitsbeteiligung an der Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, trennen. Wie das Stuttgarter Unternehmen mitteilt, werde im Zusammenhang mit dem Fusionskontrollverfahren im Hinblick auf die Übernahme der AEG durch Daimler-Benz der Vorstand im Aufsichtsrat die Veräußerung jenes MG-Engagements vorgeschlagen. Es darf unterstellt werden, daß die Veräußerung wichtiger Teil der Auflagen ist, von denen das Kartellamt schließlich sein Placet für den Mehrheitserwerb an der AEG abhängig machen dürfte.

Die indirekte Daimler-Benz-Beteiligung an der Metallgesellschaft, die durchgerechnet knapp neun Prozent beträgt, wird über die allgemeine Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen mbH, München, gehalten, die gut 35 Prozent des MG-Kapitals von 280 Mill. DM in ihrem Besitz hat. An dieser Verwaltungsgesellschaft sind neben Daimler-Benz auch Siemens, die Deutsche Bank und die Allianz beteiligt. Mit der Trennung werde eine gesellschaftsrechtliche Verbindung zu Siemens und zur Metallgesellschaft, die ein bedeutender Zulieferer von Daimler-Benz sei, gelöst. Angeboten werde die Beteiligung zunächst den Partnern in dieser Verwaltungsgesellschaft.

Im Hinblick auf Kooperationsaktivitäten wird in japanischen Presseberichten von einer sich anbahnenden Zusammenarbeit von Daimler-Benz und Mitsubishi auf dem japanischen Markt berichtet. Zunächst sei an gemeinsame Marktforschungen gedacht, was Daimler freilich nicht bestritt.

METALLMÄRKTE

„Bedarf hinkt 1986 deutlich hinter dem Angebot her“

DW, Bonn

Eine anhaltende Überproduktion im Metallbereich prognostiziert die Commerzbank für 1986. Da der Konjunkturaufschwung immer mehr vom Konsumbereich getragen werde, sei mit einem stagnierenden Metallbedarf der Industrie zu rechnen, heißt es in einem Bericht über die Lage an den Rohstoffmärkten. Außerdem seien die Bergwerks- und Raffineriekapazitäten in den Schwellenländern ausgebaut worden, ohne daß entsprechende Stillelegungen bei den traditionellen, meist teurer fördernden Produzenten in den Industrieländern erfolgt seien. Gleichzeitig wirke das generell sehr elastische Angebot an den Metallmärkten einer Lageraufstockung bei Handel und Verarbeitung entgegen.

Trotz des prognostizierten Angebotsüberhangs sieht die Bank bei den Metallpreisen in diesem Jahr einen

deutlich geringeren Korrekturbedarf als 1985. Bei Aluminium und Zink sei wegen „vorangegangener Überbietungen“ sogar eine festere Tendenz zu erwarten. Schwach bleibe dagegen weiterhin die Verfassung des Bleimarkts. Auch die Kupfer- und Nickelpreise könnten nach Ansicht der Commerzbank wegen des anhaltenden geringeren Verbrauchs und der Kapazitätssteigerungen weiter sinken.

Bei den Edelmetallen erwartet die Commerzbank steigende Preise für Platin. Wegen der höheren Nachfrage - auch aufgrund der Herstellung von Abgas-Katalysatoren - sei in diesem Jahr mit einem beträchtlichen Produktionsdefizit zu rechnen, das auf 6,9 Tonnen (weltweiter Bedarf 1985: 86,5 Tonnen) veranschlagt wird. Versorgungskrisen seien aufgrund der hohen Platinbestände außerhalb Südafrikas aber unwahrscheinlich.

Bei den Edelmetallen erwartet die Commerzbank steigende Preise für Platin. Wegen der höheren Nachfrage - auch aufgrund der Herstellung von Abgas-Katalysatoren - sei in diesem Jahr mit einem beträchtlichen Produktionsdefizit zu rechnen, das auf 6,9 Tonnen (weltweiter Bedarf 1985: 86,5 Tonnen) veranschlagt wird. Versorgungskrisen seien aufgrund der hohen Platinbestände außerhalb Südafrikas aber unwahrscheinlich.

IFO-INSTITUT

Der Beschäftigungseffekt von Gründungen ist bescheiden

HEINZ STÜWE, Bonn

Unternehmensgründungen in der Industrie machen nur vier Prozent aller Firmengründungen aus, sie haben jedoch eine überdurchschnittlich hohe Beschäftigungswirkung. Bereits im ersten Jahr beschäftigt ein Viertel der jungen Industrieunternehmen zwei bis drei Arbeitnehmer, 22 Prozent haben neben dem Gründer einen einzigen Beschäftigten. Nur 36 Prozent kommen im ersten Jahr ohne Mitarbeiter aus; im Handwerk, im Einzel- und im Großhandel liegt dieser Anteil jedoch bei zwei Dritteln.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine Untersuchung, die das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zusammen mit einigen Industrie- und Handelskammern durchgeführt hat. Ausgewertet wurden die Angaben von rund 2000 Gründern aus der gewerblichen Wirtschaft sowie drei freien Berufen, die sich in den Jahren 1981 und 1983 selbstständig gemacht hatten. Im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche ergab sich dabei, daß im ersten Jahr pro Neugründung ein Arbeitnehmer beschäftigt wird. In den folgenden Jahren können die erfolgreichen Firmen zum Teil aber kräftig expandieren. So erhöhten die Handwerksbetriebe ihren Personalstand zwischen dem ersten und dem vierten Jahr ihres Bestehens um das 2,7fache auf im Durchschnitt fast drei Arbeitsplätze. Im Einzelhandel dagegen war der personelle Zuwachs weit aus geringer.

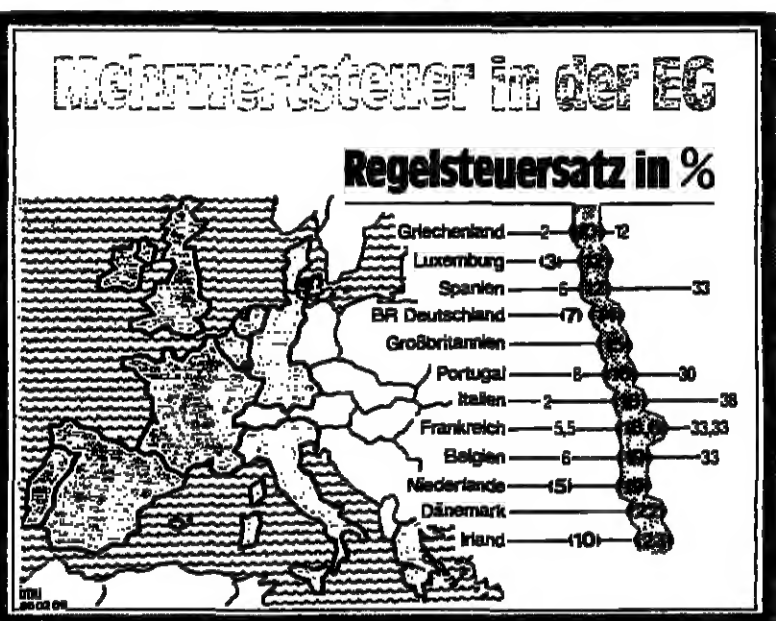
In der Gesamtschau stuft das Ifo-Institut die Entlastung, die Neugründungen für den Arbeitsmarkt bedeuten, als „bescheiden“ ein. Ohnehin stellten die Zahlenangaben eher Maximalwerte dar. Sie ließen sich zu dem nicht auf alle Gründungen übertragen, da nur Projekte erfaßt wurden, die sich erfolgreich am Markt behaupten konnten. Eine vollständige Analyse des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekts müsse, so betont Ifo, auch berücksichtigen, in welchem Umfang etablierte Firmen im Wettbewerb mit jungen Unternehmen Marktanteile einbüßen und deshalb Arbeitsplatzverluste hinnehmen müssen.

Einen spürbaren Beschäftigungseffekt versprechen nach Ansicht von Ifo nur Vollerwerbsbetriebe. Vor allem im Dienstleistungsbereich gewinnen aber die Nebenerwerbsgründungen an Bedeutung. So wurden beispielsweise im Einzelhandel von den erstellten Gründungen aus dem Jahr 1983 nur 57 Prozent hauptberuflich betrieben. Zwei Jahre zuvor waren es noch über 70 Prozent.

In fast jedem zweiten neuen Unternehmen wird der Gründer von Familienmitgliedern tatkräftig unterstützt. Dieser Anteil ist in allen Wirtschaftszweigen etwa gleich hoch.

Von neun auf 18 Prozent verdoppelt hat sich zwischen 1981 und 1983 die Zahl der Gründer, die vorher arbeitslos waren. Im Handwerk hatte jeder vierte junge Selbstständige zuvor keine Beschäftigung.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In den meisten Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist die Mehrwertsteuer höher als in der Bundesrepublik Deutschland. In Italien verdient der Staat an einzelnen Gütern und Dienstleistungen bis zu 38 Prozent. Der Regelsteuersatz liegt bei 18 Prozent. Die angestrebte Harmonisierung der Mehrwertsteuer in der Gemeinschaft ist Gegenstand der Beratung einer Expertengruppe der europäischen Finanzminister, die im März einen Bericht vorlegen soll.

Lebensversicherer steigern Neugeschäft

Bonn (dpa/VWD) - Die deutschen Lebensversicherer haben 1985 ihr Neugeschäft um 3,6 Prozent auf 150,25 Mrd. DM gesteigert. Die Zahl der Neuverträge ging allerdings um 2,8 Prozent auf 5,23 Mill. zurück.

Nach Angaben des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen erhöhten sich die Beitragseinnahmen um 5,4 Prozent auf 35,8 Mrd. DM, während der Bestand mit 67,5 Mill. Verträgen eine versicherte Summe von 1,1 Billionen DM erreichte.

Kupfer für „DDR“

Kiruna (AFP) - Die schwedischen Kupferbergwerke Viscaria in Kiruna (Lappland) haben mit der „DDR“-Gesellschaft Intras über fünf Jahre laufende Abkommen zur jährlichen Lieferung von 20 000 Tonnen Kupfer abgeschlossen. Dies wurde aus Wirtschaftskreisen in Stockholm bekannt. Die Gesamtlieferungen werden einen Wert von einer Mrd. Schwedenkronen (rund 330 Mill. DM) erreichen. Die Viscaria-Kupferbergwerke gehören zur staatlichen Gruppe der lappländischen Eisenbergwerke LKAB. Die Lieferungen an die „DDR“ werden 15 Prozent der Kupfergesamtförderung in Lappland betragen.

Bei den Edelmetallen erwartet die Commerzbank steigende Preise für Platin. Wegen der höheren Nachfrage - auch aufgrund der Herstellung von Abgas-Katalysatoren - sei in diesem Jahr mit einem beträchtlichen Produktionsdefizit zu rechnen, das auf 6,9 Tonnen (weltweiter Bedarf 1985: 86,5 Tonnen) veranschlagt wird. Versorgungskrisen seien aufgrund der hohen Platinbestände außerhalb Südafrikas aber unwahrscheinlich.

Noch höheres Defizit

Rom (dpa/VWD) - Das Defizit im italienischen Außenhandel ist 1985 von 19,1 Billionen Lire (29 Mrd. DM) auf 23 Billionen Lire (35 Mrd. DM) gestiegen. Die Ausfuhr stieg um 16 Prozent auf 149,7 Billionen Lire und die Einfuhr um 18,6 Prozent auf 172,7 Billionen Lire. Das geht aus der amtlichen Statistik hervor. Bei weiter sinkenden Rohölpreisen wird nach Schätzungen des Spitzenverbandes der italienischen Industrie für 1986 mit einer Halbierung des Fehlbetrags gerechnet.

Cola verboten

Khartum (AP) - Die sudanesischen Regierung hat beschlossen, den amerikanischen Getränkehersteller Coca-Cola den Vertrieb des gleichnamigen Erfrischungsgetränkes in Sudan zu untersagen. In einer Erklärung des Kabinetts hieß es, das Verbot sei erlassen worden, um „Sudans Verpflichtung auf die Politik der Arabischen Liga“ Geltung zu verschaffen. Die Entscheidung erfolgte in Übereinstimmung mit einem 35 Jahre alten Beschluß der Arabischen Liga, Unternehmen, die mit Israel Geschäftsbeziehungen unterhalten, zu boykottieren.

Kiechle skeptisch

Bonn (dpa/VWD) - Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) erwartet von den Brüsseler Preisverhandlungen nur wenig Fortschritte für die Agrarpolitik. Zuerst

VERLAGE

Zeit nicht zu Gruner + Jahr

dpa/VWD, Berlin

Die Fusion Bertelsmann/Zeit bleibt unter dem Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat entgegen der Entscheidung von vor gut drei Jahren die Untersuchung des Bundeskartellamts in Berlin gegen die Beteiligung der zum Bertelsmann-Konzern gehörenden Gruner + Jahr AG + Co (Hamburg) an der Zeitverlag G. Bucher KG bestätigt. Die Beschwerde der Unternehmen gegen die Untersagungsverfügung wurde zurückgewiesen. Die Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe wurde zugelassen. Die betroffenen Verlage lehnten am Montag eine Stellungnahme zu der Entscheidung des Kartellsenats ab. Ein Sprecher von Gruner + Jahr und dem Zeitverlag erklärten, man wolle erst die schriftliche Begründung der Untersagung abwarten und dann Gespräche führen.

NEUE TECHNIKEN / WELT-Gespräch mit dem Handwerks-Generalsekretär Klaus-Joachim Kübler

„Permanente Innovation ist eine Existenzfrage“

HANS-JÜRGEN MAHNEKE, Bonn

Die neuen Technologien stellen für das Handwerk zwar eine Herausforderung dar. Trotzdem sage der zweitgrößte Wirtschaftsbereich uneingeschränkt „ja“ zu diesen Entwicklungen. Dies erklärte der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZdH), Klaus-Joachim Kübler, in einem Gespräch mit der WELT.

Für die nahezu 500 000 Handwerksbetriebe seien permanente Innovationen eine Existenzfrage, um die Dynamik zu erhalten. „Die neuen Technologien sind keine Monopol von Großunternehmen“, so Kübler. Mehr als 38 Prozent des Auftragsvolumens, das vom Handwerk als Zulieferer für die Industrie abgewickelt wird, bestehe schon heute aus Eigenentwicklungen. Als Paradebeispiel aus dem Bereich der Elektronik wird immer wieder auf einen Handwerksbetrieb aus München verwiesen, der für das

SpaceLab-Projekt einen Teil der Steuerung selbständig entwickelt hat. Ein Teil des hydraulischen Bremssystems des Airbus sei von einem norddeutschen Handwerksbetrieb nicht nur entwickelt worden, sondern werde auch selbst eingebaut.

Als Anwender der neuen Technologien steht nach Angaben Küblers auch im Handwerk die elektronische Datenverarbeitung oben an. Knapp die Hälfte aller Betriebe bedienen sich bereits heute einer elektronischen Hilfe. Vor allem in den Bereichen Kfz-Technik, Bau- und Ausbaugewerbe, Feinmechanik und Werkzeugmacher hätten Computer bereits seit langem Eingang auch in die Produktion gefunden.

Allerdings verkennt Kübler auch die Gefahren nicht. Angesichts der raschen technologischen Entwicklung würden auch Kenntnisse und Fähigkeiten im Handwerk rasch veralten können. Um den Anschluß an

die technische Entwicklung nicht zu verlieren, müßten Ausbildung, vor allem jedoch Weiterbildung und der Technologietransfer intensiviert werden. Durch die neuen Techniken werden auch die Kapitalintensität und die Kapitalbindung im Handwerk stetig zu. Überdies dürfte die moderne Produktionsapparatur in immer kürzeren Intervallen technisch veralten.

Für Kübler folgt daraus, daß die Handwerksbetriebe mehr und mehr als früher investieren müßten. Es bestehe jedoch die Gefahr, daß sie aus Mangel an Eigenkapital oder aufgrund der Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdmitteln die notwendigen Modernisierungen nicht durchführen könnten. Dies könnte die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks beeinträchtigen. Daher sei es notwendig, die Fähigkeit der Unternehmen zu stärken, Eigenkapital zu bilden.

In diesem Zusammenhang wieder-

holte Kübler die Forderung seiner Organisation nach einer Mittelstandskomponente in der Steuerpolitik. Das Handwerk halte die Einführung einer mittelstandsbezogenen steuerrechtlichen Investitionsrücklage für den besten Weg, um die größtenbedingten Nachteile auszugleichen. Die Eigenkapitalquote liege im Handwerk nur bei rund zehn Prozent.

Die neuen Techniken führten aber auch dazu, daß der Produktionsapparat der Industrie zunehmend flexibler werde. Umrüstungen und Umstellungen würden leichter möglich. Klein- und Kleinstserien würden für die Industriebetriebe realisierbar. Hier habe bisher eine Domäne der kleineren Produktionsbetriebe, gerade auch des Handwerks gelegen. Damit sei in diesem Bereich zu keinem Einbruch kommt, hat der Verband Ende vergangenen Jahres einen Technologiebeirat gegründet, der die Firmen be-

e det

blich an-
er sagt
hrliches
Prozent
Unter-
angela-
Prozent
absolut
m Jahre

is auf acht
den, ha-
msmini-
spruch z-
räuch-
position
volumen
ollar zu
Import
ollar ge-
note von
beachte-
kanische
wirtschaft
neimittel-
strage des
nehmen
2 oder
samst be-
schen Un-
ka einer
Prozent
frei Pro

dieht er i-
d“ die
t auf die
Entwick-
100 Men-
eten ein-
diverser
keit liegt
Justizma-

edruckten-
eitenbach-
der fehlen-
heitswe-
medizin-
itten Küb-
he Präpa-
rgienische
rung der
kontrolle
u hier will
ith Fund“
ansetzen

edruckten-
eitenbach-
der fehlen-
heitswe-
medizin-
itten Küb-
he Präpa-
rgienische
rung der
kontrolle
u hier will
ith Fund“
ansetzen

edruckten-
eitenbach-
der fehlen-
heitswe-
medizin-
itten Küb-
he Präpa-
rgienische
rung der
kontrolle
u hier will
ith Fund“
ansetzen

edruckten-
eitenbach-
der fehlen-
heitswe-
medizin-
itten Küb-
he Präpa-
rgienische
rung der
kontrolle
u hier will
ith Fund“
ansetzen

edruckten-
eitenbach-
der fehlen-
heitswe-
medizin-
itten Küb-
he Präpa-
rgienische
rung der
kontrolle
u hier will
ith Fund“
ansetzen

edruckten-
eitenbach-
der fehlen-
heitswe-
medizin-
itten Küb-
he Präpa-
rgienische
rung der
kontrolle
u hier will
ith Fund“
ansetzen

edruckten-
eitenbach-
der fehlen-
heitswe-
medizin-
itten Küb-
he Präpa-
rgienische
rung der
kontrolle
u hier will
ith Fund“
ansetzen

ARBED SAARSTAHL

1986 „Chance auf Gewinn“

Wb. Völklingen
Mit sehr vorsichtigem Optimismus blickt die Geschäftsführung der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, auf den Verlauf des neuen Jahres. Zwar sollen Produktion und Versand kaum die Vorjahreswerte überschreiten. Doch: „Unter bestimmten günstigen Umständen, je nach Entwicklung des Marktes und des Dollarkurses, besteht sogar eine Chance, daß das Unternehmen noch in diesem Jahr die Gewinnzone erreicht“, heißt es in der jüngsten Ausgabe der Werkszeitschrift „Hüttenmann“.

Auch 1986 werde freilich noch ein Bedarf an öffentlichen Beihilfen bestehen. Sie werden vor allem für eine Reihe größerer Investitionsvorhaben – Gesamtvolumen: 126 Mill. DM, deutlich weniger als die geplanten Abschreibungen – benötigt, die Bestandteil der weiteren Umstrukturierung und Sanierung sind. Doch auch unter diesem Aspekt hat sich das neue Jahr erfreulich angestrichelt: Von den für Januar vorsorglich angemeldeten 35 Mill. DM an Finanzhilfen wurden nur 22,3 Mill. DM in Anspruch genommen. Damit hat sich die leichte Entspannung des Vorjahres offenbar fortgesetzt – auch 1985 wurden die öffentlichen Hände bereits mit rund 50 Mill. DM weniger in Anspruch genommen als zunächst geplant. Die übrigen Indikatoren der notleidenden Saarhütte zeigen ebenfalls bergauf.

So wurde die Produktion von Rohstahl 1985 insgesamt um knapp neun Prozent auf 2,68 (2,46) Mill. Tonnen gesteigert. Die Walzstahlproduktion nahm um 8,5 Prozent auf 3,31 (2,13) Mill. Tonnen zu. Deutlich stärker wuchs der Walzstahlversand um 13,5 Prozent auf 2,36 (2,08) Mill. Tonnen, anscheinend verbunden mit einem leichten Lagerabbau.

Bei einer Umsatzsteigerung um fast 14 Prozent auf 2,55 (2,24) Mrd. DM hat sich das Ergebnis 1985 gegenüber dem Vorjahr zwar „wesentlich“ verbessert, blieb aber noch im negativen Bereich. Etwas flotter als geplant kam 1985 der Belegschaftsabbau voran: Mit 13 254 (14 427) Mitarbeitern wurde die Sollstärke zum Jahresende um 250 Beschäftigte unterschritten.

SACILOR / Durch eine Mehrheitsbeteiligung an der Dillinger Hütte auf dem deutschen Markt vertreten

Noch arbeitet der Stahlkonzern mit Verlusten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Der französische Stahlkonzern Sacilor (Société des Aciéries et des Laminaires Lorrains), der in der Bundesrepublik durch seine Mehrheitsbeteiligung an der Dillinger Hütte vertreten ist, hat die mit seiner Verstaatlichung Ende 1981 eingeleitete Restrukturierung inzwischen abgeschlossen. Ende letzten Jahres übernahm er die zusammen mit der ebenfalls verstaatlichten Usinor 1984 gegründeten Gesellschaften Unimetal und Asco-Metal, in welche die beiden Konzerne ihre Werke für Langprodukte und Bauspezialstahl im Verhältnis 51:49 Prozent eingebracht hatten. Sacilor wurde damit Alleineigentümer von zwei Unternehmensgruppen mit immerhin rund 17 Mrd. Franc Umsatz. Sie wurden jetzt unter eine gemeinsame Leitung gestellt und sollen sich gegenseitig annähern.

Das von der Familie De Wendel, den „französischen Krupps“, Anfang des 18. Jahrhunderts auf der Basis der heute noch betriebenen Lothringers Eisenerzgruben (Minette) begründete Unternehmen stand 1985 mit einem Umsatz von 46 Mrd. Franc

und rund 11 Mill. Tonnen Auslieferung nach eigenen Angaben in der EG an vierter Stelle nach Thyssen, Finsider und British Steel. Dabei ist die Sacilor, die in Lothringen ein großes Walzwerk betreibt, anteilmäßig (64 Prozent) berücksichtigt; nicht jedoch die Dillinger Hütte, an der Sacilor direkt mit 27 Prozent, insgesamt aber mit 65,8 Prozent beteiligt ist.

Gegenüber der inzwischen über rundeten Usinor weist Sacilor allerdings immer noch sehr viel höhere Verluste aus. Für 1985 dürften sie 5,7 Mrd. Franc erreichen, von denen aber 1,2 Mrd. Franc Usinor auf Grund seiner früheren Beteiligung an Unimetal und Asco-Metal übernimmt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Ertragslage verbessert, wenn auch nicht so stark wie es scheint. Denn der Verlust von 8 Mrd. Franc in 1984 enthält bedeutende außerordentliche Rückstellungen für die Finanzierung des Sozialplans.

Nach einem weiteren auf 2,5 Mrd. Franc veranschlagten diesjährigen Verlust will Sacilor-Präsident Claude Dollé den Konzern 1987 ins finanzielle Gleichgewicht bringen. Zu diesem

Zweck wird der Abbau der Belegschaft noch beschleunigt. Nachdem sie 1985 um 3000 auf 66 500 Personen reduziert worden war, ist für dieses Jahr die Aufgabe weiterer 10 000 rentabler Arbeitsplätze vorgesehen. Davon betroffen sind hauptsächlich die verlustreichen Töchter Unimetal und Asco-Metal.

Andere Tochtergesellschaften haben allerdings schon Gewinne erzielt, wie die Dillinger Hütte sowie die Edelmetallgesellschaft Imply, die als technologisch besonders fortschrittlich gilt. Bei der zum gleichen Sektor gehörenden Aciers Inox (Ex-Ugine) erreichte das Bruttoergebnis zwölf Prozent. Im Fachstahlbereich hofft man für dieses Jahr auf ein positives Ergebnis.

Allgemein ist der Konzern verhältnismäßig stark exportorientiert. Am Gesamtabsatz dürfte die Ausfuhr über 40 Prozent erreichen. Größter Auslandskunde ist die Bundesrepublik, die ihrerseits allerdings mehr Stahl nach Frankreich exportiert als von dort bezieht. Dem Konzern kommt zugute, daß an seiner Spitze 1982 erstmals kein Ingenieur sondern

ein Kaufmann steht, der sich entschlossen zeigt, der Firma ein weltweit positives Image zu verschaffen.

Seit 1979 unterhält Sacilor mit dem luxemburgischen Arbed-Konzern verschiedene Kooperationsverträge über die gemeinsame Nutzung ihrer Anlagen in den Bereichen Eisenbahnstählen und Eisenträger sowie über die Abstimmung der entsprechenden Investitionen. Jetzt wird überlegt, ob sich Sacilor über die Dillinger Hütte an der Arbed-Tochter Arbed Saarstahl beteiligt. Jedenfalls möchte sich der Konzern über die französischen Grenzen hinaus entwickeln.

Ein Zusammenschluß von Sacilor und Usinor, von dem nach der Verstaatlichung zeitweise die Rede gewesen war, hält Dollé für überholt. Jedoch schließt er ein gemeinsames Vorgehen der beiden Konzerne im Export insbesondere in die USA nicht aus. Auch hätte er nichts dagegen, wenn sich die eine oder andere Tochtergesellschaft (einschließlich Dillinger Hütte) dem Privatkapital öffnete. Nachdem Sacilor eine Holding-Gesellschaft geworden ist, würde das auf keine Probleme stoßen.

LBS HANNOVER / Bauflaute wirkte sich negativ aus – Geldeingang gestiegen

Das Darlehensgeschäft schrumpft weiter

dos, Hannover

Die schwache Bautätigkeit in Niedersachsen hat bei der Landesbausparkasse Hannover/Braunschweig (LBS) 1985 erneut einen deutlichen Rückgang des Darlehensgeschäfts bewirkt. Nach Angaben der Geschäftsführung verringerte sich die Zahl der Bewilligungen auf gut 43 000 (46 000) Darlehen, also um 6,6 Prozent. Die Darlehenssumme sank gleichzeitig um 14,1 Prozent auf 1,19 (1,38) Mrd. DM. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Darlehensauszahlungen. Dort schrumpfte das Volumen nach der Summe um 15,7 Prozent auf 1,15 (1,36) Mrd. DM. Der Darlehensbestand erreichte am Jahresende 5,88 Mrd. DM (plus 2,5 Prozent).

Mit dem Neugeschäft zeigt sich die LBS zufrieden. Mit knapp 101 000 eingelösten Neuverträgen wurde die

Vorjahreszahl um 0,8 Prozent übertrafen. Allerdings blieb die Bausparkasse mit 2,5 Mrd. DM um 2,5 Prozent unter dem Niveau von 1984. Der Geldeingang, der 1984 ein Minus von 5,1 Prozent brachte, nahm im Berichtsjahr um 1,3 Prozent auf 1,68 Mrd. DM zu. Dabei spielten die um 9,5 Prozent auf 771 Mill. DM gestiegenen Tilgungsleistungen eine maßgebliche Rolle. Bei den Zuteilungen ergab sich ein Rückgang auf 1,52 (1,71) Mrd. DM.

Zuversichtlich beurteilt die Landesbausparkasse die Aussichten im laufenden Jahr. Der in der Bevölkerung nach wie vor weitverbreitete Wunsch nach Wohneigentum finde derzeit „besonders günstige Voraussetzungen zur Realisierung“. Niedrige und stabile Preise sowohl für Neubauten als auch für Gebrauchtim-

mobilen, ein vermehrtes Baulandangebot zu tragbaren Preisen und günstige Finanzierungsbedingungen würden potentiellen Bauwilligen und Käufern beste Voraussetzungen bieten.

Um das Bausparen flexibler zu gestalten, hat jetzt auch die Landesbausparkasse ein neues Konzept unter der Bezeichnung „LBS-Varior“ auf den Markt gebracht. Das Modell sieht keine Mindestparzellen mehr vor. Wichtig für die Zuteilung, so heißt es, sei nur noch das angesparte Guthaben von 50 Prozent der Bausparkasse und die erforderliche Bewertungszahl, die sich an der gewählten Tilgungsrate orientiert. Der Bausparer hat die Wahl zwischen einem Langzeit-, Standard- oder Schnellbau-Sparvertrag.

Großes Interesse für Constructa '86

HB, Hannover

„Die Constructa bestätigt durch Qualität und Quantität ihre Leitfunktion für die Bauwirtschaft“, erklärte Sepp Heckmann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, gestern im Vorfeld der größten europäischen Baufachmesse in Hannover. Mit 1711 Ausstellern läge das Anmeldeergebnis nur kaum niedriger als das der Constructa '82, was unter Berücksichtigung der Branchenentwicklung in den vergangenen Jahren als durchschlagender Erfolg zu werten sei. Auf 104 968 qm werden neben dem größten Ausstellungsbereich „Allgemeiner Ausbau“ auch den Sektoren „Technischer Ausbau/Hausbau“ und der Sonderausbau – Architekten und Handwerk, ihre Partner am Bau – breiter Raum eingeräumt.

Westland: Chancen der Europäer gering

ft, London

Die Aussichten für das europäische Hubschrauber-Konsortium, über ein verlockendes Aktienangebot eine Beteiligung der amerikanisch-italienischen Sikorsky-Flottille-Gruppe am britischen Hubschrauber-Hersteller Westland zu blockieren, sind erheblich gesunken. Wie das Konsortium (British Aerospace und GEC auf britischer Seite sowie MBB aus der Bundesrepublik, Aerospaziale aus Frankreich und Augusta aus Italien) mitteilt, ist es ihm nicht gelungen, die angestrebten 20,1 Prozent der Westland-Aktien über ihr Tender-Angebot von 130 Pence je Westland-Aktie zu übernehmen. Damit halten die Europäer – einschließlich der bereits von Alan Bristow und anderen Befürwortern einer europäischen Beteiligung an Westland – mit 28 Prozent der Westland-Aktien weniger als die erforderlichen 50 Prozent.

Alles hängt von der morgigen außerordentlichen Hauptversammlung in London ab. Die amerikanisch-italienische Sikorsky-Gruppe, die vom Westland-Vorstand als Partner einstimmig favorisiert wird, hält knapp 30 Prozent der Westland-Aktien.

Für die Annahme ihres Beteiligungs-Angebots ist lediglich die einfache Mehrheit der Westland-Aktionärsmehrheit erforderlich. Bei der letzten Abstimmung Mitte Januar, als noch eine 75-prozentige Mehrheit erforderlich war, hatten sich die für das Abstimmungsergebnis ausschlaggebenden Kleinaktionäre im Verhältnis neun zu eins für das Sikorsky-Angebot ausgesprochen.

KOLBENSCHMIDT / „Bestes Jahr“ beim Auto-Zulieferer

Die Aktionäre partizipieren

INGE ADHAM, Frankfurt

Kerngesund und weiter auf dem Wachstumspfad präsentiert sich die Kolbenschmidt AG (KS), Neckarsulm, mit ihrem Geschäftsbericht 1984/85 (30. 9.). Der Zulieferer für die Automobilindustrie, der mit dem 100. Geburtstag sein 75. Jubiläum feiern konnte, erzielte sein bisher „bestes Jahr“, wie der Vorstand kommentiert. Die Aktionäre partizipieren daran mit einer auf 8 (6) DM erhöhten Dividende und mit jungen Aktien im Volumen von 15 Mill. DM (aus genehmigtem Kapital).

Sie werden zum Kurs von 180 DM (Frankfurter Börsenkurs gestern 271 DM) im Verhältnis 1:3 vom 11. bis 25. März angeboten und sind für das ganze Geschäftsjahr gewinnberechtigend. Um das erwartete Wachstum zu finanzieren – vor allem Brasilien und USA böten exzellente Chancen – sowie Forschung und Entwicklung zu verstärken, soll die Hauptversammlung am 25. März 25 Mill. DM Kapital genehmigen.

Kolbenschmidt erzielte im vergangenen Jahr bei einer Umsatzsteigerung um 14,3 Prozent auf 780,2 (682,4) Mill. DM – in der Gruppe 1,1 (1) Mrd. DM – einen Gewinnzuwachs um rund 90 Prozent auf 22,8 (12,6) Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuss fließen 10 (5) Mill. DM in die Rücklagen. Das Ergebnis nach DVFA macht 20 (16,15) DM je Aktie aus. Investiert wurden in Sachanlagen 68,1 (45,5) Mill. DM. Die Mitarbeiterzahl erreichte zum Geschäftsjahresende 6132 (5696) Personen; in der Gruppe sind es 8700. Mit einem Anteil von 54 Prozent der Umsätze ist der Straßenfahrzeugbau die größte Abnehmergruppe von KS. Mit diesen Zulieferungen für die Erstausrüstung hat Kolbenschmidt von der guten Automobilkonjunktur profitiert. Umsatzsteigernd wirkte zusätzlich der Trend zu höherwertigen Ausstattungen und die Dieselnachfrage (Dieselkolben).

Die Inlandsumsätze wuchsen dabei überproportional um 17 Prozent, der Export nahm um zehn Prozent auf 290 Mill. DM (ohne Auslandsfertigung) oder 37,2 (38,6) Prozent vom Umsatz zu. Bedingt durch die Exporte der Autoindustrie gehen aber zwei Drittel der KS-Produktion auf Auslandsmärkte. „Frühzeitige Anpassung an technisch und qualitativ anspruchsvolle Produktentwicklungen“ nennt der Vorstand als Hauptursachen der positiven Ergebnisentwicklung. Auf diesem Kurs will man mit Modernisierung und Ausbau des Know-how-Vorsprungs gezielt fortfahren.

Für das neue Geschäftsjahr ist der Vorstand optimistisch: Die Nachfrage der Abnehmerkapazitäten ist unverändert hoch, die Kapazitäten sind gut ausgelastet. In den ersten vier Monaten des neuen Geschäftsjahres wuchs der Umsatz um zehn Prozent. Diese Rate wird sich für das ganze Jahr nach Einschätzung des Vorstands wohl nicht halten lassen, aus heutiger Sicht sei jedoch ein Ergebnis „analog dem des Vorjahres“ zu erwarten.

BERTHOLD / In diesem Jahr wird ein Gewinn erwartet

Aufräumarbeiten beendet

ews, Berlin

Nicht mehr zu vergleichen mit dem Unternehmen des Jahres 1984 ist die Berthold AG, Berlin, namhafter Hersteller von Systemen für den Foto- und Videobereich. Das erklärte Vorstandsvorsitzende Wolfgang Geerken, der dieses Amt vor einhalb Jahren übernahm, als nach Managementfehlern die Existenz von Berthold auf dem Spiel stand.

Zwar werde für 1985 wegen der Restrukturierungsmaßnahmen noch einmal ein Verlust ausgewiesen, der aber erwartet worden sei und gegenüber dem Vorjahresverlust von 64 Mill. DM nur noch gering ausfalle. Für das laufende Geschäftsjahr werde wieder ein Gewinn angestrebt. Geerken wollte jedoch keine Prognose wagen, ob es nach fünf dividendelosen Jahren schon zur Wiederaufnahme der Ausschüttung reicht. Dieses Ziel sei aber auf jeden Fall für 1987 eingeplant.

Sehr positiv entwickelt haben sich 1985 der Auftragseingang, der auf über 190 (180) Mill. DM gestiegen wurde, und der Umsatz mit einem Plus von etwa 15 Prozent auf 183 Mill. DM in der AG. Dazu trug das Inland mit 23,5 Prozent auf 122,9 Mill. DM überdurchschnittlich bei. Im Ausland

erreichte die Steigerung nur 2,3 Prozent, so daß die Exportquote auf 36 (41) Prozent zurückfiel.

Im Konzern dagegen sank der konsolidierte Umsatz wegen der Einstellung des Geschäftsbetriebes der Hohl & Hahn Hohlux GmbH, die Ende 1985 liquidiert wurde, um drei Prozent. Weiter wurde die Berthold Systemtechnik AG, St. Gallen/Schweiz, verkauft. Nach den einschneidenden Bilanzmaßnahmen 1984 wurde die Eigenkapitalquote durch Nachgründungen von 20 Mill. DM durch den Hauptaktionär C. A. Weidmüller, Detmold, und die Hausbanken wieder auf 25 Prozent erhöht.

Das neue Vorstandskonzept – im September 1985 wurde das obere Management – fast vollständig – ausgetauscht – sieht die Konzentration aller Entwicklungskapazitäten auf den Qualitäts-Fotobereich vor, auf dem Berthold weltweit mit an führender Position liegt.

Die Diversifikation wurde ganz gestrichen. Nun, so Geerken, werde der Produktentwicklung, die in den Händen eines Marketing-Fachmannes liege, Vorrang gegeben. Berthold werde nicht mehr alles selbst entwickeln, sondern auch Komponenten zukaufen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Jürgen Tauchert, Tischlermeister, Trittau; Boeckmann: W. Stein GmbH, Spezialtiefbau; Herne: J. Bröner Bauelemente GmbH; Erlangen: Bauelemente GmbH & Co. KG; Brühl: Marion Rößler, Erftstadt-Lechenich; Detmold: Otto Wurzer, Kaufmann, Weinheim; Ernst Meier, Bauniederleger, Bartrup; Düsseldorf: Überbühler Verlag GmbH; Duisburg: I. W. M. Ingenieurbüro GmbH für Walzwerk- und Maschinenbauanlagen & Co. KG; I. W. M. Ingenieurbüro GmbH; Klaus von de Wettering Lebensmittel-Vertriebsgesellschaft mbH; Rainer Oswald-Verwaltungs-GmbH & Co. KG; Stahlhandels-Ges., Herdecke; 2) Rainer Oswald Verwaltungs-Ges. mbH (AG Wetter HRS 289); Merzig: „Das Bierdorf“ Gaststättenbetriebs-Ges. mbH in Gründung; Lohstett: Mähenagelbach; Autohaus Merkur GmbH & Co. KG; Viersen: 1) Autohaus Merkur Verwaltungs-Ges. mbH; Viersen: Oettersdorf; Nachl. d. Gisela Christel Fachgeb. Schillhofer, Hemmer; Feiler Johannes Höper GmbH, Edmissen; Plocherst; Recklinghausen: Ingenieurbüro Paul Becker GmbH; Herten: WIG Immobilien-Vermietungsges. mbH; Herten-Westerholt: Rottwell Jürgen Arndt, Dunningen 1; Saarbrücken: Nachl. d. Edgar Rupp; Siegburg: Behner Bernau GmbH; Niederhassel-Rheidt; Stuttgart: GHV Heizungs- u. Wärmetechnik GmbH; Weinstadt 2; Trier: Walter Franken GmbH & Co. KG; Wittingen: Klaus Uwe Schulz; Westal: GED Fachbetrieb; Energiesparsysteme offene Kampe Kachelöfen GmbH; Domany: Fluchter Fuchs KG, Höchstädt; Ansbach-Konkurs eröffnet: Dören: Josef Küster, Fliesenfachgeschäft; Stuttgart: Medienzentrum „Alte Stuttgarter Reithalle“ GmbH & Co. KG; Sonnenland Frucht GmbH Import Großhandel, Wangen. Vergleich beantragt: Dortmund: R. U. Brune Nachf. GmbH & Co. KG; Frankfurt: Prompita de Paris GmbH; Teltow AG 1; Bergbau u. Hüttenindustrie; Goslar: von Satine & Rittershaus GmbH & Co. KG; Köln: Franz Josef Fabian, Kaufmann; Ludwigshafen: Optische Industrie H. Hempel GmbH, Gerlingen.



Beim „Börsentraining '86“ der 'Wirtschaftswoche' tummeln sich die Teilnehmer auch an

Spielen Sie mit den

den für intelligente Anleger unverzichtbaren Terminmärkten. Die erfolgreichsten Spieler mit den

Finanzinstrumenten.

Finanzinstrumenten Aktien und Optionen gewinnen Preise im Gesamtwert von 100.000 DM.

Teilnahme-Unterlagen gibts bei der 'Wirtschaftswoche'.
Tel.: 0211-8388/378 oder 388.
Und in vielen Geschäftsstellen der Deutschen Bank.



MIT VORSPRUNG IN DIE NÄCHSTE WOCHE.

LOEWE OPTA / Gemeinsam mit BMW verstärkte Forschung für die Pkw-Elektronik

Auf dem Weg zum Spezialisten

DANKWARD SEITZ, München

Es ist kaum daran zu zweifeln: Immer stärker wird sich die Loewe Opta GmbH, Kronach, deren Produktionsbasis bislang Farbfernseh- und Bildschirmtext-Geräte sind, zu einem High-Tech-Unternehmen der Elektronikbranche entwickeln. Einer der entscheidenden Impulse für diese langfristige Strategie wird dabei nach den Worten von Geschäftsführer Helmut Rieke von dem Automobilkonzern BMW kommen, der vor wenigen Monaten direkt mit 23 Prozent bei Loewe eingestiegen ist. Über die TIG Technologie Investitions-GmbH war BMW bereits seit längerem gemeinsam mit der Dresdner Bank und der Bayerischen Vereinsbank mit 26 Prozent am Loewe-Stammkapital von 45 Mill. DM beteiligt.

Ohne die bisherigen Gebiete einzuschränken, will Loewe gemeinsam mit BMW seine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Richtung Autoelektronik, außerhalb des Motors ausbauen. Gedacht wird beispielsweise an ein farbiges, umfassendes Informationsdisplay für alle Autoteilhaber oder an ein neuartiges Au-

totelefonsystem, das sogar telexfähig sein könnte – „industrielle Produkte für die Jahre nach 1990“. Erst einmal müssen dafür aber die Entwicklungskapazitäten – derzeit werden etwa 120 Ingenieure beschäftigt – um rund 20 Prozent aufgestockt werden.

Auf dem Gebiet der „professionellen“ Elektronik, die im Geschäftsjahr 1985 bereits rund 38 Mill. DM zum Loewe-Umsatz von 266 Mill. DM (plus drei Prozent) beisteuerte, sieht Rieke denn auch für die Zukunft die größten Wachstumschancen. Ende der 80er Jahre soll ihr Umsatzanteil bereits ein gutes Drittel ausmachen. Da sind zum einen die Btx-Endgeräte – hier ist Loewe aufgrund frühzeitiger Entwicklung eines Decoders mit 40 Prozent Marktführer. Hervorgehoben hat man sich jetzt auch mit einer Flimmerfreihaltung des Bildschirms und der Entwicklung eines Geometriestandards.

Die bisherigen eigenen Entwicklungen bei Btx will Loewe nun auch zum Einstieg in den Rechnermarkt nutzen. Auf der CeBIT-Messe in Hannover soll ein „absolut neuer, multifunktionaler und intelligenter Ar-

beitsplatz“ vorgestellt werden. „Ein Spezialprodukt“, so Rieke, „mit dem wir nicht zum xten Personalcomputer-Hersteller werden.“

Diese Aktivitäten sind aber nicht so zu werten, daß man die Farbfernsehergeräte als „sterbenden Schwan“ ansieht. Als „der letzte Einfallslinien-Bewohner in Manhattan“ fühle man sich ganz wohl, zumal die Großen der Branche nicht in den Stückzahlen wie Loewe (Umsatz: rund 200 Mill. DM) so erfolgreich sein könnten. Auf diesem Gebiet seien noch „erhebliche Innovationsschübe“ zu erwarten. So will Loewe im Herbst ein „intelligentes Fernsehgerät mit Piff und wirklichem Nutzen für den Verbraucher“ vorstellen.

Allein für die Entwicklung neuer Produkte wandle Loewe nach Angaben von Rieke 1985 rund 12,5 (11) Mill. DM auf. Bedingt dadurch sei zwar ein „positives aber nicht zufriedenstellendes“ Ergebnis erzielt worden. In den nächsten zwei Jahren soll das Unternehmen in eine AG umgewandelt werden, doch mit einer Börseneinführung ist „in diesem Jahrzehnt nicht mehr“ zu rechnen.

Ärgerlicher Kompromiß

hg - Da haben die Parlamentarier nun fast zehn Jahre getrachtet, um das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zu novellieren. Und was ist am Ende dabei herausgekommen? Ein Kompromiß, der alle ärgert, die damit zu leben haben. Und Verbraucherverbänden kritisiert, und dies zu Recht.

Um Ordnung in die „Sonderveranstaltungen“ des Handels zu bekommen, werden sie, mit Ausnahme der Saisonschlussverkäufe, kurzzeitig abgeschnitten. Jubiläums-, Räumungs- und Umbauverkäufe soll es in Zukunft nicht mehr geben. Pech für den Verbraucher, aber auch Pech für den Händler, der bereit ist, für die Modernisierung seines Ladens Geld auszugeben. Nun wird er es vielleicht lassen.

Preisgegenüberstellung in der Werbung wird künftig verboten sein; allerdings soll das Verbot nicht für vom Hersteller empfohlene Preise gelten. Warum dies? Der Deutsche Industrie- und Handels-Tag weist zurecht darauf hin, daß durch diese Ausnahme Mondpreisempfehlungen gefördert werden, die den Verbraucher irreführen.

Ähnlich fragwürdig ist auch das Verbot mengenbeschränkender Angaben - „solange der Vorrat reicht“ - in der Werbung mit Sonderangeboten. Mittelstandspolitiker warnen hier zwar eine große Chance, Verdrängungspraktiken im Handel auszurotten - der Konkurrent kann dann ja den Billiganbieter leerkufen - aber was hat der Verbraucher davon? Nichts hat er davon, wenn ihm ein Händler die Sonderangebote vor der Nase wegschnappt, um sie in seinem Laden wohnöglich teuer zu verkaufen.

Schließlich ist auch das vorgesehene Rücktrittsrecht für Verbraucher bei unwahrer und irreführender Werbung wenig praktikabel. Erstens, weil derartige nur sehr selten vorkommen. Zweitens, weil der Händler hier die Suppe auch dann auslöffeln soll, wenn der Hersteller sie ihm mit seiner Werbung eingebracht hat. Sachgerechte Lösungen sind das alles nicht. Vielleicht hätte man besser noch zehn Jahre gewartet.

SIEMENS / Sprichwort-Kampagne für freundliche Helfer - Tageszeitungen sind Basis-Medium der Werbung

Personal-Computer kommen auf „gut deutsch“

KLAUS HATTEMER, München

Die Kampagne lag in der Luft. Als Siemens vor genau einem Jahr die drei neuen Personal-Computer (PC) auf den Markt bringen wollte, waren die Siemens-Werber sich der zu erwartenden Reaktion auf dem Markt und bei der Konkurrenz ziemlich sicher. Denn damals gab es auf dem deutschen Markt bereits rd. 250 PCs, also ein unübersichtliches Getümmel. Die Leute würden deshalb auf gut deutsch „Spät kommt ihr“ denken oder auch „Was lange währt...“ oder auch weniger Freundliches. Mit und bei den Leuten nun auf gut deutsch ins Gespräch zu kommen, wurde darum zur kreativen Strategie der Siemens-Kampagne.

Denn zum ersten waren die neuen PCs wirklich selbst „gut deutsch“, hergestellt in einem nagelneuen Werk in Augsburg, übrigens der größten Computermanufaktur in Europa. Zum zweiten war die Kernzielgruppe - zumindest im Mittelstand - für eine so solide und vertraute Werbebotschaft offenbar empfänglich. Zum dritten waren die größten Mitbewerber, nämlich Apple, Commodore, IBM, Compaq, Epson u. a. sämtlich ausländische Anbieter. Und schließlich würde sich ein Auftritt mit bekannten deutschen Sprichwörtern und Redensarten nur ein deutscher Meinungsführer leisten können. Als der aber gibt Siemens, der Telefon- und Computeriese, hierzulande unbestritten.

Wie gedacht, so gemacht. Die PC-Kampagne startete mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen und Tageszeitungen sind seitdem - auch 1988 - das Basis-Medium für die Siemens-PC-Werbung. Und zwar erstens wegen ihrer Aktualität; für eine informative Einführungskampagne war das schnelle Medium gerade recht. Zweitens wegen ihrer Verbreitung; mit den überregionalen Tages-, Sonntags- und Wochenblättern sowie mit den großen Regionalzeitungen kann eine hohe Reichweite bei den wichtigsten Zielgruppen erzielt werden. Drittens wegen der engen Verwandtschaft von Medium und Kampagne; die Tageszeitung gilt als besonders glaubwürdig, und obendrein ist sie das vertrauteste heimische Medium.

Siemens zielt und zielt vor allem darauf ab, seine PCs als freundliche Helfer zu vermarkten. Denn für den

PC-Vertriebschef Reiner Hallauer ist für die deutschen Käufer der PC als funktionsfähiges Werkzeug, das ihnen Routinearbeiten erleichtert, wichtiger als die technische Brillanz, wie US-Kunden sie wünschen.

Eine technische Spitzenleistung bietet Siemens zwar allemal, wie nicht nur die vergleichenden Tests bestätigen. Die Computer-Fachzeitschriften spenden der hohen Qualität und der Schnelligkeit, auch der Ergonomie von Hard- und Software, spe-

Prozent regelmäßig Sprichwörter in den Mund - und sei es nur, um sich Ungemach von der Seele zu reden und um die Zeitläufte zu kommentieren. In der Meinungsforschung gelten Sprichwörter gar als Vehikel, um die Stimmungen unter den Menschen verlässlich einzufangen. Denn was das Herz voll, dem fließt der Mund über. Siemens stattete die Einführungskampagne freilich auch mit einem ansehnlichen Budget aus, denn von nichts kommt nichts.

schen Markt vorzudringen. Die Rangliste für den deutschen PC-Markt dürfte zum Jahreswechsel etwa so ausgesehen haben:

- 1. IBM
- 2. Commodore
- 3. Apple
- 4. Siemens
- 5. Olivetti
- 6.
- 10. Compaq, Hewlett-Packard, Triumph-Adler, NCR, Ericsson u. a.

Diese Rangfolge berücksichtigt freilich keine Heim- und Hobbycomputer mehr, auch keine Koffergaräte ohne richtigen Bildschirm und ohne Drucker, also Systemeinheiten mit einem Arbeitsspeicher von mindestens 256 KByte an aufwärts, und mit Betriebssystemen nach dem Industriestandard wie MS-DOS und UNIX. Von solchen professionellen PCs standen zum Jahresanfang 1988 250 000 auf den deutschen Schreibtischen, und im Jahresverlauf dürften etwa 170 000 dazugekommen sein.

Reiner Hallauer geht davon aus, daß auch in Deutschland bis zum Ende dieses Jahrhunderts etwa 70 Prozent aller Arbeitsplätze mit der digitalen Technologie in Verbindung stehen. „Der Aufmarsch der persönlichen Rechner auf dem Schreibtisch“ setzt freilich voraus, daß die Menschen an diese Systeme und ihre sinnvolle Nutzung herangeführt werden. „Man sollte die Leute nicht glauben machen, daß mit einem PC irgendwas von selbst läuft“, erläutert der Vertriebschef, „und eine intensive Schulung ist unerlässlich.“ Siemens arbeitet auch mit System- und Softwarehäusern sowie mit PC-Fachhändlern zusammen und stützt sich nicht allein auf den eigenen Vertrieb; zur Kundennähe sieht sich Siemens vor allem durch den Beratungs- und Einweisungs- und Wartungsbedarf veranlaßt, von dem das PC-Geschäft lebt.

Die Siemens-PC-Kampagne wird 1988 fortgeführt, jedoch mehr auf konkrete und erfolgreiche Anwendungen bezogen. „Sage mir, mit wem Du umgehst“ oder auch „Man lernt nie aus“ verkünden die neuen Headlines, und natürlich auch: „Da weiß man, was man hat.“ „Eigener Herd ist Goldes wert“ lautet die Headline einer Anzeige, mit der ein spezielles Anwendungsprogramm für Elektroinstallateure beworben wird.

SIEMENS

Der kluge Mann baut vor

Die neuen Siemens PC Systemen von einem richtigen Computeranbieter

Von Personal Computer werden wir in Zukunft auf dem Markt finden, die die verschiedenen Computerarten (Personal Computer, Desktop Computer, Laptop Computer, Server Computer) in der Siemens PC Familie vereinen. Das ist der kluge Mann, der baut vor.



Werbeaufwendungen für PC (L. 1. bis 31. 9., ca.):

- Commodore 11,5 Mill. DM
- IBM 7,5 Mill. DM
- Siemens 4,5 Mill. DM
- Schneider 2,0 Mill. DM
- Olivetti 1,8 Mill. DM
- Wang 1,5 Mill. DM
- NCR 1,2 Mill. DM
- Apple 0,5 Mill. DM
- Epson 0,5 Mill. DM

Siemens schafft es im fliegenden Start, bis zum Jahresende mit rund 18 000 verkauften Büro-PCs unter die ersten fünf Anbieter auf dem deut-

ziell dem Bildschirm, von Ausgabe zu Ausgabe neues Lob. In der Siemens-PC-Werbung aber dienen diese technischen „Features“ nur als Begründung, nicht als Selbstzweck.

Die Sprichwort-Kampagne von Siemens schneit nicht nur im Test überaus gut ab, sie bewegt auch den Markt. Denn sie ist leicht zu lernen und gut zu behalten. Diese Voraussetzung hat Siemens freilich zuvor auch erforcht: Drei Viertel aller Erwachsenen gebrauchen mehrmals in der Woche Sprichwörter; auch unter den Gebildeten nehmen mehr als 50

DKV FRANCE / Deutscher Krankenversicherer erobert reglementierten Markt

Schneller Franc sichert den Erfolg

HARALD POSNY, Köln/Paris

Wer als privater Krankenversicherer in einen Markt wie den der weitgehend sozialisierten und reglementierten Krankenversicherung in Frankreich eindringt, muß entweder eine hohe Meinung von seinen Marktchancen oder von sich selbst haben. Oder beides. Die Deutsche Krankenversicherung AG (DKV) zeigt seit 1983 in Frankreich Flagge. Als einziger Ausländer und einer von ganz wenigen heimischen Privaten demonstriert die DKV France den Wettbewerb, daß man dort auch ohne Dumpingprämien, dafür mit dem Know-how eines deutschen Spezialversicherers erfolgreich tätig sein kann.

Nach dem Paukenschlag des Starts erfreut sich die „Société allemande d'assurance maladie“ inzwischen sogar regierungsmitteln Interesse: Auf der jüngsten Versicherungsmakler-Messe in Paris besuchte Frankreichs sozialistischer Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Bérégovoy unter ganz wenigen auch den Stand der DKV als einzigen ausländischen Versicherer.

Die Schwierigkeit, in Frankreich Fuß zu fassen, liegt im System des Krankenversicherungsschutzes. Von der gesamten Bevölkerung sind gut 95 Prozent - gleichgültig ob Arbeiter, Angestellter, Generaldirektor oder Selbstständiger - pflichtkrankenversichert. Die staatliche Sozialversicherung ersetzt z. B. 75 Prozent der in jedem Fall vorzuleistenden Kosten ambulanter ärztlicher Konsultationen. Den Selbstbehalt von 25 Prozent kann man privat versichern. Da sich aber etwa 10 000 der nur 33 000 Ärzte einschließlich besonders teurer Professorennicht an die „Tarife“ halten und bis zu 50 Prozent mehr liquidieren, steigt der Anteil des privat zu versichernden Selbstbezugs. Ähnlich sieht es bei Arzneimitteln und Krankenhausenthalten aus.

Durch zwölf verschiedene Erstattungssysteme erhielten 1985 die rund 49 Millionen pflichtversicherten Franzosen vom Gesamtaufwand für Krankheitskosten von 375 Mrd. Franc (rund 125 Mrd. DM) rund 300 Mrd. Franc (etwa 100 Mrd. DM) zurück. Für

den Rest von 75 Mrd. Franc (22 Mrd. DM) machen sich rund 70 klassische Versicherer und vielleicht 7000, zum Teil regionale, Genossenschaften (Mutuels) in Form von Zusatzversicherungen stark. Das Gesamtprämienaufkommen wird mit 270 Mrd. Franc (80 Mrd. DM) von den „Gesetzlichen“ bestritten. In die restlichen 15 Mrd. Franc (fünf Mrd. DM) teilen sich die „Privaten“ (rund sechs Mrd. Franc/2 Mrd. DM).

Sich auf den schweren Markt in Frankreich einzulassen, ist Teil einer langfristigen Unternehmensstrategie. DKV-Vorstandsvorsitzender Hans

letzte Station begann man mangels geeigneter Kaufobjekte oder Beteiligungen beim Stand Null.

Inzwischen stellen 70 (1986: 80) Mill. DM Auslandsumsatz drei Prozent des Gesamtprämienvolumens dar. Dabei ist der schwierigste Markt zugleich auch der erfolgreichste. Frankreich brachte 1985 mit 31 (1986: 42) Mill. DM von 100 000 Versicherten den größten Auslandsbeitrag. Beim Start setzte man sich über etwa zehn Jahre einen Marktanteil von einem Prozent zum Ziel, eine Vorgabe die bereits 1985/86 erreicht wurde. Der Erfolg von DKV France ist zum guten Teil das Versagen der „Gesetzlichen“ und „Privaten“ am Markt. Bis zur ersten Kostenreue der Sozialversicherung vergehen drei bis sechs Wochen, sagt der DKV-Statthalter in Paris, Reinhard Matzel. „Da ist es schon ein wichtiges Werbeargument, wenn die restliche private Erstattung nur noch drei bis sechs Tage dauert.“

Matzel war mit 16 einfachen, von jedermann nachvollziehbaren Tarifen „zu Prämien mittlerer Art und Güte“ angetreten. Ein Umkrempeln des Marktes wäre tödlich gewesen. Das wäre vor allem bei den rund 35 000 Versicherungsmaklern schlecht angekommen. Die freiberuflich tätigen Makler, obnehin durch neue Vertriebswege verunsichert, freuten sich über den Newcomer aus Köln, der ihnen neue Sicherheit verleiht. Matzel: „Sie rannten uns die Bude ein“, was jede Publikumswerbung zunächst erübrigt.

Rund 3200 Makler schließlich galt es vom Produkt zu überzeugen, und bei ihnen zog die „Société allemande“. Eine frühe Marktstudie hatte den Kölnern dringend empfohlen, als deutsches Unternehmen auf den Markt zu gehen. Franzosen halten, so der Strategievorschlag, viel von deutschen Wertbegriffen - nicht nur bei Gütern, sondern auch bei Dienstleistungen.

Anders als vielfach zu Hause schätzen Franzosen, vor allem aber die Makler als direkte Marktpartner, „deutsche Klarheit der Produkte, rationelle Verwaltung und zügige Regulierung“. Dieser Ruf (71 Prozent Akzeptanz) wird nur noch von den Schweizern (74 Prozent) übertroffen.



Georg Timmer: „Als europäischer Marktführer mit 2,4 Mrd. DM Prämienentnahmen und 2,3 Millionen Versicherten sehen wir uns bei dem zu erwartenden stärkeren Engagement europäischer Gesellschaften in der Bundesrepublik genötigt, unsere Auslandsaktivitäten zu verstärken. Dies um so mehr, als die DKV nicht als Allpartenversicherer, sondern nur als Spezialversicherer auftreten kann.“

Begonnen wurde 1965 in Belgien, 1981 war man in Luxemburg der erste private Krankenversicherer überhaupt, 1983 folgte Frankreich, 1985 die Niederlande. Bis auf die vorläufig

PHARMA-INDUSTRIE

Fonds zur Gesundheitshilfe in der Dritten Welt gegründet

PETER JENTSCH, Bonn

Mit einem Startkapital von zunächst einer Million Mark haben der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) und 23 deutsche Arzneimittelhersteller den gemeinnützigen Verein „Gesundheitshilfe Dritte Welt - German Pharma Health Fund“ gegründet. Damit sollen, so bekunden die Initiatoren, gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in ärmeren Entwicklungsländern Projekte gefördert werden, die der Verbesserung der Infrastruktur für die staatliche Arzneimittelversorgung dienen. Schließlich leisten man damit auch einen Beitrag zur Verbesserung der gesamten Gesundheitsversorgung in diesen Staaten.

Ein Ziel, dem Kritiker der Pharmaindustrie wie etwa der „Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“ (Buko), unterstellen, es diene der Branche zur Sicherung und zum Ausbau neuer, gewinnbringender Märkte. Die Industrie wolle damit ihre „Ausbeutungsstrukturen“ in der Dritten Welt festigen.

Diesen Vorwurf weist Gert von Breitenbach, Vorsitzender des „German Pharma Health Fund“ weit von sich. Gegenüber der WELT sagte er: „Wir wollen die Verantwortlichen in den Entwicklungsländern beim Aufbau und Ausbau der staatlichen Qualitätskontrolle von Medikamenten unterstützen. Wir wollen Logistik und Distribution von Arzneimitteln verbessern und einheimisches Personal medizinisch und pharmakologisch aus- und fortbilden.“

Natürlich, daraus macht auch die Pharmaindustrie keinen Hehl, stellen die Entwicklungsländer ausbaufähige Märkte dar. Das britische Finanzmakler-Unternehmen Capel-Cure Myers schätzt das jährliche Wachstum des Welt-Pharmamarktes bis zum Jahre 2000 auf 8,9 Prozent. Nach seinen Berechnungen werden die Umsätze mit Medikamenten zu Apothekenverkaufspreisen von 78 Milliarden Dollar im Jahre 1980 auf 245 Milliarden Dollar zur Jahrtausendwende ansteigen. Interessant dabei: Während die Märkte in den Industrienationen auf hoher Basis nur noch verhalten expandieren (um etwa knapp sieben Prozent), werden die

Länder der Dritten Welt erheblich an Bedeutung gewinnen. Hier sagt Capel-Cure Myers ein jährliches Wachstum um mehr als zehn Prozent voraus. Daraus schließt das Unternehmen, daß die Entwicklungsländer, die heute nur etwa 15,9 Prozent der Welt-Pharma-Produktion absorbieren, diesen Anteil bis zum Jahre 2000 verdoppeln.

Aus dieser Situation heraus auf eine „marktbeherrschende Macht der Pharmaindustrie“ zu schließen, hat von Breitenbach indes für unsinnig. „In Lateinamerika, zum Beispiel,“ begründet er seinen Widerspruch „der Unterstellung von „mißbräuchlicher Ausnutzung“ der Marktposition, „stand 1980 ein Marktvolumen von knapp 6,1 Milliarden Dollar zu Herstellerabgabepreisen ein Importvolumen von 1,1 Milliarden Dollar gegenüber, was einer Importquote von 17,6 Prozent entspricht.“ Zu beachten sei dabei, daß lateinamerikanische Staaten vornehmlich Arzneimittel einführen, die Fertigarzneimittel aber selbst herstellen. So betrage der Marktanteil nationaler Unternehmen in Argentinien 47, in Chile 43 oder in Uruguay 39 Prozent. Insgesamt haben die sieben größten deutschen Unternehmen in Lateinamerika einen Marktanteil von knapp zwölf Prozent; in Afrika erzielen sie etwa drei Prozent ihres Pharmaumsatzes.

Unter diesen Prämissen sieht er in dem „Pharma-Health-Fund“ die „maßgeschneiderte Antwort auf die heutige Situation in den Entwicklungsländern.“ Nur 30 von 100 Menschen in diesen Staaten erhielten eine ausreichende Gesundheitsversorgung, die Müttersterblichkeit liege 15mal so hoch wie in den Industrienationen.

Als Ursache dieser „bedrückenden“ Misere nennt von Breitenbach „die völlig unzulängliche oder fehlende Infrastruktur im Gesundheitswesen“. Es fehlten Ärzte und medizinisches Fachpersonal, es fehlten Kühlketten für hitzeempfindliche Präparate, schließlich seien die hygienische und gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung sowie die Impfkontrolle äußerst mangelhaft. Genau hier will der „German Pharma Health Fund“ mit seinen Mitteln helfend einsetzen.

Die neue Bahn

Wie InterCargo Ihre Güter planmäßig auf die Reise schickt.



InterCargo-Züge haben nachts Vorrang vor allen anderen Zügen. Das macht InterCargo natürlich ungeheuer schnell. Aber nicht nur das. So ist InterCargo in puncto Zuverlässigkeit ein leuchtendes Beispiel. Ihre Güter kommen spätestens um 9 Uhr am nächsten Morgen an. Und das garantieren wir sogar. Die Abfahrtszeiten, die Bahnhöfe und die genauen Ankunftszeiten sagt Ihnen gern der DB-Kundenberater. Sprechen Sie mit ihm, und planen Sie dann mit InterCargo.

DB Die Bahn

DW. — Am Rosenmontag setzte sich auf dem Aktienmarkt keine einheitliche Tendenz durch. Das Geschäft verlief schleppend. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen kaum vor und die inländische Kundschaft trat mit Order nur sporadisch in Erscheinung. Die geschlossene Bör-

Der Bankenkredit blieb durch das Kommerzbank-Bezugsrecht verunsichert. Wegen der auf Null gesetzten Kommerzbankrente wurde es jetzt auf 10 bis 110 DM zurückgenommen. Anhaltend die Verkäufe bei den Altaktien der Kommerzbank sorgten hier für einen Kursrückgang. Den Kursrückgang auf 295,- der sich überweisen schließlich die Kasse der Bank. Die Vermutung, daß sich der Kommerzbank-Kurs nach Abwicklung der Altaktien in den Kapitalbörsen wieder erheben werde, hat jetzt Wirkung zu zeigen. Die Aktien der Deutschen Bank wurden nun etwa sieben DM herausgesetzt. Der Kursrückgang wird die Kurbschwäche der Bank zu Gunsten der Regierung bei den Altaktien empfinden, die darüber den Kurs um mehr als 10 DM erhöhen. Die Kursrückforderungen gehen auf die Altaktien der Bank zurück. Der bestehende Dividenden-

seldorfer Börse wirkte sich hemmend auf die Umsatzfähigkeit aus. In Grundzügen blieb jedoch die Neigung erkennbar, Aktien zu bevorzugen, die von dem Preisverfall des Öls profitieren werden und bei denen sich der vermutete Konsumanstieg positiv auswirken könnte.

...münchungen, die
...andere gewissen
...dieses Papiers
...Roenthal über-
...nehmen Ausstieg
...von 2,50 DM.
...plus 20 DM. Die
...2,15 DM erholten.
...gab es um 10
......wegen Ro-
......storsdorf stockten
......100 lagen bei 12,50
......mit bezeugtem
......der Woll nach. Auf
......Phoenix
......Elektron zogen
......Hypokan Berlin
......Bergmann um 13
......um 4,50
......Hr. 2,50
......um 2,50 DM.
...um 2,50 DM. Berliner Kin-
...gab um 2,40 DM. Nach
......besserte
......um 5,50 DM. Ray, Lloyd um
...und Deckel AG um 3,50 DM.
...Leonische Draht lagen um 23
...festen. Wanderer stockten um
......und Neugebren habe
......Richtig um 5 DM.
...Stadgast DLW besserten sich
...um 13 DM. Moto Motor waren in
...Freiverkehr um 3 DM nachgeben.
...ESSE, Süddeutsche
......der Bekanntgabe
...die Notierung demnächst ein-
...gestellt wird, mit Doppelkurs ab-
...geknüpft und mit den Makler
...auf 5 DM (minus 2 DM) Siet
......Nachbörse: uneinheitlich
...WEIT-Altaktien: 594,26 (735,15)
...WEIT-Unterschied: 427,5 (58)
...Aktien: 427,5 (58)
...Aktien: 427,5 (58)

ARG	202.7	4447.6	503.5-5.5
BASF	282	8703.4	283.4-3.1
Boyer	2750	17607.4	724.2-6.0
Boyer Hypo	5450	5193	570-2-0
Boyer, Volk	512C	804	-510-05
BMW	603G	770	608-10-0
Commerzbank	274	91765	197.5-30
Conti Guarni	204.5	139735	207.0-3.0
Daimler	1350	6304	1350-5-0
Dr. Baack	7900	774	774-5-5
	100.5	72894	7289-20

[illegible]

2-5G	304,20	79304	305-5-3-3	304,5	5290
1-2-2	263	143591	263,8-3-1-1,5	271,5	5196
1-5-4	294	188498	294-4-5-5-5-6	295	4752,5
R	564	4163	570-2-0-2	565	1036
-10	308	2373	582-7-5-1-7,5	516	1581
-4-0-0G	308	1584	610-0-0-0	600	459
-3-300	297,5	118990	295-300-295-99	308	27710
-7-A	307	27549	307-5-9-5-5-1,5	307bG	6270
-13-0-0	315-0G	19774	1355-8-5-2-2	1347	5900
-3-5	791,5	21574	795-2-5-99	794	1516
-5-00					

[illegible]

305-5-0-3-5	305	1300s	Dr. Babcock	2079	1079
284-5-1-2	302	Daguna	9299a	804	517
295-5-1-2	302	10486	Gutierrez	4752	2623
295-5-1-2	295,5	-4832	Hogbenberg	745	1223
546-70-6-6	569	1291	Huani	1002	2590
508-7-7-9	510	2045	Huani	2964	1386
405-10-05-08	600	2908	KPC	617	790
297-3-300-5-05	299,5	3218	Philos Komm.	3448	3904
207-10-07-15	2000s	1512	Salamander	1535	3690
1360-0-25-25	1540	8153			
79-4-4-4-5	790	8180			

25-2-0-0	247	Amesbury	817
25-2-0-0	248	Amherst	872
25-2-0-0	249	Amherst	872
25-2-0-0	250	Amherst	872
25-2-0-0	251	Amherst	872
25-2-0-0	252	Amherst	872
25-2-0-0	253	Amherst	872
25-2-0-0	254	Amherst	872
25-2-0-0	255	Amherst	872
25-2-0-0	256	Amherst	872
25-2-0-0	257	Amherst	872
25-2-0-0	258	Amherst	872
25-2-0-0	259	Amherst	872
25-2-0-0	260	Amherst	872
25-2-0-0	261	Amherst	872
25-2-0-0	262	Amherst	872
25-2-0-0	263	Amherst	872
25-2-0-0	264	Amherst	872
25-2-0-0	265	Amherst	872
25-2-0-0	266	Amherst	872
25-2-0-0	267	Amherst	872
25-2-0-0	268	Amherst	872
25-2-0-0	269	Amherst	872
25-2-0-0	270	Amherst	872
25-2-0-0	271	Amherst	872
25-2-0-0	272	Amherst	872
25-2-0-0	273	Amherst	872
25-2-0-0	274	Amherst	872
25-2-0-0	275	Amherst	872
25-2-0-0	276	Amherst	872
25-2-0-0	277	Amherst	872
25-2-0-0	278	Amherst	872
25-2-0-0	279	Amherst	872
25-2-0-0	280	Amherst	872
25-2-0-0	281	Amherst	872
25-2-0-0	282	Amherst	872
25-2-0-0	283	Amherst	872
25-2-0-0	284	Amherst	872
25-2-0-0	285	Amherst	872
25-2-0-0	286	Amherst	872
25-2-0-0	287	Amherst	872
25-2-0-0	288	Amherst	872
25-2-0-0	289	Amherst	872
25-2-0-0	290	Amherst	872
25-2-0-0	291	Amherst	872
25-2-0-0	292	Amherst	872
25-2-0-0	293	Amherst	872
25-2-0-0	294	Amherst	872
25-2-0-0	295	Amherst	872
25-2-0-0	296	Amherst	872
25-2-0-0	297	Amherst	872
25-2-0-0	298	Amherst	872
25-2-0-0	299	Amherst	872
25-2-0-0	300	Amherst	872

F	Aluminum Motor	7	6.9
F	Aluminum Steel	1.95	2
F	Aluminum - Fuel	3.20	3.20
D	Ni. Industries	geschl.	36.50
M	Nomura Sec.	14.4	14
F	Norsk Dal	141	137
F	Norsk Hydro	44.5	44.4
F	Novo Ind.	355	355
F	Nyntex	240G	240.5
H	Occ. Petroleum	66	65

[illegible]

F	Roronto	41,5G	41
F	Rothmans Int.	4,85	4,85
D	Rowan Cos.	geschl.	15T

[illegible][illegible]

7570	1860	H	Senior 12	33C	3071	F	ADT 9
7571	1860	H	Senior 12	33C	3072	F	ADT 3.25
7572	1860	H	Senior 12	33C	3073	F	ADT 3.25
7573	1860	H	Senior 12	33C	3074	F	ADT 3.25
7574	1860	H	Senior 12	33C	3075	F	ADT 3.25
7575	1860	H	Senior 12	33C	3076	F	ADT 3.25
7576	1860	H	Senior 12	33C	3077	F	ADT 3.25
7577	1860	H	Senior 12	33C	3078	F	ADT 3.25
7578	1860	H	Senior 12	33C	3079	F	ADT 3.25
7579	1860	H	Senior 12	33C	3080	F	ADT 3.25
7580	1860	H	Senior 12	33C	3081	F	ADT 3.25
7581	1860	H	Senior 12	33C	3082	F	ADT 3.25
7582	1860	H	Senior 12	33C	3083	F	ADT 3.25
7583	1860	H	Senior 12	33C	3084	F	ADT 3.25
7584	1860	H	Senior 12	33C	3085	F	ADT 3.25
7585	1860	H	Senior 12	33C	3086	F	ADT 3.25
7586	1860	H	Senior 12	33C	3087	F	ADT 3.25
7587	1860	H	Senior 12	33C	3088	F	ADT 3.25
7588	1860	H	Senior 12	33C	3089	F	ADT 3.25
7589	1860	H	Senior 12	33C	3090	F	ADT 3.25
7590	1860	H	Senior 12	33C	3091	F	ADT 3.25
7591	1860	H	Senior 12	33C	3092	F	ADT 3.25
7592	1860	H	Senior 12	33C	3093	F	ADT 3.25
7593	1860	H	Senior 12	33C	3094	F	ADT 3.25
7594	1860	H	Senior 12	33C	3095	F	ADT 3.25
7595	1860	H	Senior 12	33C	3096	F	ADT 3.25
7596	1860	H	Senior 12	33C	3097	F	ADT 3.25
7597	1860	H	Senior 12	33C	3098	F	ADT 3.25
7598	1860	H	Senior 12	33C	3099	F	ADT 3.25
7599	1860	H	Senior 12	33C	3100	F	ADT 3.25
7600	1860	H	Senior 12	33C	3101	F	ADT 3.25
7601	1860	H	Senior 12	33C	3102	F	ADT 3.25
7602	1860	H	Senior 12	33C	3103	F	ADT 3.25
7603	1860	H	Senior 12	33C	3104	F	ADT 3.25
7604	1860	H	Senior 12	33C	3105	F	ADT 3.25
7605	1860	H	Senior 12	33C	3106	F	ADT 3.25
7606	1860	H	Senior 12	33C	3107	F	ADT 3.25
7607	1860	H	Senior 12	33C	3108	F	ADT 3.25
7608	1860	H	Senior 12	33C	3109	F	ADT 3.25
7609	1860	H	Senior 12	33C	3110	F	ADT 3.25
7610	1860	H	Senior 12	33C	3111	F	ADT 3.25
7611	1860	H	Senior 12	33C	3112	F	ADT 3.25
7612	1860	H	Senior 12	33C	3113	F	ADT 3.25
7613	1860	H	Senior 12	33C	3114	F	ADT 3.25
7614	1860	H	Senior 12	33C	3115	F	ADT 3.25
7615	1860	H	Senior 12	33C	3116	F	ADT 3.25
7616	1860	H	Senior 12	33C	3117	F	ADT 3.25
7617	1860	H	Senior 12	33C	3118	F	ADT 3.25
7618	1860	H	Senior 12	33C	3119	F	ADT 3.25
7619	1860	H	Senior 12	33C	3120	F	ADT 3.25
7620	1860	H	Senior 12	33C	3121	F	ADT 3.25
7621	1860	H	Senior 12	33C	3122	F	ADT 3.25
7622	1860	H	Senior 12	33C	3123	F	ADT 3.25
7623	1860	H	Senior 12	33C	3124	F	ADT 3.25
7624	1860	H	Senior 12	33C	3125	F	ADT 3.25
7625	1860	H	Senior 12	33C	3126	F	ADT 3.25
7626	1860	H	Senior 12	33C	3127	F	ADT 3.25
7627	1860	H	Senior 12	33C	3128	F	ADT 3.25
7628	1860	H	Senior 12	33C	3129	F	ADT 3.25
7629	1860	H	Senior 12	33C	3130	F	ADT 3.25
7630	1860	H	Senior 12	33C	3131	F	ADT 3.25
7631	1860	H	Senior 12	33C	3132	F	ADT 3.25
7632	1860	H	Senior 12	33C	3133	F	ADT 3.25
7633	1860	H	Senior 12	33C	3134	F	ADT 3.25
7634	1860	H	Senior 12	33C	3135	F	ADT 3.25
7635	1860	H	Senior 12	33C	3136	F	ADT 3.25
7636	1860	H	Senior 12	33C	3137	F	ADT 3.25
7637	1860	H	Senior 12	33C	3138	F	ADT 3.25
7638	1860	H	Senior 12	33C	3139	F	ADT 3.25
7639	1860	H	Senior 12	33C	3140	F	ADT 3.25
7640	1860	H	Senior 12	33C	3141	F	ADT 3.25
7641	1860	H	Senior 12	33C	3142	F	ADT 3.25
7642	1860	H	Senior 12	33C	3143	F	ADT 3.25
7643	1860	H	Senior 12	33C	3144	F	ADT 3.25
7644	1860	H	Senior 12	33C	3145	F	ADT 3.25
7645	1860	H	Senior 12	33C	3146	F	ADT 3.25
7646	1860	H	Senior 12	33C	3147	F	ADT 3.25
7647	1860	H	Senior 12	33C	3148	F	ADT 3.25
7648	1860	H	Senior 12	33C	3149	F	ADT 3.25
7649	1860	H	Senior 12	33C	3150	F	ADT 3.25
7650	1860	H	Senior 12	33C	3151	F	ADT 3.25
7651	1860	H	Senior 12	33C	3152	F	ADT 3.25
7652	1860	H	Senior 12	33C	3153	F	ADT 3.25
7653	1860	H	Senior 12	33C	3154	F	ADT 3.25
7654	1860	H	Senior 12	33C	3155	F	ADT 3.25
7655	1860	H	Senior 12	33C	3156	F	ADT 3.25
7656	1860	H	Senior 12	33C	3157	F	ADT 3.25
7657	1860	H	Senior 12	33C	3158	F	ADT 3.25
7658	1860	H	Senior 12	33C	3159	F	ADT 3.25
7659	1860	H	Senior 12	33C	3160	F	ADT 3.25
7660	1860	H	Senior 12	33C	3161	F	ADT 3.25
7661	1860	H	Senior 12	33C	3162	F	ADT 3.25
7662	1860	H	Senior 12	33C	3163	F	ADT 3.25
7663	1860	H	Senior 12	33C	3164	F	ADT 3.25
7664	1860	H	Senior 12	33C	3165	F	ADT 3.25
7665	1860	H	Senior 12	33C	3166	F	ADT 3.25
7666	1860	H	Senior 12	33C	3167	F	ADT 3.25
7667	1860	H	Senior 12	33C	3168	F	ADT 3.25
7668	1860	H	Senior 12	33C	3169	F	ADT 3.25
7669	1860	H	Senior 12	33C	3170	F	ADT 3.25
7670	1860	H	Senior 12	33C	3171	F	ADT 3.25
7671	1860	H	Senior 12	33C	3172	F	ADT 3.25
7672	1860	H	Senior 12	33C	3173	F	ADT 3.25
7673	1860	H	Senior 12	33C	3174	F	ADT 3.25
7674	1860	H	Senior 12	33C	3175	F	ADT 3.25
7675	1860	H	Senior 12	33C	3176	F	ADT 3.25
7676	1860	H	Senior 12	33C	3177	F	ADT 3.25
7677	1860	H	Senior 12	33C	3178	F	ADT 3.25
7678	1860	H	Senior 12	33C	3179	F	ADT 3.25
7679	1860	H	Senior 12	33C	3180	F	ADT 3.25
7680	1860	H	Senior 12	33C	3181	F	ADT 3.25
7681	1860	H	Senior 12	33C	3182	F	ADT 3.25
7682	1860	H	Senior 12	33C	3183	F	ADT 3.25
7683	1860	H	Senior 12	33C	3184	F	ADT 3.25
7684	1860	H	Senior 12	33C	3185	F	ADT 3.25
7685	1860	H	Senior 12	33C	3186	F	ADT 3.25
7686	1860	H	Senior 12	33C	3187	F	ADT 3.25
7687	1860	H	Senior 12	33C	3188	F	ADT 3.25
7688	1860	H	Senior 12	33C	3189	F	ADT 3.25
7689	1860	H	Senior 12	33C	3190	F	ADT 3.25
7690	1860	H	Senior 12	33C	3191	F	ADT 3.25
7691	1860	H	Senior 12	33C	3192	F	ADT 3.25
7692	1860	H	Senior 12	33C	3193	F	ADT 3.25
7693	1860	H	Senior 12	33C	3194	F	ADT 3.25
7694	1860	H	Senior 12	33C	3195	F	ADT 3.25
7695	1860	H	Senior 12	33C	3196	F	ADT 3.25
7696	1860	H	Senior 12	33C	3197	F	ADT 3.25
7697	1860	H	Senior 12	33C	3198	F	ADT 3.25
7698	1860	H	Senior 12	33C	3199	F	ADT 3.25
7699	1860	H	Senior 12	33C	3200	F	ADT 3.25
7700	1860	H	Senior 12	33C	3201	F	ADT 3.25
7701	1860	H	Senior 12	33C	3202	F	ADT 3.25
7702	1860	H	Senior 12	33C	3203	F	ADT 3.25
7703	1860	H	Senior 12	33C	3204	F	ADT 3.25
7704	1860	H	Senior 12	33C	3205	F	ADT 3.25
7705	1860	H	Senior 12	33C	3206	F	ADT 3.25
7706	1860	H	Senior 12	33C	3207	F	ADT 3.25
7707	1860	H	Senior 12	33C	3208	F	ADT 3.25
7708	1860	H	Senior 12	33C	3209	F	ADT 3.25
7709	1860	H	Senior 12	33C	3210	F	ADT 3.25
7710	1860	H	Senior 12	33C	3211	F	ADT 3.25
7711	1860	H	Senior 12	33C	3212	F	ADT 3.25
7712	1860	H	Senior 12	33C	3213	F	ADT 3.25
7713	1860	H	Senior 12	33C	3214	F	ADT 3.25
7714	1860	H	Senior 12	33C	3215	F	ADT 3.25
7715	1860	H	Senior 12	33C	3216	F	ADT 3.25
7716	1860	H	Senior 12	33C	3217	F	ADT 3.25
7717	1860	H	Senior 12	33C	3218	F	ADT 3.25
7718	1860	H	Senior 12	33C	3219	F	ADT 3.25
7719	1860	H	Senior 12	33C	3220	F	ADT 3.25
7720	1860	H	Senior 12	33C	3221	F	ADT 3.25
7721	1860	H	Senior 12	33C	3222	F	ADT 3.25
7722	1860	H	Senior 12	33C	3223	F	ADT 3.25
7723	1860	H	Senior 12	33C	3224	F	ADT 3.25
7724	1860	H	Senior 12	33C	3225	F	ADT 3.25
7725	1860	H	Senior 12	33C	3226	F	ADT 3.25
7726	1860	H	Senior 12	33C	3227	F	ADT 3.25
7727	1860	H	Senior 12	33C	3228	F	ADT 3.25
7728	1860	H	Senior 12	33C	3229	F	ADT 3.25
7729	1860	H	Senior 12	33C	3230	F	ADT 3.25
7730	1860	H	Senior 12	33C	3231	F	ADT 3.25
7731	1860	H	Senior 12	33C	3232	F	ADT 3.25
7732	1860	H	Senior 12	33C	3233	F	ADT 3.25
7733	1860	H	Senior 12	33C	3234	F	ADT 3.25
7734	1860	H	Senior 12	33C	3235	F	ADT 3.25
7735	1860	H	Senior 12	33C	3236	F	ADT 3.25
7736	1860	H	Senior 12	33C	3237	F	ADT 3.25
7737	1860	H	Senior 12	33C	3238	F	ADT 3.25
7738	1860	H	Senior 12	33C	3239	F	ADT 3.25
7739	1860	H	Senior 12	33C	3240	F	ADT 3.25
7740	1860	H	Senior 12	33C	3241	F	ADT 3.25
7741	1860	H	Senior 12	33C	3242	F	ADT 3.25
7742	1860	H	Senior 12	33C	3243	F	ADT 3.25
7743	1860	H	Senior 12	33C	3244	F	ADT 3.25
7744	1860	H	Senior 12	33C	3245	F	ADT 3.25
7745	1860	H	Senior 12	33C	3246	F	ADT 3.25
7746	1860	H	Senior 12	33C	3247	F	ADT 3.25

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

Wien		
Ernst Kossel, Stv. V.	10.2	7.2
Edmund Brown	2375	2375
Ernest Gordon	1.20	1.20
Salvo, A.	24.75	24.75
Trans. Co., Pipe Lines	18.675	18.75
Woolworth Trust	12.25	12.25
Index 1981-82	2795.30	2796.80
Zürich		
Abraham	247	794
Capl. NA	338	529
Bank Lau	4678	4980
Brown Bond	1776	1725
Capl. Galaxy Ind.	2975	2900
Capl. Galaxy Part.	950	950
Beier, West	1310	1423
Georg Fischer Ind.	1285	1265
Mop. Galaxy Ind.	1285	1265
H. Lu Roche LTD.	1310	1310
Holzerbach	450	450
Indo-Galaxy	830	820
Galaxy Southern Ind.	7475	7325
James	2220	2475
Lomdy Gyr	2220	2220
Midwest Ind.	1000	1000
Moor Columbus	1890	1880
Neustadt Ind.	875	865
Oerflon-Galaxy	1600	1600
Sandoz Ind.	475	475
Sandoz Ind.	1178	1175
Sandoz Part.	1720	1770
Zet. A. Sauer	225	225
Schw. Sankgen	5010	5005
Schw. Sankgen Ind.	135	137
Schw. Knecht, A. Ind.	5640	5645
Schw. Sankgen, Ind.	15500	15500
Schw. Sankgen, Ind.	3525	3525
Schw. Sankgen Part.	440	440
Sulvacon	1995	1980
Capl. NA	1610	1600
Wimmer Ind.	2950	2950
Wimmer Scher.	5125	5125
Zet. Voss, Ind.	497.40	497.40
Wimmer Scher. Knecht.	497.40	496.50

[illegible][illegible][illegible]

Philadelphia 10. 2, 1986
 3101 Opertioner + 149 900 (185 500) Aklanon,
 3102 3103 3104 3105 3106 3107 3108 3109 3110 3111
 3112 3113 3114 3115 3116 3117 3118 3119 3120 3121
 3122 3123 3124 3125 3126 3127 3128 3129 3130 3131
 3132 3133 3134 3135 3136 3137 3138 3139 3140 3141
 3142 3143 3144 3145 3146 3147 3148 3149 3150 3151
 3152 3153 3154 3155 3156 3157 3158 3159 3160 3161
 3162 3163 3164 3165 3166 3167 3168 3169 3170 3171
 3172 3173 3174 3175 3176 3177 3178 3179 3180 3181
 3182 3183 3184 3185 3186 3187 3188 3189 3190 3191
 3192 3193 3194 3195 3196 3197 3198 3199 3200 3201
 3202 3203 3204 3205 3206 3207 3208 3209 3210 3211
 3212 3213 3214 3215 3216 3217 3218 3219 3220 3221
 3222 3223 3224 3225 3226 3227 3228 3229 3230 3231
 3232 3233 3234 3235 3236 3237 3238 3239 3240 3241
 3242 3243 3244 3245 3246 3247 3248 3249 3250 3251
 3252 3253 3254 3255 3256 3257 3258 3259 3260 3261
 3262 3263 3264 3265 3266 3267 3268 3269 3270 3271
 3272 3273 3274 3275 3276 3277 3278 3279 3280 3281
 3282 3283 3284 3285 3286 3287 3288 3289 3290 3291
 3292 3293 3294 3295 3296 3297 3298 3299 3300 3301
 3302 3303 3304 3305 3306 3307 3308 3309 3310 3311
 3312 3313 3314 3315 3316 3317 3318 3319 3320 3321
 3322 3323 3324 3325 3326 3327 3328 3329 3330 3331
 3332 3333 3334 3335 3336 3337 3338 3339 3340 3341
 3342 3343 3344 3345 3346 3347 3348 3349 3350 3351
 3352 3353 3354 3355 3356 3357 3358 3359 3360 3361
 3362 3363 3364 3365 3366 3367 3368 3369 3370 3371
 3372 3373 3374 3375 3376 3377 3378 3379 3380 3381
 3382 3383 3384 3385 3386 3387 3388 3389 3390 3391
 3392 3393 3394 3395 3396 3397 3398 3399 3400 3401
 3402 3403 3404 3405 3406 3407 3408 3409 3410 3411
 3412 3413 3414 3415 3416 3417 3418 3419 3420 3421
 3422 3423 3424 3425 3426 3427 3428 3429 3430 3431
 3432 3433 3434 3435 3436 3437 3438 3439 3440 3441
 3442 3443 3444 3445 3446 3447 3448 3449 3450 3451
 3452 3453 3454 3455 3456 3457 3458 3459 3460 3461
 3462 3463 3464 3465 3466 3467 3468 3469 3470 3471
 3472 3473 3474 3475 3476 3477 3478 3479 3480 3481
 3482 3483 3484 3485 3486 3487 3488 3489 3490 3491
 3492 3493 3494 3495 3496 3497 3498 3499 3500 3501
 3502 3503 3504 3505 3506 3507 3508 3509 3510 3511
 3512 3513 3514 3515 3516 3517 3518 3519 3520 3521
 3522 3523 3524 3525 3526 3527 3528 3529 3530 3531
 3532 3533 3534 3535 3536 3537 3538 3539 3540 3541
 3542 3543 3544 3545 3546 3547 3548 3549 3550 3551
 3552 3553 3554 3555 3556 3557 3558 3559 3560 3561
 3562 3563 3564 3565 3566 3567 3568 3569 3570 3571
 3572 3573 3574 3575 3576 3577 3578 3579 3580 3581
 3582 3583 3584 3585 3586 3587 3588 3589 3590 3591
 3592 3593 3594 3595 3596 3597 3598 3599 3600 3601
 3602 3603 3604 3605 3606 3607 3608 3609 3610 3611
 3612 3613 3614 3615 3616 3617 3618 3619 3620 3621
 3622 3623 3624 3625 3626 3627 3628 3629 3630 3631
 3632 3633 3634 3635 3636 3637 3638 3639 3640 3641
 3642 3643 3644 3645 3646 3647 3648 3649 3650 3651
 3652 3653 3654 3655 3656 3657 3658 3659 3660 3661
 3662 3663 3664 3665 3666 3667 3668 3669 3670 3671
 3672 3673 3674 3675 3676 3677 3678 3679 3680 3681
 3682 3683 3684 3685 3686 3687 3688 3689 3690 3691
 3692 3693 3694 3695 3696 3697 3698 3699 3700 3701
 3702 3703 3704 3705 3706 3707 3708 3709 3710 3711
 3712 3713 3714 3715 3716 3717 3718 3719 3720 3721
 3722 3723 3724 3725 3726 3727 3728 3729 3730 3731
 3732 3733 3734 3735 3736 3737 3738 3739 3740 3741
 3742 3743 3744 3745 3746 3747 3748 3749 3750 3751
 3752 3753 3754 3755 3756 3757 3758 3759 3760 3761
 3762 3763 3764 3765 3766 3767 3768 3769 3770 3771
 3772 3773 3774 3775 3776 3777 3778 3779 3780 3781
 3782 3783 3784 3785 3786 3787 3788 3789 3790 3791
 3792 3793 3794 3795 3796 3797 3798 3799 3800 3801
 3802 3803 3804 3805 3806 3807 3808 3809 3810 3811
 3812 3813 3814 3815 3816 3817 3818 3819 3820 3821
 3822 3823 3824 3825 3826 3827 3828 3829 3830 3831
 3832 3833 3834 3835 3836 3837 3838 3839 3840 3841
 3842 3843 3844 3845 3846 3847 3848 3849 385

[illegible][illegible]

Deutsch/Deutsch					
Land	Dindev	Währ.	Anteil Bank	Parität	Seiten*
Gold	Initial				Verkauf
288,5	2,9951	2,502	2,35	2,45	
1,548	3,352	2,94	3,2	3,48	
2,025	3,039	2,958	2,94	3,09	
1,695	1,201	1,874	1,64	1,76	
1,435	10,645	8,23	8,77	8,29	
11,63	118,65	117,75	120,00		
4,90	4,808	4,87	4,92		
5,65	32,735	31,775	31,68	33,55	
27,74	27,74	26,70	26,75	26,75	
32,39	31,70	31,70	31,68	32,75	
37,18	37,10	37,10	37,02	37,71	
4,755	4,755	4,755	4,755	4,755	
16,84	14,141	14,141	14,12	14,54	
5,95	5,955	5,955	5,955	5,955	
1,533	1,533	1,533	1,533	1,533	
1,675	1,2705	—	1,21	1,27	
1,68	44,85	44,89	45,25	45,25	
—	—	—	—	—	
—	—	—	0,05	0,18	
unb.	unb.	—	0,90	1,70	
—	—	—	1,70	1,80	
unb.	unb.	—	1,42	1,77	
unb.	unb.	—	0,78	1,18	
unb.	unb.	—	20,00	34,08	

Deutsche Pf. Pfund: 1 Pfund Lire
bei 100 Tg. * nicht ausständig
gesamtes.

Hans Barths Biographie über Hermann Oberth

Zurück zu den Sternen

Die Möglichkeit einer Katastrophe, wie sie jetzt die amerikanische Raumfahrt heimgesucht hat, findet keinen Platz in seinen Überlegungen. Gleichwohl hat er in den vielen Jahrzehnten immer wieder Rückschläge hinnehmen müssen, in technischer Hinsicht, aber auch in der Bewertung und Würdigung seiner Arbeit. Hermann Oberth, der die Idee der bemannten Raumfahrt zwar nicht als erster dachte, ihr aber doch zum entscheidenden Durchbruch verhalf, stand lange Zeit, in Deutschland wie in den USA, im Schatten seines Meisterschülers Werner von Braun; seine fast kaulzig zu nennende Bescheidenheit verbot es ihm wohl, seine eigenen Verdienste, die Prioritäten bei der gedanklichen Erschließung des Alls ins rechte Licht zu rücken.

Das hat für ihn sein Landsmann Hans Barth getan, in einer Biogra-

phie, in der Menschliches und Genialität, Provinziales und Welt-Verständnis gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Oberth ist nicht nur der vielzitierte „Vater der Raumfahrt“, der sich als 83-Jähriger, den Start der deutschen D-1-Mission in Florida mit eigenen Augen ansah. Er ist auch der Philosoph, der in der leicht verschrobene Sprache der Siebenbürger Sachsen die Grenzen des Wachstums verschwinden sieht, die pessimistische Prognose dem – noch – an die Erde gefesselten Menschen aufzuringen zu müssen glauben. Das ist auch der zerkümmerte Professor, über den seine Freunde unzählige Anekdoten zu erzählen wissen. Das ist freilich auch jener Idealist, der die Hoffnung auf eine politische Einigung unter den Weltmächten vehement vertritt, der sogar ein etwas versponnenes Modell für dieses Wunschbild entwarf.

Buch des Tages

Hans Barth: „Hermann Oberth. Leben – Werk – Wirkung“. Uni-Verlag, Bielefeld, 416 S., 92 Abb., 30 Mark.

Reichtümer jedenfalls hat der Siebenbürger Professor und inzwischen vielfach geehrte mit seinen zahlreichen Erfindungen nicht erwerben können. Schon sein erstes und berühmtestes Buch, „Die Rakete zu den Planetenräumen“, als Doktorarbeit von der Universität Göttingen seinerzeit abgelehnt, mußte er mit eigenem Geld drucken lassen, seine zahllosen Patente brachten Oberth nicht einmal genug zum Leben ein. Immer wieder mußte er die Schulden, die ihm die praktische Arbeit an seinen Erfindungen eingebracht hatte, von seinem Lehrgeld tilgen.

So hat sich ein wenig Verbitterung in manches Urteil des so oft Enttäuschten eingeschlichen. Zwar gilt er, zumindest in der Fachwelt, heute als Vater der Raumfahrt. Mit Ausnahme jener Monate jedoch, als er mit einer Handvoll begeisterter Ingenieure und Helfer in Berlin seine erste Flüssigkeitsrakete baute, hat er nie die Gelegenheit gehabt, seine Projekte in handfester Technik umzusetzen. Das taten andere für ihn. Immerhin hat er, und das wird auch heute noch oft vergessen, den Samen für eine Fülle der Entwicklungen gelegt, die, als er sie vorausdachte, noch als Utopien abgetan wurden.

Er hat das große Glück, die Realisierung vieler seiner Träume miterleben zu dürfen. Das Buch, mit einer Fülle authentischer, teilweise bisher unbekannter Details, sollte dazu beitragen, das Denkmal Hermann Oberth noch zu seinen Lebzeiten auf jenen Platz zu stellen, der ihm gebührt.

KLAUS WOLFF



Besuch der Beatles bei der Queen. Szene aus der Bochumer Aufführung

FOTO: BUCHORN

Bochum bringt ein Theaterstück über den ermordeten Beatle John Lennon

Oxford-Laute unterm Pilzköpfchen

So, jetzt hat er auch sein Theaterstück, der John Lennon, der von einem Psychopathen am 8. Dezember 1980, gerade vierzig Jahre alt, in New York erschossen wurde. Aber Lennon lebt weiter. Nicht nur in seinen Liedern, sondern auch im Bochumer Schauspielhaus, für das Uwe Jens Jensen gemeinsam mit Hansgeorg Koch, dem musikalischen Leiter, eine Szenenfolge aus Musik, Zitaten und Aussprüchen der Beatles mit dem schlichten Titel „John Lennon“ zusammengestellt hat. Da mochte man schon recht nostalgisch werden, wenn man die Songs hörte und die vier Pilzköpfe sah, die in unser aller Leben eine Rolle gespielt haben.

Es beginnt mit dem Mord, und es endet damit: Die gleiche Szene bildet quasi den Rahmen für das Stück, das die Lebensgeschichte des John Winston Lennon erzählt. Kaleidoskopartig erleben wir Kindheit, Schule, Hamburg, Lennons Hochzeit mit Cynthia, die Auszeichnung der Queen, die die vier Pilzköpfe, seinerzeit die ergiebigsten Steuerzahler des Königreiches, zu „Members of the British Empire“ machte, Yoko Ono, Lennons zweite Frau, mit der er das „Bed-in“ für den Frieden in Amsterdam veranstaltete – fast zurzeit für die

zweieinhalb Stunden, in denen auch der Musik der Liverpooler sehr viel Platz eingeräumt wird.

Das ist zwar dramaturgisch nicht sehr aufregend, zumal man auch nichts Neues aus dem Leben des Pop-Helden erfährt. Es wird aber wettgemacht durch ein Ensemble in Sekulaune, das Jensen, der auch für die Regie zeichnet, zur Verfügung stellt, allen voran Alexander Goebel als John Lennon I, der Zuschauer als „Master of Ceremonies“ durch sein Leben führt. Nicht ganz so überzeugend geraten die anderen Beatles: Bert Oberdorfer als etwas zu beliebter Paul McCartney, Ulrich Wessmann als blasser George Harrison, Matthias Redhammer als Ringo Starr und Bernd Birkahn als Lennon II.

Goebel selbst sieht dem echten Lennon verblüffend ähnlich, wenn er auch den vermeintlichen Revoluzzer, der die Welt mit dem Satz schockierte, die Beatles seien bekannter als Jesus, etwas zu brav verkörpert. Da steht dem Schauspieler nicht zuletzt sein Oberprimar-Englisch im Weg, mit dem er die Entstehung der Beatles beschreibt. Diese berühmten Oxford-Laute passen ganz und gar nicht zu einem Liverpooler. Dafür übertrifft Goebel mit einer Stimme, die

die bereits zu Evergreens gewordenen Hits gut über die Rampe bringt.

Daß Kirsten Dene zu den Besten in Bochum gehört, weiß man schon länger. Daß sie auch gut singen kann, beweist sie an diesem Abend recht nachdrücklich. Sie schlüpft in sechs verschiedene Rollen, darunter eine ausgeflippte Queen Elizabeth, sepierschwingend im Nachthemd, die „Lady Madonna“ ins Mikrophon röhrt, und eine anrührende New Yorker „Bag Woman“, deren „Fool On The Hill“ eine ganz neue Bedeutung erlangt: Sie singt es, nachdem Lennon von Yoko verlassen worden und die Gruppe auseinandergefallen ist.

Jensen hat sich von Anette Schulz Bühnenbilder von teilweise märchenhaft poetischem Charme bauen lassen. Hinreißend gerät die Bebilderung der „Lucy In The Sky With Diamonds“-Überschreibung: Eine da schwebt Lucy, hübschkleidete, neben Superman durch die Luft, ein Walross wackelt über die Bühne, und an der Rampe fährt ein Yellow Submarine vorbei. „We are very amused“, zitiert die verrockte ER II im Text ihre Vorgängerin Victoria. So are we.

RAINER NOLDEN

Weitere Termine: 15., 22., 28. 2. Kartenvorbestellung unter 0334/37 061

Alte Gewänder im Bamberger Diözesanmuseum

Sehr unirdische Träume

Eine eigenartige Stille liegt über dem „Mantelsaal“ im Bamberger Diözesanmuseum. Zu sehen sind großflächige Vitrinen mit Textilien. Von diesen Textilien geht die bannende Ruhe aus. Die Mehrzahl sind Umlegemäntel; ferner schimmern eine Tunika, ein byzantinisches Tuch unbekannter Verwendung und die Fuß-, Bein- und Leibkleider aus der Gruft eines Papstes.

Gefangengenommen wird der Blick jedes Eintretenden zunächst einmal von dem hinreißenden „Sternenmantel“ des heiliggesprochenen Kaisers Heinrich II. (973 bis 1024), der der Gründer des Bistums Bamberg und der Stifter des Doms war.

Über den tiefblauen Seidendamast mit einem herrlichem Granatapfelmuster ziehen die Sterne, sämtlich in Goldstickerei: Waldfisch und Großer Bär, Pegasus, Cassiopeia und Schwan – ein schier endloser Reigen. Die Mitte des Mantelrückens wird von Christus und von christlichen Symbolen beherrscht.

Eine lateinische Stickerei-Inscription belehrt den Betrachter, daß er die Beschreibung des ganzen Erdkreises“ sieht. Fünf Ismael von Apulien machte das Sternenwunder anno 1019 dem von ihm verehrten Heinrich zum Geschenk.

Den weltberühmten „Reitermantel“ zeigt die nebenstehende Vitrine. Aus schwarzblauem, mit Blättern und Tieren besticktem Stoff heben sich acht große Medallions sehr plastisch heraus. Alle zeigen ein goldenes Roß mit goldenem Reiter. Der Reiter trägt eine Krone und schwingt ein Lilienzepter. Ob der Mantel ein persönliches Gewandstück Heinrichs war, ist nicht belegt. Es dürfte auch unerheblich sein, wer ihn trug. Einem derart unirdischen Gewandtraum nach dem irdischen Träger.

Des Kaisers Tunika dagegen galt von jeher als sein Geschenk an das Bamberger Domkapitel. Vom schlichten weißen Gewand stechen rotseidene, mit Perlen besetzte Borten ab. Schreitende Greife, die Schwingen gespreizt, bilden das Bortenmuster.

Das sogenannte „Gunther-Tuch“, ein schillerndes Gewebe aus den Jahren 1050/60 ist vermutlich ein Geschenk des byzantinischen Hofes an den dort Gast gewesenen Bamberger Bischof Gunther. Die violette Seide ist mit winzigen, rosa und hellblauen Blättern übersät. In der teilweise lädierten Tuchmitte reitet ein oströmi-

scher Herrscher; zwei bekörnte, überlebensgroße und bizarr anmutige Frauen rahmen ihn ein.

Bischof Gunther kehrte von seinem Pilgerzug, der mit 7000 Mann begonnen hatte, nicht wieder zurück. Er war einer der rund zweitausend Toten. Mit dem toten Bischof gelangte das Tuch später nach Bamberg und wurde dort 1830 dann während der Domrestaurierung aus seinem Grab geborgen.

Clemens II., 1047 in Italien verstorben, ist der einzige Papst, der nördlich der Alpen, nämlich in Bamberg, beigesetzt wurde. Die Überführung des Leichnams, erklärt sich aus des Papstes Liebe zu Bamberg. Sein Ornat, eine Grabbeigabe, wurde 1942 der Begräbnisstätte des Papstes im Dom entnommen und im Bayerischen Nationalmuseum in München konserviert. Nun sind die Kleider, unter anderem die Dalmatika und die mit Panther gemusterten Pontificalstrümpfe, Bestandteil dieses lautlosen Saales.

Zwei weitere Kostbarkeiten enthält der Raum: die Mäntel der heiligen Kunigunde. Die Gemahlin Kaiser Heinrichs wurde im Jahre 1200, vierundfünfzig Jahre später als ihr Mann, zur Ehre der Äbtissin erhoben. Welcher der beiden Kunigundenmanteil der faszinierender ist, läßt sich schwerlich sagen. Der „Chormantel“ jedenfalls ist geradezu ein Fest für das Auge.

Ein einziges, neben- und übereinandergerichtetes Goldmotiv spannt sich über die helle Seide. Es zeigt einen byzantinischen Monarchen mit Labarum und Reichsapfel. Das eingestickte Bildnis der Kaiserin wurde erst viele Jahre später auf den Mantel gefügt.

Kaum vermag man sich von dem Augenzauber zu trennen. Ob er vielleicht einen der Mäntel einmal aus der Vitrine nehmen und sich umlegen könne, damit der Faltenwurf besser zu bewundern sei, frage ich meinen Führer Walter Mühlitz. Er starrte auf den Boden, als erwies er die Lernnische Schlang.

Selbstverständlich ist der „Mantelsaal“ nur einer unter vielen Sälen des mit Kostbarkeiten gefüllten Diözesanmuseums. Der mit wundervollen Photographien ausgestattete Kunsthof von Renate Baumgärtel-Fleischmann unterstützt die Wanderung durch die Domschatz-Jahrhunderte.

ESTHER KNORR-ANDERS

Charmanter Dauer-Schocker – Der Autor H. Habe

Ein Selfmade-Gentleman

Warum haben Sie diesen Film gemacht? Diese Frage wird mir immer gestellt, wenn ein Beitrag von mir im Fernsehen gebracht wird. Aber bei Hans Habe klingt die Frage aggressiver als sonst: mit diesem Unterton von Überheblichkeit und Verachtung, die man diesem Bestsellerautor schuldig zu sein glaubt.

Denn Hans Habe war ein Reizthema, und auch nach seinem Tod erhitzen sich die Gemüter noch über seinen charmanteren Dauer-Schocker, der vor allem einer gewissen linken Szene in Deutschland so verhaßt war, daß es schon fast wieder wie eine Art

Hans Habe – ARD, 25.00 Uhr

(Haß-)Liebe und heimliche Selbsterkenntnis in dem Kritisierten aussah.

Das ist denn auch der Grund, warum mich dieses Thema lockte. Schon zu Lebzeiten weckte Hans Habe mein Interesse – seine brillanten Artikel und Polemiken einerseits, die engagierten Verweise, mit denen man ihn am Boden zu zerstören versuchte, andererseits. Ich gebe auch gerne zu, daß ich zu diesen Millionen Lesern gehörte, die im „Stern“ fasziniert den Fortsetzungsroman „Die Tarnowska“ von Habe verfolgten und jede neue Fortsetzung atemlos erwarteten, auch wenn dieser Roman – wie fast alle seine Bücher – von der Kritik schlecht oder gar nicht beurteilt wurden, trotz, oder vielleicht gerade weil sie Bestseller wurden und Millionenauflagen erreichten.

Aber das allein hätte natürlich nicht genügt, um aus Hans Habe eine der umstrittensten und farbigsten Figuren im Nachkriegsdeutschland zu machen. Mein Film versucht denn

auch einen ganz anderen zu zeigen als die Klischeefigur, versucht die Vorurteile abzubauen, die diesen Selfmade-Gentleman längst klassifiziert haben: überraschend, humorvoll und bedrückend zugleich.

Es gibt Zufälle, die sind wie Schicksal: Als ein Bekannter mich darauf aufmerksam machte, daß die Prachtvilla von Hans Habe im Tessin langsam aber sicher verrotte und der Willkür von Zerstörung und einem Urwald von wucherndem Unkraut anheimfalle, fuhr ich sofort hin, um dieses beeindruckende Bild von der „Vergänglichkeit von Ehre und Ruhm“ für die Nachwelt festzuhalten. Es entstand daraus der beklemmende und tragisch anmutende Rahmen zu dem Gedenkporträt über den Journalisten und Schriftsteller, der vielleicht kein Zeuge des Jahrhunderts, aber ganz sicher ein Zeuge seiner Zeit war. Von denen, die ihn kannten, bewunderte und liebte; von denen, die ihn nicht kannten, unverstanden und ungeliebt bis über den Tod hinaus, aber keinen jemals gleichgültig lassend.

Weggefährten, Freunde und Zeitgenossen Habes kommen in diesem Porträt zu Wort, unter anderem die Schriftsteller Stefan Heym und Curt Riess, die Journalisten Hilde Spiel, die Schauspielerin Lilli Palmer, die Verlegerin Trude Droste und natürlich seine sechste und letzte Frau, die erstaunliche Lioci.

Hans Habe wäre morgen 75 Jahre alt geworden. Anlässlich seines Geburtstages ist seine Autobiographie „Ich stelle mich – Meine Lebensgeschichte“ im Münchner Herbig-Verlag neu erschienen (558 Seiten, 38 Mark).

CORINNE PULVER



Auch nach seinem Tode ein Reizthema: Der Schriftsteller Hans Habe

FOTO: HORST TAPPE

KRITIK

Beklemmender Fanatismus

Sind wir denn Tiere? Diese Frage liegt der englische Drehbuchautor Gerald Seymour am Ende seines TV-Films „Handlanger des Todes“ (ZDF). Der israelischen Atomwissenschaftler David Sokarev in den Mund. Er hätte sie getrost vermehren können: Tiere töten eine Beute, sie mordern nicht. Und sie kennen keine Ideologie, die sich kurzzerstört, unsere Sache“ nennt und in deren Namen sie dann über unzählige Leichen gehen.

Diese „menschliche“ Variation irdischen Lebens führt Seymour Film, von Michael Ferguson präzise inszeniert, mit viel Sinn für Details vor. So freilich, daß man ihn zunächst für einen Thriller hält. Seymour verfolgt zwei Handlungsstränge: Immer wieder werden Jäger und Opfer betrachtet, und der Film gewinnt dem seine Spannung nicht unwesentlich aus der Schilderung, wie sie aufeinander zu, einander immer näher kommen.

Indes: Was zunächst wie ein wilder Action-Krimi anmutet, stellt sich zunehmend als Schilderung verbissener politischer Positionen und als höchst subtile Charakterstudie heraus, die ohne erstklassige Schauspieler nicht zu realisieren war. Das gilt weniger für den Israeli (Rolf Steiger) und seine eindringlich dargestellte Frau, wohl aber für den arabischen Terroristen (Gary Brown), für seinen irischen Helfer (Aaron Harris) und den Geheimdienstmann Jimmy (Anthony Perkins). Sie machten beklemmend den Fanatismus deutlich, aus dem heraus sich ein Selbstmordkommando als „Stellvertreter unseres Volkes“ vorkommt, die Besessenheit irischer Untergrundkämpfer und die nur scheinbar kühle Mentalität des Geheimbeamten.

Eine ganz andere Frage ist es, wer für die deutsche Übersetzung, für das Wort „Sicherheitsdienst“ verantwort-

lich ist und ob er Kunde von der gleichnamigen SS-Formation hatte. So wie man darüber streiten kann, ob Autor Seymour recht beraten war, als er Jäger und Gejagte auf beiden Seiten sehen, ihre Motive als ähnlich und folglich als austauschbar ansehen wollte. Der überraschende und wahrhaftig zum Lachen reizende Schluß des Spiels, in dem zwei Attentate verhindert werden konnten, nicht aber das Sterben, ließ diese Bedenkllichkeiten nicht vergessen.

KATHRIN BERGMANN

Nachdenken, aber vorher

Das klassische Schwankmacherpaar Arnold & Bach hat in den zwanziger Jahren allerlei prachtvoll gezeichnete Farce unter das Volk gebracht, wobei der Witz darin lag, daß ebendieses Volk damit ganz schön auf die Schippe genommen wurde. Dieser Witz ist nun hin, geliebte ist allenfalls die Mäxchen: Wer es versteht, diese attackierten Lustigkeiten durch eigene komödiantische Phantasie in unsere Tage zu retten und ihre handwerkliche Perfektion zu entfalten, der soll es machen. Aber nicht so verfahren wie der sonst verstorbene Bühnennachkomme Hans Günther Heyme, der aus der vorbestehenden Satire „Halla di Bulla“ (ARD) eine Stadttheateroper aufbaute.

Wollte der Regisseur zeigen, daß er mehr kann, als nur Schwänke inszenieren? Wenn er es zeigen wollte, so ließ er nur erkennen, daß er vielleicht für Hamlet und die Räuber, nicht aber für Schwänke zuständig ist. Sicherlich war die Langweile dieses Abends besonders kränkend. Auch über die Frage, was in den zwanziger Jahren noch erträglich sein mochte, uns Heutige aber in böse Stützen versetzt – auch darüber hätte man nachdenken sollen, vorher.

VALENTIN POLCUCU

STUDIO

Der Deutschlandfunk wird ab 2. März seine Sendungen für Polen und die Tschechoslowakei auf der Mittelwelle 1539 kHz um jeweils eine halbe Stunde verschieben. Außerdem gestaltet der Deutschlandfunk für diese Länder noch je eine Morgen-, Mittags- und Abendsendung über Kurzwelle. Die Sendungen für Ungarn werden unverändert fortgesetzt. Die bisher über Mittelwelle ausgestrahlten Sendungen nach Jugoslawien und Rumänien werden durch erweiterte Kurzwellenpro-

gramme der Deutschen Welle in den frühen Abendstunden ersetzt. AP

Auch die nächste Partnerstadt für die ARD-Fernsehliterie Ein Platz an der Sonne liegt im Ruhrgebiet. Nach Bochum, das die Partnerschaft für die Aktion 1985/86 übernommen hat, folgt 1986/87 Castrop-Rauxel. Profitieren können die Verantwortlichen in Castrop-Rauxel dabei von den Erfahrungen der Bochumer. deren Ziel ist es, wie der „Informationsdienst Ruhr“ mittelt, je Bochumer Bürger mindestens eine Mark in den Spendenkopf zu bekommen. Angestrebt wird eine Summe von einer halben Million Mark. DW



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info	10.35 Unser Haus reicht nur für drei
10.00 Norddeutsche Teetische Süddeutsches Katerfrühstück	11.50 Umsonst
10.05 heute	12.10 Na, sowas – Jubiläum!
10.15 Lektor vom Hocker	12.55 Presseschau
16.00 Tagesschau	15.00 heute
16.10 Film von Myken Liebe	
16.20 Schiller-Express	
16.30 Magazin für junge Leute	
17.00 heute / Aus den Ländern	
17.15 Tele-Illustrate	
17.45 Tom und Jerry	
18.00 Zeitschicksal	
18.10 heute-Schau	
18.20 heute-Schau	
18.30 heute-Schau	
18.40 heute-Schau	
18.50 heute-Schau	
19.00 heute-Schau	
19.10 heute-Schau	
19.20 heute-Schau	
19.30 heute-Schau	
19.40 heute-Schau	
19.50 heute-Schau	
20.00 heute-Schau	
20.10 heute-Schau	
20.20 heute-Schau	
20.30 heute-Schau	
20.40 heute-Schau	
20.50 heute-Schau	
21.00 heute-Schau	
21.10 heute-Schau	
21.20 heute-Schau	
21.30 heute-Schau	
21.40 heute-Schau	
21.50 heute-Schau	
22.00 heute-Schau	
22.10 heute-Schau	
22.20 heute-Schau	
22.30 heute-Schau	
22.40 heute-Schau	
22.50 heute-Schau	
23.00 heute-Schau	
23.10 heute-Schau	
23.20 heute-Schau	
23.30 heute-Schau	
23.40 heute-Schau	
23.50 heute-Schau	



15.00 Paradies
15.30 Ländle
16.00 Musik
17.00 Die Leute von der Stoll-Bruch
18.00 Tode
18.30 Regionalprogramme
18.45 APF block
18.55 Spezialauftrag
19.00 heute
19.10 heute
19.20 heute
19.30 heute
19.40 heute
19.50 heute
20.00 heute
20.10 heute
20.20 heute
20.30 heute
20.40 heute
20.50 heute
21.00 heute
21.10 heute
21.20 heute
21.30 heute
21.40 heute
21.50 heute
22.00 heute
22.10 heute
22.20 heute
22.30 heute
22.40 heute
22.50 heute
23.00 heute
23.10 heute
23.20 heute
23.30 heute
23.40 heute
23.50 heute

3SAT

18.00 Mini-Zoo
18.10 Dink
18.20 heute
18.30 heute
18.40 heute
18.50 heute
19.00 heute
19.10 heute
19.20 heute
19.30 heute
19.40 heute
19.50 heute
20.00 heute
20.10 heute
20.20 heute
20.30 heute
20.40 heute
20.50 heute
21.00 heute
21.10 heute
21.20 heute
21.30 heute
21.40 heute
21.50 heute
22.00 heute
22.10 heute
22.20 heute
22.30 heute
22.40 heute
22.50 heute
23.00 heute
23.10 heute
23.20 heute
23.30 heute
23.40 heute
23.50 heute

RTL-plus

18.35 Blick in die Welt
18.55 7 vor 7
19.00 Nachrichten, Sport, Wetter
19.20 Karikatur
19.30 Knight Rider
19.40 RTL-Spiel
19.50 RTL-Spiel
20.00 RTL-Spiel
20.10 RTL-Spiel
20.20 RTL-Spiel
20.30 RTL-Spiel
20.40 RTL-Spiel
20.50 RTL-Spiel
21.00 RTL-Spiel
21.10 RTL-Spiel
21.20 RTL-Spiel
21.30 RTL-Spiel
21.40 RTL-Spiel
21.50 RTL-Spiel
22.00 RTL-Spiel
22.10 RTL-Spiel
22.20 RTL-Spiel
22.30 RTL-Spiel
22.40 RTL-Spiel
22.50 RTL-Spiel
23.00 RTL-Spiel
23.10 RTL-Spiel
23.20 RTL-Spiel
23.30 RTL-Spiel
23.40 RTL-Spiel
23.50 RTL-Spiel

III.

WEST

18.00 Segenstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Formel Eins
21.00 Alles unter einer Kappe
21.15 mal rheinisch, mal westfälisch
21.30 Aufzeichnung von karnevalistischen Veranstaltungen in Düsseldorf, Bonn, Münster
21.45 letzte Nachrichten
22.00 Segenstraße
22.15 Formel Eins
22.30 Unsere Nachbarn – Die Balken (4)
22.45 Schönes Istanbul
22.55 Tierschau
23.00 Welt am Draht (7)
23.15 Regie: Rainer Werner Fassbinder
23.30 Litschikinder – New York, einflach
23.45 Dokumentarfilm
23.55 Michael Bartenberg und Dietmar Kollnowsky
24.00 Nachrichten

HESSEN

18.50 Das Gesicht mit der Nochnichte
19.05 Formel Eins
20.00 Einpopse
20.15 Amerikanischer Spielfilm (1941)
20.30 Mit Claudette Colbert, Roy Miland, Brian Aherne u. a.
21.30 Drei aktuelle
21.45 Der Infame Fély
21.50 Auf den Spuren eines Mörders namens Rops
22.00 Soap oder Trübsal Helms Familiengeschichte
22.15 Schlussschau
22.30 Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abschied
20.00 Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abschied
20.00 Nur für das Saarland:
19.00 Abschied
20.00 Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Die Sprechstunde
20.00 Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Originalie bei Teiler (4)
20.45 Landespolitik

Nur für Rheinland-Pfalz:

20.15 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
20.30 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
20.45 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
20.55 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
21.05 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
21.15 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
21.25 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
21.35 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
21.45 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
21.55 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
22.05 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
22.15 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
22.25 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
22.35 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
22.45 Fotoabend am dem Jokus-Archiv
22.55 Fotoabend am dem Jokus-A

Das Rätsel an der Wand

mar - Überall sind sie uns hilf- reich vor Augen, die Piktogramme, die Zeichen, die uns schriftlos be- lehren und die sich längst zu einem schier unendlichen Katalog moder- ner Hieroglyphen entwickelt haben.

Als anno 1936 der Schrift- und Schreibkünstler Rudolf Koch sein „Zeichenbuch“ zusammenstellte, „welches alle Arten von Zeichen enthält, wie sie gebraucht worden seit den frühesten Zeiten“, da ge- nügte noch ein schmales Insel- Bändchen, um alle diese Zeichen aufzunehmen. Heute, ein halbes Jahrhundert später, reicht ein sol- ches Bändchen bei weitem nicht mehr aus.

Gut dreitausend „Zeichen & Si- gnets“ haben Erhard D. Stiehn und Dieter Urban soeben in einem dicken Band des Bruckmann Ver- lages zusammengetragen. Aber was ein neues Esperanto für Analphabeten sein will (dann zu Analfabeten werden wir, wenn wir in ein Land kommen, dessen Sprache wir nicht kennen), erweist sich in vielen Fäl-

len als schier unlösbares Bilderrät- sel. Die Silhouette eines Mannes oder einer Frau auf einer Tür ver- mögen wir zwar allerorten zu ent- räteln, auch noch die Hand mit dem verbundenen Finger und dem Balkenkreuz darüber. Aber daß ein Koffer mit einem Fragezeichen oder Hut, Schirm und Handschuh mit daran hängendem Etikett eine Fundstelle, ein Kreis mit einem oder zwei Fragezeichen einen Infor- mationstisch markieren, muß ein- mal erst gesagt werden.

Bei den hübschen Signets der Firmen wird es noch vertrackter. Es bedarf schon einer besonderen Phantasie (und empfiehlt sich dar- um als Ratespiel für langweilige Partys), bei einem Fisch mit Regen- schirm zu erkennen, daß damit Wasserdrift gemeint ist, oder bei einer Gabel mit drei geraden und einem zur Kurve gebogenen Zin- ken, daß auf ein Museumsrestau- rant aufmerksam gemacht werden soll.

Piktogramme? Schön und gut. Aber sie sollten uns das Leben auch wirklich erleichtern. Statt dessen machen sie es immer mehr zum Re- bus, den nur noch gewitzte Fachleu- te auflösen können.

Stuttgarts Trickfilmtage: zwischen Jux und Schrecken

See you later, animator

U nmögliches wird im Zeichen- trick sofort erledigt, auch Wun- der dauern nur ein paar Minuten - Drehbuchautoren, Regisseure der Sparte „Realfilm“ erlassen vor Neid. Erst im Trick, animiert, findet der Film zu seinen unbegrenzten Mög- lichkeiten: Die Logik steht ungenü- gen, Physik wie Physik halten sich an keinerlei Gesetz - dick und dünn, oben und unten, vorn und hinten, du und er, nirgends ein Halten in der Erscheinung. Flucht, entmacht sind Newton und Einstein. Jede Perspektive wirkt sich wundersam leicht ins Große, ebenso leicht schnürt die Welt wieder zusammen zum Mückenschiff. Welch ein Tri- umph!

Die Realistik des Kinofilms, arm- selig dagegen! Denn auch, es gibt nur eine Wirklichkeit, der Irrationalität aber gibt es viele: düster-horrible, sol- che von lachhaften In-Witz - und? Und die meisten Trickfilme nutzen mit Ach und Krach diese zwei Ge- neres: Entweder sie schaffen gra- phisch graue Alpträume auf die Lein- wand - oder sie üben sich in blumig verkrüppelten Jokus, mal satirisch pointiert, mal schmurrig.

Und siehe, auf einmal ist's mit dem Trickfilm eher ein Jammer als ein Triumph. Seine Geltung in unseren Medien: belanglos; sogar im Kinovor- programm scheint er allmählich rar zu werden. Und auf dem Fernsehschirm macht er eigentlich nur (Main- ze)Männchen oder äftt uns was vor, die Werbendung einnehmend mit kindischem Gemack. Von wegen Animationsfilm!

Daß der Trickfilm ein eigenständi- ges, seriöses künstlerisches Medium sei - nicht bloß Klamauk für die Kleinsten mit Blieschen und Mäusen - , diese Botschaft ist hierzulande re- lativ neu. Dem Stuttgarter kommuna- len Kino gebührt das Verdienst, im Verein mit der dortigen Kunstakade- mie (und finanziell gestützt durch Stadt und Land) die ungewöhnliche Bot- schaft erstmals vor größeren Publi- kum bekannt gemacht zu haben, und zwar auf ganz praktische, vorfüh- rende Weise: Seit 1982 gibt es in Stuttgart Internationale Trickfilmta- ge, soeben ist die dritte Biennale die- ser Art zu Ende gegangen.

Ohne Zweifel hat dies Flimmerfest, das in der Bundesrepublik einzigartig ist und seinesgleichen nur noch im bulgarischen Varna, in Zagreb, am Lac d'Annecy und in Ottawa hat, sich längst profiliert. Sein Programm ver- rät „weltweiten“ Zuschnitt, wie auch die Besetzung der Jury: 330 Filme waren eingereicht, 62 auch aufgeführt worden; 19 Nationen nahmen teil am Wettbewerb, darunter „Exoten“ wie Nordkorea - nur von der „DDR“ sah man, zwischen den vielen polnischen, russischen, tschechischen Streifen, nichts Seltensames.

Daß die Zusammensetzung der Ju- ry gruppendynamisch ihren Aus- druck fand in der Beobachtung eines

Neuer Fund für die Urtier-Sammlung Bottrop

Der Elch lag im Graben

I m „Quadrat Bottrop“, Museum für Ur- und Ortsgeschichte, wird künf- tig das Skelett eines etwa 11 800 Jahr- re alten Elchbullen aus der Würm- Eiszeit zu sehen sein. Dieses Fossil - eine ausgesprochene Seltenheit, ein Juwel für die paläontologische For- schung - wurde 1979 bei Kanalisa- tionsarbeiten in Dinslaken durch Ar- beiter in einem nur 1,15 Meter breiten Graben entdeckt. Jetzt harret es, fix und fertig restauriert, seiner Aufstel- lung im Museum.

Bisher konnten im deutschsprachi- gen Raum erst drei fossile Elchskele- te geborgen werden. Der erste Fund glückte 1909 in Schussenried im Land Baden-Württemberg. Er wird derzeit im Staatlichen Museum für Naturkunde in Stuttgart aufbewahrt. Der zweite Fund gelang 1957 in Berlin und befindet sich heute im Besitz des

Museums für Vor- und Frühgeschich- te in Berlin.

Der jetzt in Bottrop aufgestellte dritte Fund erreicht eine Widerristhö- he von 1,65 Meter, eine Länge von 2,30 Meter und eine Geweihbreite von 1,47 Meter. Es handelte sich um einen etwa acht Jahre alten Bullen, der in der sogenannten Alleröd-Zeit, einem Abschnitt der Würm-Eiszeit, gelebt haben muß.

Das Bottroper Museum beherbergt mittlerweile die größte Sammlung von Tieren aus der Würm-Eiszeit und ist deshalb für Freunde der Paläontolo- gie allemal eine Reise wert. Attrak- tionen sind unter anderem der größte Mammuthd-Skelett Europas, ein kom- plettes Wollnashornskelett und das einzige vollständige Skelett eines prähistorischen Wirs in Europa.

ERNST PROBST

Berlin veranstaltet sein zweites „Autorentreffen“

Bitte, doch etwas mehr Begeisterung!

V or knapp zwei Jahren, ebenfalls an einem frostkühlenden Wo- chenende, fand in Berlin im Litera- rischen Kolloquium am Wannsee ein Schriftstellertreffen statt, das schon vom Namen her einen Hauch von Provokation in sich trug. Es firmierte unter dem Titel „Flüchtlingssprache“ und brachte Bewegung und schließlich regelrechten Aufruhr in die Reihen der im VS organisierten deutschen Schriftsteller, weil es Schluß machte mit der verabsin- derten Ab- und Ausgrenzungspolitik gegenüber all jenen Autoren, die seit 1976 zwangsweise die „DDR“ verlas- sen hatten und nicht gewillt waren, ihre persönlichen Erfahrungen mit dem dortigen Regime unter den Scheffel der „Entsorgungspolitik“ zu stellen, die im VS damals allein den Ton angab.

Berni Engelmann, der bedingungs- losen Exekutor dieser Politik, stürzte. Aber mit einem Trick kam sein Palla- dius Hans Peter Bleuel an die Macht. Der Konflikt schwelt bis zur Stunde weiter. Die verdienstvolle Tagung von damals fand nun am selben Ort ihre Fortsetzung, wenn auch unter einem anderen Motto. Diesmal war eingeladen worden, um öffentlich über „Die Uneinigkeit der Einzelgän- ger“ nachzudenken, und es war die Anschlussfrage gestellt worden: „Wo- zu brauchen Schriftsteller einen Ver- band?“ Im Hinblick auf die Verhält- nisse im VS fiel insofern eine Ent- scheidung, als Anna Jonas vom Ber- liner Verband ihre „Kampfkandida- tur“ gegen Bleuel für den nächsten Gesamtkongress ankündigte.

Die Jonas gehörte zusammen mit Günter Grass (der wegen Krankheit fehlte) und Hans Christoph Buch zu den Initiatoren dieses zweiten „Berli- ner Autorentreffens“. Knapp drei Ta- ge standen zur Verfügung für öffent- liche Diskussionen, interne Streitig- keitsgespräche, öffentliche Lesungen und nichtöffentliche Werkstattgesprä- che. Die Verbindung so verschiedener Kommunikationsformen wurde durchgespielt, was zukünftig nach den Wünschen der meisten Anwesen- den regelmäßig stattfinden sollte: daß „Schriftsteller Schriftsteller ein- laden“, wie Anna Jonas es formulier- te, um nicht nur in Politik zu machen, sondern um vor allem über die urei- gen Aufgaben des Schriftstellers zu

sprechen: über Literatur, über die Ar- beit am Text.

Sehr viele Teilnehmer betonten die Notwendigkeit einer solchen konse- quenten Rückbesinnung auf das ei- gentliche Arbeitsfeld des Schriftstel- lers. An diesem Punkt jedenfalls wa- ren sich die in Berlin versammelten Einzelgänger sehr einig, bis zur Be- reitschaft, den Vorwurf des „Eliti- ren“ hinzunehmen. Sobald man aber auf politische Fragen kam, gab es auch auf dieser Tagung wieder hef- tige Uneinigkeit.

Hans Christoph Buch wurde nicht müde, darauf hinzuweisen, daß die Erfahrungen der aus den östlichen Diktaturen Kommenden noch lange nicht aufgearbeitet seien, wenn das überhaupt jemals gelingen könne. Er plädierte für die präzise Herausarbeit- ung der prinzipiellen Unterschiede zwischen den Demokratien des We- stens und den totalitären Staaten von rechts und von links in aller Welt, ermahnte dabei jedoch Widerspruch vor allem vom Kulturbornen der SPD- Bundestagsfraktion, Freimut Duve, der sich auch durch andere Beiträge immer wieder heftig herausgefordert fühlte, die Ost- und „DDR“-Politik seiner Partei zutiefst unkritisch zu verteidigen.

Hans-Joachim Schädlich sprang Buch bei. Ihm ging es darum, „den grundsätzlichen Unterschied beider Ordnungen hin und wieder hervorzu- heben, besonders im Zusammenhang mit der Erörterung von Zensur“, die in totalitären Staaten eben „systema- tisch“ unterdrückt werde. Schädlich schlug eine „Doppelstrategie“ gegen- über diesen Staaten vor, die die leni- nistische These, daß es keine ideolo- gische Koexistenz geben könne, end- lich ernst nehme. Das stieß auf breite Zustimmung, wie denn überhaupt zu registrieren war, daß die Bereitschaft zum heftigen Streit nicht die Bereit- schaft zum geduldischen Zuhören aus- schloß. Das Bedürfnis nach Durch- setzung einer vernünftigen Gesprächs- kultur - jenseits der politi- schen Bekenntnisse und Verbandszu- gehörigkeiten - blieb in Berlin nicht nur ein frommer Wunsch.

Gegen einen Verband als „soziale Lobby“ sprach im übrigen keiner. Aber für die Literatur könne eine Ge- werkschaft zuständig sein, sagte Yaak Karsunke, sondern immer nur



Zweitrock im linken Lager: Hans Christoph Buch (links) und Freimut Duve, die beiden Berliner Hauptkontrahenten. FOTOS: P. PETTSCHIK, BHR

der Autor selber. Ursula Knechel sah darin eine unaufhebbare, schizophre- ne Haltung der Autoren, die zwar sehr wohl die „Vorbildungen“ ihres Schreibens delegieren könnten, aber eben nicht das Schreiben. Für sie stellte sich die Situation auch noch aus einem ganz anderen Blickwinkel als dramatisch dar; sie fragte: „Wo ist noch Platz für Literatur? Über die Fensterreden hinaus? Wir sprechen doch schon fünf nach zwölf!“

Dennoch beherrschte die Angst vor sinkenden Leserszahlen, steigendem TV-Konsum, weniger Wortbeiträgen im Funk und dem Verfall der Lesekultur nicht die allgemeine Diskus- sion. All diese Aspekte, bedrohlich genug, wurden nicht verdrängt, aber es wurde ihnen etwas entgegenge- setzt. F.C. Delius fragte provokant nach dem Eigenanteil der Schriftstel- ler an dem Prozeß, der dazu führt, daß die gesellschaftliche Bedeutung der Literatur abnimmt. Er vermisste eine lockere Gruppe von Schreibe- ren, die sich hin und wieder zur ge- naueren Arbeit an Texten zusam- menfänden und mit Begeisterung, Ent- deckerfreude und Streitslust an Lite- ratur herangehe.

Und Delius trieb die Selbstkritik noch weiter, indem er konstatierte, daß die Literaten nur ausnahmswei- se den Kritikern ins Wort fielen - mithin also darauf verzichteten, gegen die „Verkommenheit“ der literarkriti- schen Maßstäbe zu polemisieren. Er

plädierte gegen das „Stehen in der Nörgelecke“ und für den „Immer sel- teneren Spaß am Metier“. Yaak Kar- sunke verstärkte diese Einsicht mit dem Hinweis, es sei ja nicht nur das Fernsehen, das die nivellere, sondern auch eine „gewisse alternative Szene, die sich dumpf äußert und meint, das sei Literatur“. Karsunke war es auch, der sich kritisch den Kulturbegriff der Gewerkschaften vornahm, die Kultur ständig als „Illustration“ miß- verstehen würden. Aus genau diesem Grund gäbe es seit langem jene so oft beklagte Kluft zwischen den Schrift- stellern und der organisierten Arbei- terbewegung.

Auf Unterlassungssünden der Au- toren machte auch Johano Strasser aufmerksam: „Der Verfall einer lite- rarisch stimulierenden Öffentlich- keit“ hätte es dahin gebracht, daß auch Schriftsteller einander nicht mehr läsen. Statt dessen ließen sich zu viele auf jene Wettbewerbsrunden ein, in denen man nur gewinnen kön- ne, wenn man den anderen niedermä- che. Daß es auch anders geht, ohne unkritisch zu werden, zeigte die nichtöffentliche Lesung, in der Autoren wie Gerald Zschorsch, Bode Morshäuser oder der Rumänien- Deutsche Ernest Wichner aus unver- öffentlichten Manuskripten lasen. Diese Stunden waren eine Vorweg- nahme gemeinsamer Arbeit, wie sie künftig stattfinden soll.

ULRICH SCHACHT

JOURNAL

Kunstpries Berlin für Marianne Hoppe

PHG, Berlin
Der Große Kunstpreis Berlin wird 1986 in der Sparte Darstellende Kunst vergeben. Ihn erhält Marianne Hoppe, an der die Juroren Dieter Dorn, Hannelore Hoger und Hans Lietzau die „sprachliche Kraft ihrer preislich-nüchternen Dik- tion“ rühmen, außerdem stehe die Hoppe in „einsamer Höhe über dem flüchtigen Routinebetrieb des Thea- ters“. Förderpreise gehen an Chri- stiane Möbus (Bildende Kunst), In- geborg Kähler und Jürgen Dirk Zil- ling (Baukunst), Thomas Bracht und Detlev Müller-Siemens (Musik), Lothar Baier (Literatur), Georg Weber (Darstellende Kunst), sowie Ronald Steckel (Film-Hörfunk- Fernsehen). Am 18. März verlie- hen.

Der Keltenfürst von Hochdorf

DW, Köln
Die Ausstellung „Der Keltenfürst von Hochdorf“, die zuerst in Stutt- gart zu sehen war (s. WELT v. 28. 8. 85), wird jetzt bis 31. März in der Josef-Haubrich-Kunsthalle in Köln gezeigt. Sie umfaßt das Fund- gut eines Großgrabhügels der spä- teren Hallstattzeit, das in sechsjähri- ger Arbeit rekonstruiert und kon- serviert wurde. Es war das Grab eines etwa 40jährigen Keltenfür- sten, in dem auch bunte gewirkte Stoffe, Ständeschilder, persönliche Habe, Wagen und Geschirr so- wie Trink- und Essservice gefunden wurden. In der Ausstellung werden außerdem neue Funde aus acht wei- teren Forschungsprojekten gezeigt (Katalog 25 Mark).

Kunst in der Hauptstadt der europäischen Kultur

MvZ, Florenz
Mit der Ausstellung von hunderten späten Zeichnungen von Gustav Klimt begann Florenz sein Jahr als „Hauptstadt der europäischen Kul- tur“. Die offizielle Eröffnung findet jedoch erst am 29. April, an dem auch der „Maggio Musicale“ mit Luciano Berios „Vera Storia“ be- ginnt, statt. Neben den Ausstellun- gen zum 600. Geburtstag von Dona- tello und der 500-Jahr-Feier von An- drea del Sarto werden „Degas als Bildhauer“ mit 73 Leihgaben des Museums von São Paulo, „Vor der Avantgarde - von Fattori bis Modigliani“, „Die Magdalena zwischen Heiligem und Profanem - von Giot- to bis Sutherland“ sowie „Marmor- Restaurierung: Werke und Probleme“ gezeigt. Ferner stehen die Er- öffnung eines Museums mit Werken von Marino Marini und eines Zentrums für Musikforschung an.

2000 Jahre altes Boot im See Genezareth gefunden

dpa, Tel Aviv
Ein etwa 2000 Jahre altes, voll- ständig erhaltenes Boot haben is- raelische Fischer im See Genezareth entdeckt. Nach Meinung von Archäologen könnte es „möglicher- weise sogar Jesus gedient haben“. Das achteinhalb Meter lange Boot liegt einen Meter unter dem Wasser- spiegel in der Nähe des nordwestli- chen Seufers bei dem Kibbutz Ge- nossar. Neben dem Boot wurden auch Münzen und ein römischer Topf (1. Jhd. n. Chr.) gefunden.

Chinesisches Ballett auf USA-Tournee

AFP, Peking
Fünfzig Tänzerinnen und Tänzer des chinesischen Staatsballetts tra- ten am 19. Februar ihre erste USA- Tournee an, die sie in zwei Monaten durch sieben amerikanischen Städte führen wird. Auf dem Programm stehen Aussätze aus „Schwanen- see“ und „Giselle“ sowie chinesi- sches Ballett. Das Gastspiel wurde in fünfjähriger Vorbereitungszeit in Zusammenarbeit mit der Musikaka- demie von Brooklyn organisiert.

Deutscher Preis für englischen Komponisten

dpa, Bonn
Der englische Komponist Jolyon Bretingham-Smith hat den mit 12 000 Mark verbundenen Preis er- halten, den der Kulturkreis im Bun- desverband der Deutschen Indus- trie gemeinsam mit der Gesell- schaft für Neue Musik ausgeschrie- ben hatte. Unter 40 eingereichten Arbeiten hat sich die Jury für Bre- tingham-Smiths Werk „Approach- es to Dun Aengus“ für Violoncel- lo und Orchester entschieden.

Homburger Schloßkirche wird restauriert

DW, Bad Homburg
Für die Instandsetzung der im Jahre 1897 eingeweihten Hombur- ger Schloßkirche hat das Land Hes- sen im Haushaltsjahr 1986 500 000 Mark bereitgestellt, für 1987 sind 1,5 Millionen Mark vorgesehen. Der Gesamtaufwand wird auf 4,25 Mil- lionen Mark geschätzt. Wahrscin- lich werden die Restaurierungsar- beiten mit der Instandsetzung des Dachs und Dachstuhls beginnen. Die Schloßkirche soll künftig für Konzerte genutzt werden.

Pia Frankenburgs Film „Nicht nichts ohne Dich“

Zwei Herzen sind in Not

S ie sind Stadtneurotiker, und ganz wie ihr großes Vorbild Woody Al- len plappern sie sich ohne Unterlaß ihre Wehwehchen von der aufge- brachten Seele. Für die Endredigier- Martha und Alfred, die Spielfiguren von Pia Frankenburgs Debütfilm „Nicht nichts ohne Dich“, ist aller- dings nicht New York, sondern Ham- burg die schöne Wiege ihrer Leiden. Hamburg zur Wintersonne, wenn die Alster zur Schlittschuh-Wiese ge- friert, die Kibbu von Blankensee sich zur Eisschollen-Wüste verwan- deln, in der der Endlos-Student Al- fred - von Scholle zu Scholle sprin- gend - freilich nicht über die frosti- gen Schönheiten der Hansestadt, son- dern über Verhütung bramarbasier- t.

Überallergische Pointen, optische Kehrtwendungen kurz vor dem Ziel, verquere Dialoge - mit maliziösen Mitteln hat die Hamburger Filmema- cherin Pia Frankenburg, für ihr erstes abendfüllendes Opus bereits mit dem Max-Ophüls-Preis dekoriert, die bi- zarre Winterreise ihrer Protagonisten aus dem Klischee in die Komik zu ziehen versucht. Und wenn ihr auch nicht das einzigartige, große Meister- werk damit gelungen ist, amüsant sind viele ihrer Manöver in den höhe- ren Blödsinn gewiß. Doris Dörries zum Kino-Hit avancierten „Männern“ kann sie jedenfalls mit Anstand Pa- roli bieten.

Wird überhaupt irgendetwas ernst genommen in dieser freck aufgeroll- ten Komödie der Beziehungsnot? Kaum. Selbst unsere Schwierigkeiten im Umgang mit Aussiedlern und Gastarbeitern haben, durch Pia Frankenburgs Brillen gesehen, eher einen befreiend absurden, denn drama- tischen Zug. Und ins Absurde zielt auch Marthas und Alfreds Verzweif- lung über die Unfähigkeit, mit dem anderen Geschlecht ins Reine zu kommen.

Der besondere Witz dabei, der frei-

lich von Woody Allens „Stadt- neurotiker“ abgekupfert ist: Die Re- gisseuse Pia Frankenburg spielt - nach dem Motto „Nicht nichts ohne mich“ - diese Martha selbst und gibt ihr auch just jenen Beruf der Filme- macherin, mit dem sie zur Zeit erste Lorbeern zu ernten beginnt. So kriegt das selbstironische Geplänkel gleich- doppelten Boden, man weiß nie ge- nau, sitzt man nun auf dem Martha- oder auf dem erhöhten Pia-Podest.

Ähnlich hintergründig zieht die Frankenburg auch die heute verbi- sen diskutierte Frage nach einer spe- zifisch weiblichen Ästhetik durch den Film-Kakao. Und sie macht das mit so herrlich mauliger Nonchalan- ce, nimmt die Fragerin so lakonisch auf die Schippe, daß man ihr fast verzeiht, daß sie sich dabei so strapa- zierter Formen wie eingelebter In- terviews bedient, die Alexander Kluge ja nun wirklich als Entlarvungs- instrument ausgeschlachtet hat.

Daß sich ein Handlungsrahmen nur ganz schwach herausdröhlt läßt aus diesem nach einem Liebesgedicht Erich Frieds betitelten Film-Komö- dien, daß das Episodische immer Vorrang hat vor handfester Aktion, war offensichtlich Absicht. Sie ver- stimmt dort, wo sich partout kein plausibler Zusammenhang zwischen den locker gefügten Szenen ergeben will, die Reihung des Materials belie- big wird, der Film sich dehnt. Über Form gekont zu witzeln, bedarf es größerer Souveränität.

Die besitzt Kameramann Thomas Mauch, der sich bei Vadim Glownas „Desperado City“ noch in sterile Bild- Welten verlor. Um den Improvi- sationscharakter zu unterstreichen, schreckt er hier nicht einmal davor zurück, einige Szenen saftig zu ver- wackeln. Wie man die Szene kennt, wird allein das schon ausreichen, aus dem Werk einen Kultfilm zu machen.

KLARE WARNECKE

KULTURNOTIZEN

Militaria des Fürstentums Wal- deck sind vom 19. Februar an in ei- nem neuen Ausstellungsraum im Mu- seum Schloß Friedrichshaus in Bad Wildungen zu sehen.

Erich Wegner, einem Vertreter der „Neuen Sachlichkeit“, ist eine Aus- stellung des Kunstvereins Salzgit- ter vom 13. Februar bis 11. März gewid- met.

Die 3. Internationale Fotobuch- ausstellung wird vom 10. Mai bis 1. Juni im Landesapavillon Baden-Würt- temberg in Stuttgart gezeigt werden. Die 9. Grenzlandfilmtage werden

in diesem Jahr vom 3. bis 8. April im oberfränkischen Selb stattfinden. Die umfassende Werkschau ist dieses Mal dem polnischen Regisseur Jerzy Ka- walerowicz gewidmet.

Die Francis Bacon-Retrospektive, die zuerst in London (s. WELT v. 1. 8. 85) und danach in Stuttgart zu sehen war, wird jetzt vom 7. Februar bis 31. März in der Berliner Nationa- l-galerie gezeigt.

Nickil Banerjee, renommierter in- discher Sitar-Spieler, ist im Alter von fünfundsünfzig Jahren in Kalkutta gestorben.



Vorbild der nachgebildeten „Markus-Mallot“ - „dithyrambisch“ (1976) von Lüpertz. FOTO: KATALOG

Die Antike verfehlt: Markus Lüpertz in München

Monster aus Pappmaché

M arkus Lüpertz hat in den letzten Jahren immer wieder Triptycha gemalt, die so deutlich an Max Beck- mann orientiert sind, daß man auf den ersten Blick vermuten könnte, hier setze sich jemand geistig mit die- sem Expressionisten auseinander. Doch dieser Eindruck täuscht. Bei näherem Hinsehen entdeckt man, daß Lüpertz gar nicht an den Leiden- wegen der Beckmannschen Genes- tungen interessiert ist. Wenn man zum Beispiel das Bild „Harlekin mit Raucher/Farlekin mit Schrank/Napoleon“ - jetzt in der großen Lüpertz- Ausstellung im Münchner Lenbach- Haus zu sehen - unter der Fragestel- lung betrachtet, was dieses Tripty- chon denn nun eigentlich mit Beck- mann zu tun hat, dann kommt man schnell zu einem erleichternden Er- gebnis: Formen, Figuren, Komposi- tionsprinzipien und Farbkombi- nationen sind deutlich auf Beckmann, an- sonsten aber herrscht völlige Belie- bigkeit.

Da neigen sich zum Beispiel zur bloßen Form entleerte Figuren vor einer Stange, auf der wie bei den Kan- nibalen ein Kopf mit napoleonischem Dreispitz steckt. Da ist die assozia- tionsreiche Figur des Harlekins eine Art Wandbehange geworden, vor dem ein Kopf Zigaretten raucht, derselbe eigentlich nur aus einem farbigen Krügel besteht.

Im Grunde setzt dieses Bild gefar- ben Lüpertz eigentlich immer fort: hat er rückt die Gegenstände seines Malens - von Sujet kann man nur bedingt sprechen - in einen Bereich von subjektiver Belieblichkeit. In sei- nen Anfängen hat Lüpertz einmal selbst „Gegenstände“ erfunden, d. h. er verstand sich einerseits als „ab- strakter Künstler“, aber keineswegs im Sinne eines Kandinsky oder der Tachisten, sondern eher im Sinne ei- nes Hans Arp.

Andererseits wollte sich Lüpertz nicht ganz und gar vom Gegenstand trennen. Er wollte ihn nur seiner freien Verfügbarkeit unterwerfen. In einer weiteren Phase hat Lüpertz Bil- der gemalt, die genau an der Grenze zwischen Abstraktion und Realität la- gen. Einen Sandhaufen zum Beispiel oder seine berühmten „Zelte“. Die Bedeutungsidentität war aufgeho- ben: Man konnte, so man wollte, den Sand oder das Zelt sehen, man konnte aber auch bloß bei den forma- len Strukturen verbleiben.

Es gab sogar eine Phase, in der Lüpertz mit vorgegebenen Bedeutun- gen spielte, indem er zum Beispiel eine Reihe von Stahlhelmen so dar- stellte und gruppierte, daß daraus auch ebenso gut eine Gartensituation zu assoziieren wäre. Der Weg von der



FOTOS:
SCHUSTER/



Heilau und Alaaf – hießen gestern die Schlachtrufe rheumaf, rheinab. Auch Schnee und Minustemperaturen konnten echte Jecken nicht erschrecken. So waren denn auch fast anderthalb Millionen Menschen in den Nahenherburburgern Mainz, Köln und Düsseldorf auf den Beinen, um den Höhepunkt des Karnevals zu erleben, die Rosenmontagszüge. Das frostige Wetter hatte auch einen Vorteil: Die Zuschauer an den Zugtreckern rückten auf Tuchfühlung zusammen. Das ließ die Stimmung steigen. Ein kräftiger Schluick aus der Flasche tat das übrige und ließ so manchen stocknüchternen Narren aufhauen. Weniger abgebrähte Jecken aber zogen es vor, die Übertragungen des närrischen Treibens vor den Fernsehschirmen mitzuerleben.

ten in Mainz bei Temperaturen etwas unter dem Gefrierpunkt den Zug unter dem Motto „Werd‘ eins mit Mainz“. Noch in den frühen Morgenstunden waren die Straßen und Bürgersteige vom frischen Schnee geräumt worden. Wagen mit Schneehaube – das hatte es seit Jahren nicht mehr gegeben. Trotzdem herrschte Jubiläumsstimmung: Es war der 90. Zug, den der Mainzer Carneval-Verein (MCV) seit 1838 veranstaltet. Dem Zugmarschall folgten 5600 Teilnehmer in 125 Zugnummern, 2500 Musiker in 71 Musikzügen und 93 Motiv- und Prunkwagen. Zu den Musikkapellen gehörte die Band der 8.

Wie in den vergangenen Jahren glossierten die Mainzer Narren die wichtigsten Ereignisse des Weltgeschehens. Mit dem Genfer Treffen von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow befaßte sich der MCV-Wagen „Ist das Eis gebrochen?“, der die beiden Politiker zeigt, wie sie sich behutsam auf dem Eis des gegenseitigen Mißtrauens bewegen. Ganz aktuell der Wagen „Um den Finger gewickelt“: Eine Sekretärin als Spionin in den Fängen des Ost-Berliner Geheimdienstes. Als

dämpfung im Gesundheitswesen
zeigte der Wagen „Selbstbeteiligung“ den „Professor Blüm“, der den Patienten auffordert, nach einer Operation selbst zu Nadel und Faden zu greifen und die Arbeit zu vollenden.

Wenig Chancen räumen die Mainzer Narren den deutschen Kickern bei der Weltmeisterschaft in Mexiko ein: Ein Wagen zeigte die Nationalelf als „Flaschenteppich nach Mexiko“.

Während der Umzüge durfte natürlich auch die neue „Hymne“ der Friesen nicht fehlen – der Hitt der diesjährigen Karnevalsstichtungen: „An der Nordseeküste, am plattdeutschen

und selten an Land...“ In Düsseldorf waren denn auch Abordnungen aus dem Norden der Bundesrepublik Deutschland erschienen. Der drei Kilometer lange Zug mit 84 Gruppen zu Fuß und 65 Wagen, der sich durch Düsseldorf bewegte, wurde angeführt vom Präsidenten des Carnevals-Clubs (als Atilla verkleidet) und den „Bürgerwehr“.

Das Motto „Was uns noch alles blüht! sollte auf die Bundesgartenschau hinweisen, die 1987 in Düsseldorf stattfindet. Fürs Fußvolk, an die 500 000 Jekken, gab's 30 Tonnen Kamellen und Deifjes von den Wagen. Da hing der Kanzler als eine bekannte

Herausforderer Rau als pausbäckiger Äolus, der viel Wind macht. Die öffentlich rechtlichen Anstalten ARD und ZDF wurden als Figuren mit einem Brett vom Kopf dargestellt. Thema aller Umzüge war der (na?) Glykolskandal. Einer der schönsten Wagen in Düsseldorf war der von der Landesregierung finanzierte „Rheinixe und Kiepenkerl“, zwei miteinander tanzende Gestalten, die an die Geburtstunde Nordrhein-Westfalens vor 40 Jahren erinnern sollten.

Einen „Fastelovend der Rekorde“ feierten die Kölner Narren. Sie paradierten auf 61 Fest- und Prunkwagen „Rekorde op Kölsch“ und „Alles...

rund 3500 Musikanten sorgten trotz Schneematsch auf der Straße für die richtige Stimmung unter den mehr als 500 000 Schaustuhligen.

„Rekordverdächtig“ erschien der Kölner Jecken vor allem der Düsseldorfser Landesvater Johannes Rau. Sie zeigten ihn als Stabochspringer in kurzer roter Turnhose, der mit grimmigem Gesicht versucht, den erschrocken dreieckelnden Helm zum Kohl zu überspringen. Einen Rekord bietet nach Ansicht der Kölner Wagnerebauer auch der Bundeshaushalt für das Jahr 1986 – sovielle Löcher gab's noch nie.

Gebüßt (geküßt) worden soll allerdings weniger sein als in den Jahren zuvor. Ob es den „leckre Mädchen“ in Kölle doch zu kalt gewesen war?

Kritische Fragen an die Raumfahrtbehörde / Waren Probleme mit Feststoffraketen bekannt?

Die von US-Präsident Reagan eingesetzte Kommission zur Aufklärung des „Challenger“-Unfalls hat jetzt von der Weltraumbehörde Nasa sämtliche internen Berichte über mögliche Probleme mit den für die Raumfähren verwendeten Zusatzraketen angefordert. Das erklärte ein Sprecher des Weißen Hauses. Damit reagierte die Kommission unter Vorsitz des ehemaligen Außenministers William Rogers auf einen Bericht der Zeitung „New York Times“, in der es geheßen habe, Techniker hätten bereits im vorigen Jahr vor der Gefahr gewarnt, daß an den Feststoffraketen Risse mit verheerenden Folgen auftreten könnten. Die Ermittlungen deuten daraufhin, daß die Explosion der Raumfähre am 28. Januar durch das Ausstreuen eines Flammenstrahls aus einer Naht der rechten Starttrakte ausgelöst worden sein könnte.

Diese Nachricht dürfte den aufkeimenden Optimismus, der die deprimierten „Männer vor Ort“ in den Raumfahrtzentren Cape Canaveral und Houston nach einer Ansprache des Direktors des „Kennedy Space Centers“, Richard Smith, erfaßt hatte, wieder gedämpft haben. Smith hatte in seinem die Moral seiner Angestellten stützenden „Pep-Talk“ vorhergesagt, daß die Verzögerung im Weltprogramm der Shuttle-Flären hinweg sein wird als zunächst vermutet.

tet worden war. Er sprach von zwei bis drei Monaten.

Diese Aussage deutet an, daß man bei der Nasa bereits heute ziemlich sicher über die Ursache der Katastrophe sein muß. Es ist eine Nasa-Faustregel, daß keine neue Weltraum-Mission gestartet wird, solange nicht die Fehler, die bei der vorhergehenden aufgetreten sind, erkannt und behoben sind.

Endgültige Gewißheit über die Ursache wird freilich erst herrschen, wenn die beiden Raketen, die in 50 und in 350 Meter Tiefe vor Cape Canaveral geortet worden sind, gehoben werden können. Bisher hat man etwa zwölf Tonnen Material gehoben.

Die Nasa verweigert jede Auskunft darüber, ob auch Überreste der sieben verunglückten Astronauten gefunden wurden. Die Nachrichtensperre wurde aus Rücksicht gegenüber den Angehörigen der Astronauten verhängt, sie hatte jedoch zur Folge, daß sich spekulative Nachrichten über angebliche Funde in den Medien häuften.

Inzwischen konzentrierte sich die Kommission in ihrer ersten Anhörung auf die Frage, ob die beim Start herrschenden außergewöhnlich kalten Außentemperaturen eine Unfallursache gewesen sein könnten, ohne darauf jedoch schlüssige Antworten zu erhalten. Sollte, wie vermutet wird, die Ursache bei den Festtrei-

stofftraktaten gelegen haben, wird zu prüfen sein, ob es sich um einen Materialfehler, einen Montagefehler oder um Mängel bei der Treibstoff-Zusammensetzung handelt.

Sollte ein Montagefehler vorgelegen haben, könnte das Shuttle-Programm relativ früh wieder aufgenommen werden. Man spricht in Cape Canaveral von September oder Oktober. Sollte es sich jedoch um Materialfehler handeln, wären vorher ausgiebige Tests nötig.

Die Möglichkeit eines Montagefehlers wird diskutiert, seit bekannt wurde, daß die Techniker in Cape Canaveral oft unter großem Zeitdruck ununterbrochen in einer Siebenwöchigen Woche arbeiten mußten. Unabhängig vom Ergebnis der Kommission, das in 120 Tagen vorliegen soll, hat Smith angekündigt, daß er schon in Kürze die Weltraumfähre „Atlantis“ zu Treibstofftests auf die Abschussrampe in Cape Canaveral bringen lassen möchte.

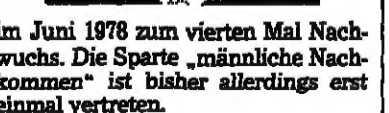
Zugleich drängt das Pentagon darauf, möglichst noch in diesem Sommer von der neugebauten Abschussrampe in Vandenberg (Kalifornien) die Weltraumfähre „Discovery“ ins All zu schleusen, mit der Absicht, einige Militärsatelliten in eine Umlaufbahn über den Pol zu bringen. Es deutet an, daß sie zu Erkundungszwecken über der Sowjetunion gebraucht werden.

Donnelter Victor

Was haben Victor John Foti aus Irondquoit und Victor John Foti aus Fairport gemeinsam? „Dumme Frage“, werden Sie sagen, „den Namen natürlich“. Stimmt. Aber es geht noch weiter: Beide leben in der US-Staat New York nur Kilometer voneinander entfernt, beide warten im Krankenhaus von Rochester auf eine Bypass-Operation, beide sind sich nicht miteinander anfreundet. Als sich feststellte, daß sie auch denselben Arzt haben, mußten wir uns für unser Doppel etwas überlegen“, berichtet Stationschwester Kae Robertson. Der Chirurg George Hicks ernannte die Patienten schließlich zu „Victor dem Großen“ und „Victor dem Kleinen“. Der große (64) ist sechs Jahre älter und 35 Kilogramm schwerer.

Kindersegen

Ein freudiges Ereignis meldet das jordanische Königshaus: Königin Nur hat ein Mädchen zur Welt gebracht. Die 34jährige - sie hat an der Princeton-Universität ein Architekturstudium abgeschlossen - schenkte König Hussein (50) mit Töchterchen Rawa al Hussein seit der Hochzeit



Grabkammer des Kämmerers von Tutanchamun entdeckt

Ein britisch-niederländisches Archäologen-Team hat auf dem Gräberfeld von Saklaka, 30 Kilometer südlich von Kairo, die Grabkammer von Maya, dem Schatzkammerer des legendären ägyptischen Königs Tutanchamun (1347 bis 1337 v. Chr.) entdeckt. Bei diesem Fund soll es sich um den bedeutsamsten seit der Entdeckung des Tutanchamun-Grabes im „Tal der Könige“ durch Howard Carter im Jahre 1922 handeln.

Prof. Geoffrey Martin von der London University und Jacobus van Dyk vom Antikensmuseum in Leyden stießen durch Zufall auf die Grabkammer. Die beiden Wissenschaftler erreichten in etwa 20 Meter Tiefe den Eingang zur Vorkammer des Grabes, deren Türpfosten den Namen Mayas trugen. Es gelang ihnen, einen Blick ins Innere der Kammer zu werfen, wo sie Wandmalereien und Friesse entdeckten. „Was wir sahen, ließ uns den Atem stocken“, sagten die beiden Archäologen. „Reliefs und Wandinschriften sind in vollkommenem Zustand. Die Farben wirken wie frisch aufgetragen.“ Ob das Grab von Räubern unberührt ist, konnten sie jedoch noch nicht sagen.

Die beiden Ägyptologen suchten seit zehn Jahren nach dem unterirdischen Grab. Mehrere Blöcke aus dem oberirdischen Teil befinden sich bereits in Museen in aller Welt, be-

dem ein preussischer Archäologe im 19. Jahrhundert auf den Fundort gestoßen war. Weil weitere Ausgrabungen damals unterblieben, deckte der Wüstensand das Areal wieder zu.

Die exakte Lage der Grabkammer blieb unbekannt, bis das britisch-niederländische Team am vergangenen Samstag bei Arbeiten in der Nähe des Tempels von Ehrenabab, dem letzten Pharao der 18. Dynastie, auf den Eingang stieß. Voraussichtlich wird es Monate dauern, bis der Zugang zur Kammer von Schutt, Sand und Geröll befreit ist. Die genaue Erforschung der Funde dürfte sich über Jahre hinziehen.

Tutanchamun, dessen Goldschatz auf der ganzen Welt gezeigt wurde, gilt für Ägyptologen als einer der wichtigsten Gotkönige. Er führte nach dem Tod des großen Reformers Pharao Echnaton den alten Amon-Kult wieder ein. Nach Ansicht von Ägyptologen kann eine Persönlichkeit wie Maya weitere Aufschlüsse über diese Epoche der ägyptischen Geschichte geben.

Der Generaldirektor der ägyptischen Antikenverwaltung, Mahmud Abdel-Rasek, hat unterdessen Zweifel daran angemeldet, daß es sich beim Grabfund tatsächlich um die letzte Ruhestätte des Finanzministers handelt. Maya sei lediglich der Verwalter unterägyptischer Lagerhäuser gewesen.

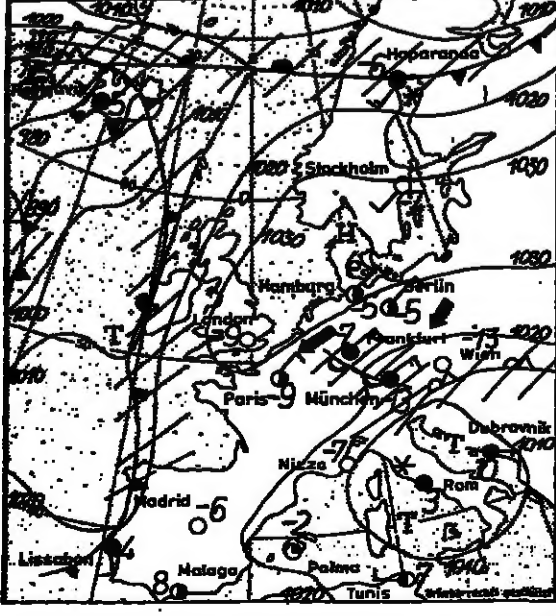
rt, Frankfurt

Nach vierzehnmönatiger Untersuchungstaf wird einer der beiden Hauptangeklagten im Prozeß um die Ende 1983 zusammengebrochene Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst (SMH-Bank), Ferdinand Graf von Galen, gegen Kaution freigelassen. Die Zweite Wirtschaftsstrafkammer des Frankfurter Landgerichts gab gestern einen Antrag der Verteidigung auf Haftverschonung statt und entschied, daß von Galen unter Aufrechterhaltung des Haftbefeis gegen Zahlung einer Kaution in Höhe von zehn Millionen Mark auf freien Fuß zu setzen sei. Aufgrund formaler Bestimmungen kann von Galen erst freigelassen werden, sobald die Kaution hinterlegt ist. Die Wirtschaftsstrafkammer lehnte es ab, der Beschwerde der Staatsanwaltschaft zu dieser Entscheidung aufschiebende Wirkung zu verleihen. In den nächsten Tagen muß nun das Oberlandesgericht entscheiden, ob der Beschwerde der Staatsanwaltschaft zur Haftverschonung stattgegeben werden soll. Bereits Ende 1985 hatte das OLG einem entsprechenden Antrag der Staatsanwaltschaft entsprochen und somit von Galens Freilassung verfügt.

Lage: Deutschland bleibt unter Kaltluftzufuhr aus Nordosten. Dabei wird der Süden anfangs noch von Schneefällen eines Mittelmeertiefs beeinflusst, während sich im Norden das südsandinavische Hochdruckgebiet verstärkt.

Verhersage für Dienstag: Im Norden niederschlagsfrei. Im Süden geringe Schneefälle. Höchsttemperaturen zwischen minus 3 Grad im Nordwesten und minus 10 Grad im Süd-

**Vorhersagekarte
für den
11. Feb. 7 (hr)**



osten. Tiefstwerte nachts minus 6 bis minus 12 Grad, bei Aufklaren örtlich bis minus 15 Grad. **Mäßiger Nordostwind.**

Weitere Aussichten: Niederschlags-armes Hochdruckwetter. Temperaturen nicht wesentlich verändert. **Nachts** zum Teil strenger Frost.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.42 Uhr,* Untergang: 17.31 Uhr; **Mondaufgang:** 9.16 Uhr; Untergang: 21.43 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Deutschland:	Faro	12	be
	Florenz	0	bd
	Graf	10	

[illegible]

Im Juni 1978 zum vierten Mal Nachwuchs. Die Sparte „männliche Nachwuchs“ ist bisher allerdings erst einmal vertreten.

Kleidermode

Im westfälischen Rodinghausen war der Rosenmontag von ganz anderem als karnevalistischen Treiben geprägt: Anna Bartling, die älteste Einwohnerin des Kreises Herford, feierte die Vollendung ihres 104. Lebensjahres. Ihren Mann, einen Landwirt und Pferdehändler, den sie 1911 heiratete, hat sie bereits um 17 Jahre überlebt. Steckepferd der alten Dame: die jeweils neuesten Tendenzen der Kleidermode aufmerksam zu verfolgen.

Kraftanstrengung

„Das nächste Mal schaffe ich 300 Kilo“, prustete Inashio Perna (29) ins Leere, als er den 295-Kilo-Stein von seinen Schultern hob. Weil er sich das Sportgerät vorher gleich dreimal auf den Rücken geladen hatte, war ihm das Gewicht wie ein Wuschel. „Ich war mit 215 Kilo – 35 mehr als im vergangenen Jahr –, führt damit aber weiterhin weltweit die Klasse der 300-Kilo-Jährigen souverän an. Neben dem Meistertitel pflegen die beiden hiesigen Kraftkrieger auch regelmäßig internationale Meisterschaften.“

Zigarre für den Paten

Mafia-Prozeß eröffnet / Kronzeuge noch in den USA

DW, Palermo

In der sizilianischen Hauptstadt Palermo hat gestern morgen im Uccidone-Gefängnis der Massenprozeß gegen 474 mutmaßliche Mafia-Angehörige begonnen. Innen werden außer mindestens 95 Morden zahlreiche Verbrechen im Zusammenhang mit dem Rauschgifthandel vorgeworfen, der der Mafia alljährlich über sechs Milliarden Dollar einbringt. 42 Bürgermeister aus den größten Städten Italiens haben ihre Präsenz bei dem Prozeß zugesagt. Sie wollen damit ihre Solidarität mit Palermo beim Kampf gegen das Mafia-Unwesen bekunden. Von den Nebenklägern waren zu Prozeßbeginn die drei Kinder des 1982 von der Mafia ermordeten Carabinieri-Generals Carlo Alberto Dalla Chiesa anwesend. Das Verfahren wird voraussichtlich ein Jahr dauern.

Rund 2000 Carabinieri sorgen in und um das Ucciardone-Gefängnis für die Sicherheit der Richter, Geschworenen und aussagewilligen Mafiosi. Die Angeklagten sitzen in gepanzerten Käfigen, die halbkreisförmig gegenüber dem Gerichtstisch aufgestellt sind. Die von den anderen Käfigen isolierte Zelle Nummer 23 war am ersten Prozesstag vom „Oberhaupt“ Luciano Liggio besetzt. Er präsentierte sich dem Gericht in blauer Häftlingskleidung und mit einer dicken Zigarre im Mund. In der Nachbierzelle saß der „Schutzmeister“

Pippo Calò niedergelassen, der in der vergangenen Woche in Rom zu sechs Jahren Gefängnis wegen Mord verurteilt worden war.

Als zur Prozeßöffnung der Gerichtsvorsitzende Alfonso Giordano unter einem Holzkreuz Platz nahm, umhoben sich die anwesenden rund 60 Angeklagten 30 Plätze in abgegrenzten Käfigen waren für sogenannte „Pentiti“ reserviert, solche mafiosi, die sich zur Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden entschlossen haben. Nur einer dieser Plätze war besetzt, von dem Kronzeugen Salvatore di Marco. Zwei weitere Hauptbelastungszeugen, Tommaso Buscetta und Salvatore Contorno, waren nicht anwesend. Der reuige Buscetta-Boss Buscetta wird erst später auftreten. Er befindet sich zur Zeit noch unter FBI-Bewachung an einem geheimgehaltenen Ort in den USA. Buscetta, dessen Aussagen wesentlich zum Zustandekommen des Mannoführerverfahrens beigetragen haben, befindet sich in New York. „Pizzino“-Connections, die wegen mutmaßliche Mitglieder der amerikanischen Unterwelt ausgesagt.

Die Staatsanwaltschaft glaubt sich in dem Massenprozeß in Palermo gut ausgerüstet, sich nach eigenen Angaben umfangreiche Beweismaterialien beschaffen. Zudem kann sie sich auf Gesetze stützen, die ihr einen besseren Zugang zu Geschäfts- und Bankunterlagen ermöglichen.

Im Eis eingebrochen

dpa, Den Haag

Acht Menschen sind am Wochenende in den Niederlanden beim Schlittschuhlaufen beziehungsweise Spaziergehen auf Eisflächen eingebrochen und ertrunken. Das jüngste Opfer war ein vierjähriger Junge.

Anzeige


KERNENERGIE NACHRICHTEN

**Wissenschaftler fordern
mehr Kernenergie**

Der erste Einsatz der Kernenergie, die Erzeugung von Energie und Nutzung von Sonnenenergie durch die Erzeugung von Arbeitskreis Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft. In einer Stellungnahme schreiben die Wissenschaftler, einer denkbaren Klimakatastrophe könne begegnet werden, wenn auch bei der Energienutzung weniger Spurengase (z.B. Kohlendioxid und Kohlenwasserstoffe) in die Atmosphäre gelangen. Sie behindern die Wärmeabstrahlung der Erde (Treibhauseffekt). Deshalb sollten wir unseren Energiebedarf so decken, daß möglichst wenig Schadstoffe entstehen. Herkömmliche Kraftwerke können durch moderne Filter gereinigt werden, in Kraftwerken, die die für unser Klima kritischen Stoffe erst gar nicht auf.

Fragen? Rufen Sie uns an.

Informationskreis Kernenergie
Heinrich Heine 5300 Bonn 1
Tel. 0228 50 72 26



ZU GUTER LETZT

„Hellscherin sah ihre eigene Verhaftung nicht voraus“, berichtete

۵۵۱۵۱۵۱۵